

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 RM monatlich 1,10 RM wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Ausschluss für Deutschland und Ostpreußen 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheiligste Kolonelle über deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Vernehmlichungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 20 Pf. (zuletzt 2 Zeilenbreite Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Und wieder der Fleischwucher.

Seitdem die preussische und die Reichsregierung ganz unzulängliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung beschlossen haben, glauben sie ihre Aufgaben auf diesem Gebiete erfüllt. Bei der ersten Kritik erklärte der Kanzler durch seine Behörden entschuldigend, daß er mit weiteren Vorschlägen hervortreten werde, falls eine Ausdehnung der Hilfsmittel sich als notwendig erweisen werde. Inzwischen sind mehr als drei Monate verfloßen, aber von einer Wirkung in dem beabsichtigten Maße kann keine Rede sein. Ergibt sich doch aus den Ziffern der amtlichen preussischen Statistik, daß einzelne Fleischsorten seit dem September 1911 noch im Preise gestiegen sind. So zahlte man im Dezember für ein Kilo Speck 10 Pf. mehr als im September. Für einige Fleischsorten ist zwar ein kleiner Preisrückgang zu verzeichnen. Aber um welch lächerlich geringe Änderungen es sich dabei handelt, mag durch die Tatsache belegt werden, daß die Preisermäßigung (seit September) für Schweinefleisch nur 2,8 Pf. pro Kilo betrug! Die Zahlen beziehen sich dabei auf 50 größere preussische Orte, von denen die Mehrzahl unter Vermittlung der Regierungserleichterungen und unter finanzieller Beihilfe der Gemeindeverwaltungen einen organisierten Fleischbezug einrichteten. Daß wir gegenwärtig noch immer in Hungerzeiten leben, ergibt sofort ein Vergleich mit den Preisen des auch schon teuren Dezembermonats 1911. Man zahlte für ein Kilo (in Pfennigen):

Dezember	Rindfleisch	Kalbfleisch	Hammel	Schweinefleisch	Speck
1911	188	202	188	188	215
1911	188	186	170	146	188
mehr	15	16	18	37	47

Schweinefleisch und Schweinefleisch werden heute mit 37 bzw. 47 Pfennigen teurer bezahlt als vor einem Jahre. Wer da von einer Erleichterung des Arbeiterhaushalts, von einer Linderung der Fleischnot zu sprechen wagt, treibt mit den Leiden des Volkes Spott.

Der Schrei nach Deckung der Grenzen ist berechtigter denn je. Saisonarbeitslosigkeit, Belastung des Lebensunterhaltes durch neue unabwendbare Bedürfnisse (Haussteuer) machen im Winter dem Arbeiter das Leben sauer genug. Die höhnende Aufforderung des Landwirtschaftsministers und agrarischer Blätter zur Einlegung von Fasttagen wird da zum Verrat an der Volksgesundheit, denn mehr noch als im Sommer bedarf in unserem Klima der Arbeitende zur Winterzeit der stärkenden, wärmenden Fleischkost.

Während der Proletarier und seine Angehörigen zu dieser Zeit doppelt darben müssen, führen Regierung und die agrarischen Wehrheitsparteien hinter verschlossenen Türen eine eitelhafte Komödie mit der Not des Volkes auf. Während das Volk nach billigem Fleisch und Brot schreit, treibt die Regierung die sogenannte Kommission zur Untersuchung der Fleischsteuerung nach Belieben zusammen oder auseinander. Duzende von Sachverständigen soll sie angeblich vernehmen. Nur die Russen, die in ihren ganzen Existenzbedingungen von der Schuld unserer Wirtschaftspolitik zeugen, will sie nicht hören. Aber die Regierung treibt den Spott weiter. Noch ist nicht einmal die vorübergehende Zoll-erleichterung bei der Fleischzufuhr durch Gemeinden Gesetz geworden, noch muß die Regierung selbst die Annahme dieses Gesetzes gegenüber ihren reaktionären Freunden verteidigen — da kündigt sie schon selbst das Erlöschen dieser Gesetzesbestimmungen an. In der Kommission zur Beratung des Gesetzes unter keinen Umständen über den März 1914 hinaus gewährt werden sollen, daß aber eine frühere Aufhebung möglich sei. Vor dem Geschrei der reaktionären Parteien, deren Presse eine Gefährdung landwirtschaftlicher Interessen heuchelt, wo doch allenfalls nur die Profite unserer ostelbischen Junker und Großagrarier bedroht sein können — ist die Regierung wieder einmal zurückgewichen. Bethmann Hollweg hat die Annte Dertels so deutlich vor seinen Augen schwingen gesehen, daß er hübsch gehorsam wieder einlenkt und sein Aufmucken gegen die Befehle des Bundes der Landwirte im Interesse des gefährdeten Kanzlerpostens durch neue Höflichkeitseingebungen gutzumachen sich bestrebt. Fast will es scheinen, als ob Bethmann, dem die Schwarzen ewige Fehde geschworen haben, seinen Fall durch einen unverhüllten Volksverrat zugunsten der Blauen aufhalten will. Volkshunger und Junkerprofit sind der Preis, den der Kanzler für seinen Posten zahlt.

Neben dem Geschrei der Junker sind auch die Lamentationen der Händler und Fleischer lauter geworden, die unter der gemeindlichen Lebensmittelversorgung für ihren Profit zittern. Leider nicht ohne Erfolg. Gerade in der Stadt Berlin, die mit anerkanntem Eifer an die Lebensmittelversorgung heranting, haben die Fleischer und ihre freisinnig-manchesterlichen Freunde Einfluß auf die Stadtverwaltung gewonnen, um den städtischen Fleischbezug zu hemmen. Auch die drohenden Gefahren von dieser Seite hat die Arbeiterschaft acht zu geben. In großen Versammlungen werden die Berliner Arbeiter und

Arbeiterinnen am kommenden Sonntag von neuem ihre Notlage schildern und die Schuldigen brandmarken. Wieder heißt die Losung:

**Nieder mit den Brot- und Fleischwuchern!
 Die Grenzen auf für Fleisch und Brot!**

Der Kampf um billiges Fleisch.

Die Teuerungskommission des Reichstages hat am Freitagmorgen ihre Beratungen fortgesetzt. Erster Redner war Gen. Dr. Duard. Er wandte sich scharf gegen die Moncherei der Fortschrittler. Während diese sich gegen die Fleischversorgung der Bevölkerung durch die Kommunen wehren, freuen wir uns aufrichtig, daß endlich auf diesem Gebiete einmal ein Schritt nach vorwärts gemacht worden ist. Mit Stolz dürfte die sozialdemokratische Partei betonen, daß sie es gewesen ist, die seit Jahrzehnten den Municipalsozialismus propagiert hat. Und wenn in Zeiten schwerer Not die Verbündeten Regierungen sich gezwungen sahen, die von uns gewiesenen Wege zu betreten, so könne man nur wünschen, daß sie nicht nach den ersten zaghaften Schritten schon wieder Halt mache.

Duard schilderte dann sonderbare Erfahrungen der Frankfurter Teuerungskommission im Verkehr mit der Regierung und den Zollbehörden. Weil die Stadt Frankfurt schnellstens im Sinne der erst in Aussicht gestellten Vergünstigungen handelte, wurde sie bestraft: man verweigerte ihr die Erstattung der Zollbeträge im Sinne der jetzigen Gesetzesvorlage für Fleisch, das aus Dänemark eingeführt worden war. Unser Genosse empfahl zum Schluß noch einmal warm die Annahme der sozialdemokratischen Anträge.

Eine heitere Note brachte in die Debatte der Zentrumsabg. Klink. Er suchte den Nachweis zu führen, daß es in Argentinien immer weniger Vieh gebe, daß dort die Preise für Vieh und Fleisch enorm steigen und daß die Einfuhr dieses Fleisches der deutschen Landwirtschaft immer schwerer werdende Konkurrenz mache. Diese Beweisführung erinnert an die klassische Topfzene zwischen Frau Müller und Frau Schulte. Letztere sagte zur ersteren, die ihren verbleibenden Topf zurückerlangt: erstens war der Topf schon entzwei, als ich ihn mit geliehen habe; zweitens habe ich mir überhaupt niemals einen Topf geliehen; drittens habe ich Ihnen den Topf längst heim zurückgegeben!

Der fortschrittliche Abg. Dr. Wendorf suchte den Abg. Klink über die Futtermittelzölle zu belehren; der Versuch blieb aber erfolglos, denn mancher begreift nie und selbst dann nicht.

Sehr schwach war der Graf Kanitz in seiner Argumentation gegen die sozialdemokratischen Anträge. Er sprach von den hohen Löhnen der Arbeiter, die diese lediglich dem — Jolliaris zu danken hätten. Unter Genosse Simon wies diese lächerliche Behauptung treffend ab. Wenn es den Arbeitern gelungen ist, bessere Löhne zu erreichen, dann ist es ihnen gelungen auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und zwar im lebhaftesten Kampfe gegen die um Kanitz, gegen die Claque und Klassen, die dem Arbeiter durch die Wucherzölle die Lebensmittel enorm verteuert und das Leben dadurch immer schwerer gemacht haben. Simon wandte sich scharf gegen die nur für Uneingeweihte zweideutige, für Kenner aber einseitige Politik des Zentrums.

Der Zentrumsprofessor Mazinge mühte sich vergeblich ab, die Darlegungen unserer Genossen zu entkräften: einen Rohren weiß zu waschen, wäre eine leichtere Aufgabe, als das Zentrum rein zu waschen von seiner Mischschuld bei der agrarischen Pländerungspolitik.

Zum Schluß der Sitzung provozierte Genosse Buzm durch erneute Fragen an die Vertreter der Regierung, die sich auffällig schweigsam verhielten, noch eine sehr interessante Erklärung eines Regierungsvretters: Von einer Erweiterung der eingeräumten Erleichterungen über 1914 hinaus könne unter keinen Umständen die Rede sein, dagegen behalte sich die Regierung vor, alle Zugeständnisse auch schon früher zurückzunehmen, wenn sich die Verhältnisse auf dem Viehmarkt entsprechend gebessert hätten, das sei z. B. im Hinblick auf die Schweinezucht sehr wohl möglich!

Die ziemlich verlausultet abgegebene Erklärung rief den lebhaftesten Unwillen der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder hervor und Genosse Scheidemann verlangte sofort, daß der Regierungsvretter seine Erklärung schriftlich fixiere. Wohl oder übel mußte der Herr dies zugestehen. Man wird also am Sonnabend morgen schwarz auf weiß sehen können, wie tief sich die Verbündeten Regierungen vor dem Stimmzettel der Agrarhaupteleute schon wieder gebeugt haben. Kein Zweifel: die Bethmänner haben längst Angst vor der Courage bekommen, die sie entwickelt haben, als die Not des Volkes sie zwang, einige bescheidenen Konzessionen zu machen. Die Not des Volkes läßt die Regierungen kalt, der Unwille des preussischen Junkerbundes, des sogenannten Bundes der Landwirte, macht sie zittern!

Der preussische Etat.

Der preussische Etat für 1913 spiegelt die glänzende Finanzlage des Staates wider. Die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwunges haben nicht nur in den Händen privatkapitalistischer Unternehmer, sondern auch in denen des größten Unternehmers, des preussischen Staates, neue Reichtümer angehäuft. Welche Riesengewinne der Staat aus seinen Unternehmungen zieht, dafür sprechen die trockenen Ziffern des

Etats eine beredte Sprache. Nicht weniger als 353,2 Millionen Mark betragen die Ueberschüsse aus den Betriebsverwaltungen, darunter allein 234,1 Millionen aus der Eisenbahnverwaltung. Aus den Forsten und Domänen rechnet die Verwaltung auf einen Ueberschuß von 86,7 Millionen, aus der Lotterieverwaltung auf 12,4, aus der Seehandlung auf 5,1, aus der Münze auf 0,2 und aus den Bergwerken auf 14,7 Millionen. Diesen Einnahmen aus den staatlichen Betriebsverwaltungen stehen an Einnahmen aus Steuern 498,3 Millionen gegenüber, und zwar 423,1 Millionen aus direkten und 75,2 Millionen aus indirekten Steuern. Es ist also ein törichtes Gerede, wenn die Befürworter des Dreiklassenwahlrechts oder eines Pluralwahlrechts die Ueberschüsse des Reichstagswahlrechts auf Preußen mit dem Hinweis darauf bekämpfen, daß das Reich im wesentlichen auf Einnahmen aus indirekten Steuern angewiesen ist, während die Einnahmen Preußens in der Hauptsache aus den direkten Steuern resultieren, und daß deshalb ein nach der Steuerleistung abgestuftes Wahlrecht für Preußen eine innerliche Berechtigung habe. Ganz abgesehen davon, daß die großen Steuerzahler doch auch erst durch die Ausbeutung anderer in den Stand gesetzt werden, soviel zu leisten, daß also im Grunde genommen die Arbeiter es sind, die die Steuern aufbringen, zieht ja der Staat nur knapp die Hälfte seiner Einnahmen, nur 423,1 von 851,5 Millionen aus direkten Steuern. Die anderen Einnahmen setzen sich aus indirekten Steuern und aus Ueberschüssen der Betriebsverwaltungen zusammen.

Die Ueberschüsse von 353,2 Millionen Mark aus den Betriebsverwaltungen sind aber nur buchmäßige, in Wirklichkeit sind sie weit, weit höher. Die Eisenbahnverwaltung rechnet, wie wir gesehen haben, mit einem Ueberschuß von 234,1 Millionen. Das sind jedoch keineswegs die gesamten Ueberschüsse aus den Eisenbahnen. Die Reineinnahmen der Eisenbahnverwaltung dürfen nämlich nur bis zur Höhe von 2,1 Proz. des staatlichen Anlagekapitals der Eisenbahnen zur Deckung allgemeiner Staatsausgaben herangezogen werden, die übrigen Ueberschüsse stehen in einem Ausgleichsfonds und diesem Fonds werden im Jahre 1913 nach dem Voranschlag der Regierung nicht weniger als 93,5 Millionen zugeführt. Das ergibt, vorausgesetzt, daß die Ziffern richtig gegriffen sind, einen Ueberschuß allein aus der Eisenbahnverwaltung von 327,6 Millionen Mark. Nun sind aber seit Jahren die Ueberschüsse viel zu niedrig veranschlagt worden, man kann also annehmen, daß die Regierung auch diesmal bei ihrer Schätzung sehr vorsichtig zu Werke gegangen ist und daß nicht nur die 93,5 Millionen, sondern vielleicht das Doppelte in den Ausgleichsfonds fließt. Sind doch dem Fonds im Jahre 1911 162,3 Millionen zugeführt, obwohl nach dem damaligen Voranschlag nur 32,5 Millionen abgeführt werden sollten. Bedenkt man ferner, daß nach der Annahme der Regierung der Reineberschuß der Eisenbahnverwaltung für 1913 hinter der Ziffernahme des Jahres 1911 um 54,5 Millionen Mark zurückbleibt, so wird man zugeben, daß die Einnahmen viel zu niedrig eingeschätzt sind, und zwar absichtlich zu niedrig. Die Gründe sind nicht schwer zu erkennen.

Auch die Ueberschüsse aus dem Betriebe der Bergwerke sind in Wirklichkeit viel höher, als es nach dem Etat den Anschein hat. Würde ein Privatunternehmer den Ueberschuß in der Weise berechnen, wie die Regierung es tut, so würde die Steuerbehörde das nicht gelten lassen und mit Recht. Ausgaben für Erweiterung des Betriebes, für neue maschinelle Einrichtungen und dergleichen dürfen sonst nur alljährlich bis zu einer bestimmten Höhe abgeschrieben werden, die Regierung aber stellt einfach die gesamten Ausgaben eines Jahres den Einnahmen gegenüber und kommt so zu einem Ergebnis, das auch nicht entfernt an die Wirklichkeit heranreicht.

Allerdings hat Preußen auch eine ansehnliche Staatsschuld, eine Schuld, die sich auf 990 1/2 Millionen beläuft, deren Verzinsung und Tilgung alljährlich 426 1/2 Millionen erfordern. Aber diese Schulden sind wesentlich anders zu bewerten, wie die Schulden des Reiches. Denn während das Reich für unproduktive militärische und maritime Zwecke ungezählte Millionen Schulden kontrahiert, sind die preussischen Staatsschulden für verbundene Zwecke aufgenommen. Hält man sich vor Augen, daß von der Gesamtschuld auf die Eisenbahnverwaltung allein 7536 und auf die Bergverwaltung 192 Millionen entfallen, daß aber diesen Schulden verbundene Anlagen zu einem weit höheren Werte gegenüberstehen, so wird man die Finanzlage Preußens als eine ganz außerordentlich gute bezeichnen können, namentlich wenn man weiter in Betracht zieht, daß der Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung bereits die nette Summe von rund 500 Millionen Mark aufweist.

Man sollte meinen, daß ein Staat, der so im Gelde schwimmt, ein Staat, dessen günstige Finanzen im wesentlichen der Lässigkeit seiner Beamten und Arbeiter zu danken sind, auch eine offene Hand für die Staatsangestellten hätte. Aber davon ist keine Rede. Die Staatsarbeiter, die unteren und mittleren Beamten, werden weit schlimmer ausgebeutet, als in irgend einem Privatbetriebe, ihre Gehälter und Löhne stehen zu den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung in keinem Verhältnis mehr. Trotzdem weigert sich die preussische Regierung, die durch ihren Einfluß im Bundesrat doch in erster Linie an der Verteuerung der Lebensmittel schuld ist, auch nur das geringste

zur Besserstellung ihrer Beamten und Arbeiter zu tun. Zwar mag sie nicht mehr, das Steigen der Lebensmittelpreise in Abrede zu stellen, aber nicht einmal Teuerungszulagen will sie den Beamten gewähren, aus Furcht, die Teuerungszulagen könnten im Laufe der Zeit den Charakter von dauernden Gehaltszulagen annehmen. Die Behauptung, die der Finanzminister in seiner Staatsrede aufgestellt hat, daß der Arbeiter und Beamten ganz besonders gedacht sei, ist nichts als Renommisterei, darauf berechnet, denen, die nicht nachdenken, Sand in die Augen zu streuen. Gewiß betragen die Löhne für 1913 23,8 Mill. Mark mehr als die für 1911 ausgegebenen, aber auf wieviel Arbeiter sich diese Summe verteilt, wieviel Arbeiter seit 1911 in den Staatsbetrieben mehr eingestellt sind, das hat der Minister vorzichtigerweise verschwiegen. Die Regierung gibt zu, daß das Unterstützungsbedürfnis der Beamten durch die hohen Lebensmittelpreise außergewöhnlich gestiegen ist, sie glaubt ihre Pflicht dadurch zu erfüllen, daß sie die Fonds zur Unterstützung von Beamten erhöht. Durch einen Nachtragsetat für 1912 werden zu diesem Zwecke drei Millionen und durch den Etat von 1913 weitere drei Millionen gefordert. So speist die Regierung ihre Angestellten, anstatt ihnen ausreichende Gehälter und Löhne zu geben, mit Bettelpfennigen ab. Die Beamten und Arbeiter sollen demütig um eine kleine Gabe, um eine Unterstützung bitten, um eine Unterstützung zur Verringerung der Notlage, die nicht sie selbst, sondern die die unheilvolle Politik der Regierung verschuldet hat.

Sehr viel Wesens macht die Regierung von den geplanten Maßnahmen, mit denen sie die Fleischsteuerung bekämpfen will. Abgesehen von 1.450.000 M., die bei verschiedenen Fonds der landwirtschaftlichen Verwaltung mehr ausgeworfen sind und die unmittelbar oder mittelbar der Förderung der Viehzucht dienen sollen, ist eine Anleihe von 25 Millionen in Aussicht genommen. Hier von sind bestimmt 10 Millionen zur Uebernahme von Stammanteilen bei gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, 12 Millionen zur Kultivierung der ostfriesischen staatseigenen Moore und 3 Millionen zu Meliorationsdarlehen, insbesondere für Drainierungen auf Domänen. Die Frage, ob das erstrebte Ziel damit erreicht wird oder ob nicht die Staatsmittel zu guter Letzt auf eine Liebesgabe an die Agrarier hinauslaufen, wollen wir an dieser Stelle unerörtert lassen.

Nicht so knauserig wie den Beamten und Arbeitern gegenüber ist die Regierung da, wo es sich um Ausgaben für kulturwürdige Zwecke handelt. Ausgaben, die sich zwar im Kultusetat finden, die aber trotzdem mit Kultur wenig zu tun haben. Die Beihilfen für Veranstaltungen Dritter zwecks Förderung der Pflege der schulentlassenen Jugend sollen von 1 1/2 auf 2 1/2 Millionen verhärtet werden. Begründet wird diese Maßnahme mit der Absicht, staatslicherseits auch die Pflege der schulentlassenen weiblichen Jugend nach Möglichkeit durch Rat und Tat zu fördern und die Bestrebungen zur Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend noch nachhaltiger als bisher zu unterstützen. Wir wünschen der Regierung zu ihrem Vorhaben viel Glück. Daß sie der proletarischen Jugendbewegung dadurch nicht das Wasser abgräbt, das sollte sie doch nachgerade eingesehen haben, die 2 1/2 Mill. werden genau so zum Fenster hinausgeworfen sein, wie die 1 1/2 Millionen des Jahres 1912 und die eine Million des Jahres 1911. Für ähnliche Zwecke, um nur einige Daten zu nennen, werden rund 88 1/2 Millionen gefordert. Nicht mitgerechnet sind hierbei die Zuschüsse für die theologischen Fakultäten, die Gehälter für geistliche Schulinspektoren und ebenso wenig der zahlreich nicht erfassbare Anteil des Religionsunterrichts zu den allgemeinen Kosten der Schulverwaltung. Diesen 2 1/2 und 88 1/2 Millionen, zusammen also 41 Millionen stehen ganze 5 1/2 Millionen laufende Ausgaben für Zwecke des Medizinallwesens gegenüber. Wo nur etwa den achten Teil dessen, was für das Seelenheil der preussischen Staatsbürger ausgegeben wird, verwendet der Staat für die Erhaltung ihrer leiblichen Gesundheit.

Was die Regierung an Fürsorge für die Massen und ihre Bildung spart, muß sie ausgeben im Kampfe gegen das Verbrechen. Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, daß die Ausgaben für die Fürsorgeerziehung wiederum um eine Million gestiegen sind und sich jetzt auf 8,7 Millionen belaufen! Für die Strafanstaltsverwaltung allein der unter dem Minister des Innern stehenden Strafanstalten werden rund 10 Millionen, für allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei — abgesehen von den Kosten der Fürsorgeerziehung — über fünf Millionen gefordert. Die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung erhält die statische Summe von 29,7 Millionen, die Polizeiverwaltung in den Provinzen 23,8 Millionen, die Landgendarmarie 17,7 Millionen Mark. Auch die Bekämpfung der Polen läßt sich der preussische Staat etwas kosten. Der Ansiedlungsfonds weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 27 Millionen auf, wozu aber noch eine Reihe anderer Ausgaben, z. B. die widerrechtlichen Ostmarkenzulagen, der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten kommen, die gleichfalls der Bekämpfung der Polen, teilweise auch der Dänen, dienen sollen.

Wir unterlassen es, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Sobiel erhellt aus den angeführten Daten mit aller Deutlichkeit, daß die glänzende Finanzlage Preußens in erster Linie auf die Entwicklung der Betriebsverwaltungen zurückzuführen ist, und ferner, daß der Staat, obwohl er für gewisse kulturwürdige Zwecke nutzlos Gelder vergeudet, den Beamten und Staatsarbeitern den ihnen gebührenden Anteil an den von ihnen miterzeugten Werten vorenthält.

Zu erörtern wäre noch die Frage, ob es nicht endlich an der Zeit ist, mit Steuererleichterungen vorzugehen. In Preußen beginnt die Steuerpflicht bei Einkommen von mehr als 300 M. Vor 30 Jahren wollte die Regierung alle Einkommen unter 1200 M. steuerfrei lassen. Heute steht sie auf einem weit antisozialeren Standpunkt, am liebsten möchte sie auch noch die Einkommen unter 300 M. besteuern. Seit dem Jahre 1909 werden sogar die Einkommen von mehr als 1200 M. noch mit besonderen Zuschlägen bedacht. Wenn die Regierung schon nichts von einer Herabsetzung der Grenze des steuerfreien Existenzminimums wissen will, so sollte sie zum mindesten soviel Anstandsgefühl haben, um die Steuerzuschläge, die ja doch nur wegen einer vorübergehenden Finanzkalamität bewilligt wurden, heute aber nicht mehr nötig sind, wieder zu beseitigen. Aber was der preussische Finanzminister einmal hat, das gibt er nicht wieder heraus, und so sträubt sich denn Herr Lenze mit Händen und Füßen gegen eine Beseitigung der Zuschläge. Die Steuerzahler werden geschädigt, Gelder werden angehäuft, die Rot des Volkes steigt von Jahr zu Jahr, aber immer schärfer wird die Steuerfährde angezogen. Dar jedes Punktes sozialer Einsicht ist die Regierung ängstlich darauf bedacht, Schätze anzuhäufen. Wenn irgend wann, so ist jetzt die Zeit gekommen, die Steuerlast zu lindern, nicht nur die

Zuschläge aufzuheben, sondern den Minderbemittelten weitere Erleichterungen zu gewähren.

Die Vermittlung der Mächte.

Der gemeinsame Schritt, den die Mächte in Konstantinopel unternehmen wollen, um die Türkei zur Nachgiebigkeit zu bewegen, kann nicht mehr lange verzögert werden. Im letzten Moment sucht die Türkei noch einmal durch die Versicherung, daß sie unerrückbar an ihre bisherigen Bedingungen festhalten müsse, ihre Situation zu verbessern. Deshalb broht sie ihre Delegierten von London abzuberufen und auch die Vorstellungen der Großmächte unberücksichtigt zu lassen. Ein Pariser Telegramm berichtet darüber:

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet, der erste türkische Delegierte Reschid Pascha habe von seiner Regierung eine Depesche erhalten, in der ungewöhnlich erklärt werde, daß die Türkei, welche Schritte und welche Forderung auch immer die Großmächte unternehmen sollten, fest entschlossen sei, Adrianopel und die Inseln nicht abzutreten. Die Depesche füge hinzu, die Pforte halte es für wenig passend, daß die türkischen Delegierten den Aufenthalt in London verlängerten. Was eine etwaige Drohung der Großmächte mit einer Flottendemonstration vor Konstantinopel anlangt, so hätte der Vertreter erklärt: Welchen Eindruck soll eine derartige Demonstration auf uns machen? Seit zwei Monaten befinden sich Kriegsschiffe fast aller Großmächte auf der See von Konstantinopel und die Bevölkerung der Hauptstadt ist an diesen Anblick bereits gewöhnt. Diese Demonstration mag ein unfreundlicher Akt und ein Beweis für die Einmütigkeit der Großmächte in der Frage Adrianopels sein, aber sie wird uns gleichwohl gleichgültig bleiben. Man kann Konstantinopel nicht bombardieren, man wird es niemals wagen. Die Forderung der Großmächte mit oder ohne Flottendemonstration wird vollkommen wirkungslos bleiben.

Es hat vorläufig nicht den Anschein, daß diese Sprache die geplante Intervention verhindern werde. Ein offizielles Telegramm der „Köln. Zeitg.“ bemerkt nämlich, die Mächte könnten auf die Abberufung der türkischen Friedensunterhändler kein entscheidendes Gewicht legen. Sie müßten ihr weiteres Verhalten nach der Antwort erichten, welche die Türken auf die Kollektivnote der Mächte erteilen würden. Inzwischen könnten alle aufrichtigen Freunde der Türkei ihr nur immer wieder den Rat geben, die Feindseligkeiten nicht wieder aufzunehmen. Denn im Verlaufe eines neuen Krieges könnte vielleicht auch der asiatische Besitzstand der Türkei gefährdet werden. Daher sei von den Meldungen über die völlige Unnachgiebigkeit der Pforte im Interesse der Türkei selber nur zu wünschen, daß die Nachrichten sich nicht bestätigen möchten.

Die Botschafterkonferenz.

London, 10. Januar. Die Beratungen der Botschafter im Auswärtigen Amt dauerten heute etwa zwei Stunden. Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Die Vermittlungsaktion.

Konstantinopel, 10. Januar. (Meldung des Wiener T. F. Telegr. Korr.-Bureaus.) Die Botschafter haben bei ihrer gestrigen Zusammenkunft den Entwurf einer Kollektivnote redigiert, die der Pforte überreicht werden soll und ihr zum Abschluß des Friedens rät. Der festgestellte Text wird noch nicht als definitiv betrachtet, und man weiß auch noch nicht, wann die Note überreicht werden wird.

Wiederaufnahme der bulgarisch-rumänischen Verhandlungen.

London, 10. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt vom Minister Joneşcu, daß die Londoner Unterhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien wieder aufgenommen wurden. Der rumänische Gesandte Mişu habe gestern mit Dr. Danew verhandelt, der nach der Unterredung nach Sofia depescherte. Joneşcu erklärte dem Vertreter des Reuterschen Bureaus, er könne Einzelheiten über die Unterredungen nicht mitteilen, da Besprechungen dieser Art den Unterhändlern strengste Verschwiegenheit auferlegten.

Eine bulgarische Drohung.

Paris, 10. Januar. Von bulgarischer Seite erfährt der „Matin“, General Sawoff habe bei seiner Unterredung mit den türkischen Ministern in Tschataldscha gesagt: Wenn Sie Adrianopel nicht abtreten und uns zwingen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, dann können Sie sicher sein, daß Sie nicht bloß Adrianopel, sondern eine noch viel wichtigere Stadt verlieren werden.

Türkische Prestimmten.

Konstantinopel, 10. Januar. Die türkische Presse besteht einmütig auf dem Besitze Adrianopels und betont, die Türkei müsse den Krieg ohne Verluste wiederaufnehmen, falls der Schritt der Mächte auf die Abtretung Adrianopels abzielen sollte.

Das Pressebureau dementiert offiziell das Telegramm des Reuterschen Bureaus, nach welchem die Pforte selbst um eine Intervention der Mächte nachgesucht haben sollte.

Die Blätter „Idam“ und „Sabah“ veröffentlichen Telegramme ihrer Korrespondenten in Adrianopel, nach denen die Lage der Festung gut und der Geist der Truppen ausgezeichnet ist. Die Verteidiger von Adrianopel entbieten ihren Landsleuten ihren Gruß. (Diese Nachrichten stehen im Widerspruch mit der Tatsache, daß die Türken die Verproviantierung Adrianopels immer wieder verlangen müssen.)

Die Gerüchte über Massenverhaftungen, die im Zusammenhang mit der Entdeckung eines Geheimkomitees stehen sollen, sind stark übertrieben. Der verhaftete Perteş Lemfil, der frühere Sekretär Scherif Paschas, ist wieder entlassen worden. Die Regierung scheint der Sache keine Bedeutung beizulegen.

Die albanische Frage.

Wien, 10. Januar. Gegenüber verschiedenen in der letzten Zeit aufgetauchten Meldungen über die albanische Frage, insbesondere über die künftige Abgrenzung Albanien, hebt das „Fremdenblatt“ hervor, daß alle diese Nachrichten keinerlei Authentizität besitzen können. Es schreibt: Die Regelung der albanischen Frage haben sich die Mächte vorbehalten, und das kompetente Forum, vor welchem die ganze Angelegenheit verhandelt wird, ist die Botschafterkonferenz in London. Aus dem Meinungsaustausch der Botschafter werden sich jene Vorschläge ergeben, über welche dann die Regierungen ihre Beschlüsse fassen werden. Man wird abwarten müssen, welche Entscheidungen die Mächte über diesen Hauptgegenstand ihrer Besprechungen treffen werden.

Wenn man sich diesen ganz klaren Sachverhalt vor Augen hält, wird man nicht irre gehen in der Beurteilung der albanischen Frage. Sie wird durch die Mächte gelöst werden.

Serbenverfolgung in Oesterreich-Ungarn.

In Serajewo wurden acht bosnische Studenten serbischer Nationalität, aber österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit, wegen Hochverrats verhaftet und in Südbanats unter der gleichen Anschuldigung ein Lehrer. Es wird sich da immer um Schwärmerzei für ein großserbisches Reich handeln, dem die Schaffung von Baniereen natürlich nur die Bahn bereitet. Die schwarzgelbe Politik scheint zu den Zeiten zurückzuführen, wo sie sich um Oberitalien brühte.

Unterstützung der Flüchtlinge.

Paris, 10. Januar. Die französische Regierung hat 10.000 Francs gestiftet zur Unterstützung von 30.000 türkischen Flüchtlingen in Saloniki, die unter Hunger und Kälte leiden. Eine ähnliche Maßnahme ist bereits in Konastir getroffen worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar 1913.

„Unzulässige“ Beamtenschmerzen.

Aus dem Reichstage, 10. Januar. Wenn die Postbeamten von warmen Dingen und liebevollen Beteuerungen leben könnten, so hätten sie längst das Paradies auf Erden. Wenigstens müßte das tausendjährige Reich des Glücks und Wohlbehagens spätestens von der heutigen Reichstagsitzung an für sie beginnen.

Ueber die Denkschrift über die Beamtenorganisation in der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sprachen heute nur Vertreter bürgerlicher Parteien. Es war einer der seltenen Tage, an denen die bürgerliche Harmonie von Dertel bis Müller-Weinigen nicht durch den leisesten Ton sozialdemokratischer Unzufriedenheit gestört ward. Wie sonderbar! Auch an einem solchen Tage wird die Fahne der Unzufriedenheit geschwungen. Und noch sonderbarer: der wohlbeleibte Mann der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Dertel, machte sich in kühnem Latendrange zum Fahnenträger der Unzufriedenheit.

Allerdings redete er nur der „begründeten“ Unzufriedenheit das Wort, der sicherlich auch von der Reichspostverwaltung Wohlwollen und Verständnis entgegengebracht werde. Daß Herr Kraetke sich beeilte, Herrn Dertel und den übrigen Rednern den Dank für ihr Interesse an den Postbeamten und für ihre zurückhaltende Kritik auszusprechen, läßt einen ausreichenden Rückschluß auf dieses Interesse und diese Kritik zu.

Nur mit dem nationalliberalen Redner Ved. Seibelberg und mit dem freisinnigen Hubrich-Oberbarnim, die die Interessen der mittleren Beamten vertraten und dabei hin und wieder kräftigere Worte fanden, war Herr Kraetke nicht einverstanden. Vor allen Dingen hatte es ihm eine Bemerkung des Abg. Hubrich angetan: Die Denkschrift verjage, die Vorbildung der vor 1900 eingetretenen Beamten der niederen Postbahn als minderwertig hinzustellen und sie habe zu diesem Zweck mit einem gewissen Behagen alles herangezogen, was ungunsten der Beamten spreche. Herr Kraetke erlaubte sich hierbei einen Eingriff in die Rechte des Präsidenten, indem er diese Bemerkung als „unzulässig“ erklärte. Der Abgeordnete Hubrich ließ sich diese Kritik seiner parlamentarischen Tätigkeit durch einen Regierungsvertreter nicht gefallen und bezog sich darauf, daß ihn der Präsident, der allein zu entscheiden habe, was zulässig oder unzulässig sei, nicht zur Ordnung gerufen habe.

Kunmehr aber schien der Herr Staatssekretär des Reichspostamts in dem Abgeordneten Hubrich nur den ehemaligen Postbeamten und in den übrigen Abgeordneten etwas Rehnliches zu sehen, und mit dem Eigensinn aller preussischen „Vorgesetzten“ wiederholte er seine Krüge. Der Präsident Kraempff tat demgegenüber das mindeste, das er dem Reichstage schuldig war, indem er sich mit dem Vizepräsidenten Dove, der die Hubrichsche Wendung nicht beanstandet hatte, in Uebereinstimmung erklärte. Es hätte durchaus nichts geschadet, wenn dem obersten Postbeamten des Deutschen Reiches etwas kräftiger und deutlicher zu Gemüte geführt worden wäre, daß der Reichstag kein Degernat des Reichspostamts ist, und daß er sich die schulmeisterlichen Sentenzen und Eingriffe des Beamten Kraetke auf das entschiedenste verbitten muß.

Die Szene hatte immerhin das Gute, daß sie einen charakteristischen Abschluß der stundenlangen Reden über die Beamten bildete und selbst vertrauensseligen Leuten in augenfälliger Weise offenbarte, was unter dem Regime Kraetke an sozialpolitischen Fortschritten im Postwesen zu erwarten ist. In später Stunde begann das Haus noch die Beratung der Paragrafen des Handelsgesetzbuches, die sich auf die berichtigte Konkurrenzklausele beziehen. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Bischoff, begründete in seinem trockenen Juristenton die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen. Sie sind natürlich wieder einmal völlig unzulänglich, und die Ausführungen des Staatssekretärs ließen deutlich erkennen, daß lediglich die Interessen der Arbeitgeber der Reichsregierung die Hand geführt haben, als sie zur Niederschrift der Gesetzesvorlage ansetzte. Am Sonnabend wird aus sozialdemokratischer Munde die notwendige Antwort auf die jämmerliche Gesetzesstumperei gegeben werden. Genosse Siebel steht als erster Redner auf der Liste.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Im Seniorenkonzent wurden am Freitag die Dispositionen für die Behandlung der Geschäfte bis Ostern getroffen. Zunächst wurden die Sitzungsfreien Tage festgestellt und zwar sind dafür in Aussicht genommen: der 18., 19. und 20. Januar, der 2., 3., 4., 22., 23. und 24. Februar. Es soll der Versuch gemacht werden, den Etat noch vor Ostern fertigzustellen. Die Sozialdemokraten wünschen hierbei, daß die Schwerinstage regelmäßig abgehalten würden. Die Regierung habe den Reichstag sehr spät einberufen, darum müsse auch damit gerechnet werden, daß der Etat vor Ostern nicht fertiggestellt werden könne. Der Versuch werde sich als ein verfehlter erweisen. Man kam überein, den nächsten Schwerinstag festzusetzen, nachdem der Etat des Innern in zweiter Beratung durchgenommen ist; am nächsten Montag soll die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern beginnen.

Verdächtiges Schweigen.

Die Ankündigung einer neuen großen Wehrvorlage durch die „Post“ hat in der Presse laibhafte Erörterungen hervorgerufen. Nur das Regierungsblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, schweigt sich über die Alarmnachricht gründlich aus.

Die Kommentare der bürgerlichen Blätter laufen darauf hinaus, die Angaben der „Post“ als „verfälscht“ zu bezeichnen oder aber zu behaupten, daß „nicht alles“, was in der „Post“ gefordert wird, auf einmal verlangt werde. Die „Germania“ allein bezeichnet die Angaben der „Post“ als „objektiv unwahr“ und gibt nur zu, daß der zu erwartende militärische Nachtragset außer den Luftschifforderungen nur noch „einige kleinere Forderungen“ bringen werde.

Auf jeden Fall hat die „Post“-Fanzare keine „Genugung des deutschen Volkes“ hervorgerufen, und auch der Hinweis, daß die neue Wehrvorlage ein Jubiläumsgeschenk für Wilhelm II. sein solle, hat bis jetzt noch kein enthusiastisches Echo gefunden. Das darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die von der „Post“ aufgezählten militärischen Forderungen nur der inneren Logik des Militarismus entsprechen. Sie waren ohne weiteres aus der letzten Wehrvorlage heraus zu konstruieren, ebenso wie man auf Grund der Erörterungen in der militärischen Fachpresse schon jetzt für die über nächste Militärvorlage eine vollständige Umwälzung des Artilleriematerials voraussagen kann. Ob die von der „Post“ angeforderte Wehrvorlage tatsächlich alle Forderungen auf einmal bringen wird, oder ob diese portionsweise dem Reichstage vorgelegt werden, ist an sich gleichgültig. Die Forderungen selbst liegen durchaus in der Normallinie, nach der der Ausbau unseres militärischen Systems erfolgt.

Daher ist das Schweigen der „Nordd. Allg. Ztg.“ auch sehr gut zu verstehen. Brachte doch das Regierungsorgan selbst schon in seiner Wochenübersicht vom 15. Dezember 1912 die indirekte Ankündigung neuer großer Ausgaben für das Meer. Die „Post“ hat diese zarte Andeutung des Ministerblattes nur detailliert und mit Trompetenschmetter und Paukenschlag der Welt verkündet. Der Verdacht liegt sehr nahe, daß die „Post“ im geheimen Einverständnis mit den maßgebenden Kreisen ihre „aus hohen Militärkreisen“ bezogene Ankündigung losgelassen hat, um der offiziellen Sanzierung neuer militärischer Forderungen vorzuarbeiten.

Beachtenswert ist auch, daß die „Nöln. Ztg.“ eifrig versichert, daß die neuen Wehrforderungen nichts mit der gegenwärtigen internationalen politischen Situation zu tun hätten, während die „Nordd. Allg. Ztg.“ im Dezember die weiteren Militäransgaben als „angehts der Weltlage nicht vermeidbar“ bezeichnete. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß die kriegerische Atmosphäre, die über Europa schwebt, die Rüstungstendenzen steigert. In diesem Zusammenhang kann man auch den zahlreichen und zugegangenen Meldungen, nach denen in den verschiedenen Militärverhältnissen und in Kriegsmaterial herstellenden Privatbetrieben mit Hochdruck gearbeitet wird, ohne weiteres Glauben schenken.

Die Arbeiterkassen hat also keine Ursache, sich von den Verschönerungshofräten der bürgerlichen Presse einlassen zu lassen, sie muß vielmehr mit verstärkter Energie den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus führen.

Reichschahamt und Militärvorlage.

Das Reichschahamt scheint einigermaßen in Sorge zu sein, daß die geplante Militärvorlage den ganzen schönen Staatsbau über den Haufen werfen wird. Es läßt in einer offiziellen Korrespondenz verstanden:

„Daß die Vorlage, die als Nachtragset gedacht ist, unumgänglich den Umfang annehmen kann, von dem in der Presse die Rede ist, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man sich die Deduktionsfrage überlegt. An verfügbaren Mitteln kommen zunächst nur die sieben Millionen in Betracht, die über die gesetzliche Schuldentilgung hinaus für außerordentliche Schuldentilgung in Aussicht genommen waren. Wie der Staatssekretär des Reichschahamtes bereits im Reichstag angedeutet hat, dürften diese sieben Millionen für Zwecke des militärischen Luftfahrwesens Verwendung finden. Soweit ist also für einen Nachtragset auch die Deckung vorhanden. Für weitergehende Forderungen müßten aber Mittel aus neuen Steuerquellen bereitgestellt werden. Als solche könnte man an die kommende Besitzsteuer denken. Es ist aber vom etatsrechtlichen Standpunkt aus im höchsten Grade bedenklich, über Einnahmen zu verfügen, für die zunächst noch jede gesetzliche Grundlage fehlt... Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Vorlage zu einem wesentlich früheren Termin an den Reichstag gelangen wird, als er gelegentlich festgelegt ist, dem 30. April dieses Jahres. Wenn nun auch wirklich der Reichstag im Mai oder Anfang Juni die Vorlage verabschieden würde, so ist mit Einnahmen aus dieser neuen Steuerquelle im Etatsjahr 1913 doch nicht mehr zu rechnen. Denn gerade Besitzsteuern erfordern eine besonders zeitraubende Vorbereitung durch Veranlagung usw. Eine Wehrvorlage, deren Finanzierung sich also auf die Einnahmen aus der Besitzsteuer stützt, würde im Etatsjahr 1913 auf Deckungsmittel nicht zu rechnen haben. Und daß der Reichstag sich entschließen sollte, für die einmaligen Ausgaben nachträglich an der gesetzlichen Verwendung der Uberschüsse zur Schuldentilgung etwas zu ändern, ist höchst unwahrscheinlich. Denn der Reichstag selbst hat dieses Maß von Schuldentilgung als das zulässige Minimum bezeichnet.“

Wir fürchten nur, daß in diesem Streit zwischen Reichschahamt und Kriegsministerium das Reichschahamt wie bisher immer sehr rasch den kürzeren ziehen wird. Und auf die bürgerlichen Parteien des Reichstags ist sicherlich auch kein Verlaß.

Der Kampf um die Besitzsteuer.

Die Ergebnislosigkeit der letzten Finanzministerkonferenz wird wohl heute trotz aller offiziellen Untersuchungsmandate von niemandem mehr verkannt. Gegen den Standpunkt der preussischen und Reichsregierung zieht aber jetzt die sächsische Regierung in ihren offiziellen Organen ganz offen zu Felde. Nach der „Chem. Allg. Ztg.“ erklärt jetzt der „Dresdener Anz.“, daß die sächsische Regierung in der Frage der Vermögenssteuer kein Rahm geben könne. Diese müsse den Ländern vorbehalten bleiben; die sächsische Regierung könne daher nur für die Erbschaftsteuer eintreten.

Wichtiger als diese Erklärung, die weniger der Vorliebe für die Erbschaftsteuer als der partikularistischen Abneigung gegen direkte Reichssteuern entspringt, ist das, was das Dresdener Blatt über die Motive der Haltung Bethmann Hollweg sagt. Es schreibt:

„Näherlich wird nicht gesagt, daß es Gründe politischer Bequemlichkeit und Jaghaftigkeit sind, die die preussische Regierung und den Herrn Reichszugler auf diesem Standpunkt festhalten. Die in Preußen herrschenden konservativen und Zentrumsleute sind gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Gatten — und die Wahlen zum preussischen Landtag stehen vor der Tür. Das ist der wirkliche Grund.“

Man sieht, mit der Homogenität der hohen Verbündeten Regierungen steht es nicht zum besten.

Demokratische „Einsicht“.

Wenn wir das Urteil, das das „Berliner Tageblatt“ über den wahlstatistischen Beschluß des preussischen Parteitagess fällt, unter Berücksichtigung des von ihm vertretenen liberalen Standpunktes ein im allgemeinen durchaus verständiges nennen konnten, so beweist die „demokratische“ „Frankfurter

Zeitung“, wie weit selbst angeblich linksstehende Elemente des Fortschritts von politischer Einsicht und politischem Willensgefühl abirren können. Volkert doch das „Frankfurter Demokratienblatt“ höchst ungehalten über die „lächerliche“ Einsichtslosigkeit des Parteitagess. Daß die Sozialdemokratie nicht von diplomatischen Schachermachern bei der Wahl — deren Wirkungslosigkeit doch selbst das „Berliner Tageblatt“ ehrlicherweise zugeben mußte — einen Druck auf die Wahlreform erwartet, sondern von dem energischen Sichregen der Massen im Lande, ist den Demokraten der Finanzmetropole am Main etwas ganz Unfassliches. Und doch hatte vor einigen Jahren schon Herr Raumann — von Theodor Barth gar nicht zu reden — sich zu der Auffassung durchgegrungen, daß nun endlich die Wahlrechtsfanfaren geblasen werden müßten! So etwas liegt aber ganz außerhalb des geistigen Horizontes der „Frankfurter Zeitung“. Nicht nur, daß das fortschrittliche Bürgertum selbst heulenruhig seinen politischen Schlaf weiter schlafen soll; selbst die Sozialdemokratie soll es als ihrer politischen Weisheit letzten Schluß betrachten, durch bedingungslose Helfersdienste für den heroischen Liberalismus dessen gefinnungsloses Rabieren und Schachern zwischen rechts und links nach Möglichkeit zu erleichtern. Schreibt doch das Blatt:

„Der preussischen Reaktion, der die letzten Reichstagswahlen noch schwer im Magen liegen, ist gestern ein Stein vom Herzen gefallen, als der sozialdemokratische Preuentag nach langen Debatten die Resolution zur Landtagswahl einstimmig annahm. Denn mit diesem, allerdings erwarteten Akt ist die Gefahr einer starken und breiten Bewegung, eines wirklichen Hand-in-Hand-Arbeitens aller linksgerichteten Elemente wieder einmal für fünf Jahre beseitigt und so hat Herr von Dendeband auf diesem „Preuentag“, ohne selbst amiesend zu sein, einen glanzvollen Sieg errufen: die preussische Sozialdemokratie garantiert ihm seine Herrscherstellung. Sie bleibt mit Erfolg bemüht, den Fortbestand der Dreiklassenmacht“ und damit auch die Aufrechterhaltung der Junkerherrschaft zu sichern. Sie treibt die Politik der verfallenen Gelegenheiten weiter und ist glückselig, wenn sie mit großen Worten prahlen kann, wo es einzig und allein um ein zweckdienliches Handeln ankommt.“

Der „Preuentag“ hat die ihm vorgelegte Resolution, die ein Muster engherziger und bürokratischer Parteipolitik ist, einstimmig angenommen. Was da für Dinge drinstecken, ist ebenso lächerlich, wie die freie Initiative, die eine geschickte Wahlarbeit erfordert, ohne Not erschwern. Man denke nur daran, daß von den Kandidaten, die etwa unterstützt werden sollen, nicht bloß Erklärungen verlangt werden, sondern daß dafür auch Briefen gesendet werden, abgleich sich solche Vereinbarungen erst in letzter Stunde ergeben! Beschlüsse, die im vorhinein die Taktik festlegen, sind gerade in solchen Dingen das Gegenteil politischer Reife, was die Sozialdemokratie doch schon oft genug empfunden hat.“

Daß solch hochnässige Schulmeisterei gegenüber der Sozialdemokratie, nicht aber deren Stellung das „Gegenstück politischer Reife“ ist, brauchen wir nach den Darlegungen des „Berliner Tageblatts“ wohl nicht erst noch zu beweisen. Festnageln wollen wir aber, daß alles, was das schulmeisternde Demokratienblatt dem Fortschritt zu sagen hat, in dem kläglichsten Sprüchlein besteht: „Im übrigen erwarten wir, daß gewisse Fehler, die 1908 begangen wurden, nicht wiederholt werden.“ Das ist doch über die Mahen armfellig und zeigt, daß sich die „Frankfurter Zeitung“ aus ihrer Prinzipien-Erweichung bülowoffiziösen Angedenkens noch immer nicht erholt hat!

Kerikale Schulforderungen.

Im Großherzogtum Hessen herrscht die Simultanschule. Das ziemlich liberale Schulgesetz vom Jahre 1872 macht die Neugründung von Konfessionslosen unumgänglich und setzt auch die wenigen vorhandenen konfessionellen Schulen auf den Ausßerbetrieb. Nunmehr hat die Regierung eine Reform des Schulgesetzes angekündigt und stützt stellen sich die Ultramontanen mit ihren Schulforderungen ein. Der „Katholische Lehrerverein“, dem auch fast alle katholischen Geistlichen angehören, hat an die Regierung eine Denkschrift gerichtet, in der die kerikalen Forderungen formuliert sind. Um der drohenden „Entchristlichung der Massen“ wirksam entgegenzuarbeiten zu können, wird „grundsätzlich die Konfessionsschule gefordert“.

Die Begründung arbeitet, um die erforderliche Angestimmung zu erzielen, mit „Massenlamp“ und „Revolution“. Es heißt darin: „Der Geist der Unbotmäßigkeit bei der heutigen Jugend, den der laue und gleichgültige religiöse Sinn so vieler Eltern nicht mehr zu bannen vermag, entlastet sich immer mehr und bereitet dem verheerenden Massenlamp einen günstigen Boden für seine Umsturzbestrebungen gegen göttliche Autorität. Viele wollen nicht mehr an die kulturbringende, sittenveredelnde Macht des Evangeliums glauben und fordern die religionslose Schule oder mindestens den konfessionslosen Religionsunterricht. Angesichts dieser betrübenden Erscheinung und erschreckt durch die geschichtliche Tatsache, daß durchweg jede Revolution aus der Gottlosigkeit der Nation geboren wurde, halten wir mit dem christlichgläubigen Volke die Frage der Konfessionsschule als die wichtigste und zeitgemäß.“

Die ultramontane Denkschrift fordert dann, nachdem sie auf diese Weise die nötige Angestimmung geschaffen, weiter Einführung des Religionsunterrichts für die Fortbildungsschulen und für die Simultanschule (soweit man sie überhaupt bestehen lassen will), die Beteiligung der Kirche an der Schulaufsicht durch je einen evangelischen und katholischen Geistlichen, der von der Pfarrgeistlichkeit des Kreises zu wählen ist. Für die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts soll nur die Kirche zuständig sein.

Es muß abgewartet werden, wie diese ultramontanen Schulwünsche auf die mit dem Zentrum zu einer reaktionären „Arbeitsgemeinschaft“ verbundenen Bauernbündler und Nationalliberalen wirken werden. Auf dem vorletzten katholischen Parteitag sagte der Reichstagsabgeordnete Dr. Marx, es bestünde Aussicht, daß es auch in Hessen „besser“ werde. Die Zeit dieser Besserung scheint dem Zentrum jetzt gekommen zu sein.

Der Subventionsvertrag mit dem Norddeutschen Lloyd.

Durch die Presse ging kürzlich die Mitteilung, daß das Reich unter der Hand bereits dem Norddeutschen Lloyd die Verlängerung des Subventionsvertrages für die ostasiatischen und australischen Fahrten zugesagt habe, der am 1. März 1914 abläuft.

Dazu wird nun amtlich erklärt: „Diese Mitteilung ist insofern unzutreffend, als der auf Grund des Gesetzes vom 13. April 1898 mit dem Norddeutschen Lloyd auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossene Subventionsvertrag vom 12. September/30. Oktober 1898 gemäß dem Nachtragvertrage vom 18./24. März 1900 erst mit dem Monat September 1914 abläuft. Ferner ist dem Norddeutschen Lloyd kein Subventionsvertrag irgendwelcher Art wegen Verlängerung des Subventionsvertrages nicht gegeben worden. Vielmehr sind bisher lediglich die Vorbereitungen für die gesetzliche Neuregelung, die in der Reichstagsession 1913/14 stattgefunden haben wird, von den zuständigen Reichsressorts aufgenommen worden.“

In der gleichen Sache hat der Abg. Henke (Bremen) im Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende kleine Anfrage im Reichstage eingebracht:

„Haben Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 ablaufenden Subventionsvertrages begonnen

und wie weit sind sie geblieben? Beachtlich der Herr Reichszugler, die Verhandlungen auch auf andere Reedereien und zwar nach dem Gesichtspunkt der Mindestforderung für gleiche Leistungen auszuweihen?“

Die erste Frage ist durch die amtliche Erklärung erledigt, andere ist es mit der zweiten Frage. Die Subventionen, die der Lloyd bezieht, sind erheblich; nach den Erklärungen der Direktion des Lloyd bedeuten sich die subventionierten Linien trotzdem nicht. In der Tat wirkt der Norddeutsche Lloyd auch für seine Aktionäre Dividenden ab, die so gering sind, daß sie in gar keinem Verhältnis zu der Größe des Unternehmens stehen. Vor einiger Zeit sind nun recht seltsame Behauptungen aufgestellt worden, die von der Direktion des Lloyd nicht entkräftet werden konnten. Diese Behauptungen gingen dahin, daß die Ergebnisse des Lloyd künstlich herabgedrückt werden, um sich die Subvention ungekürzt zu erhalten. Die Aktionäre des Lloyd sollen nach dieser Darstellung gleichzeitig Aktionäre der Gesellschaften sein, zu denen der Lloyd in einem Lieferungsverhältnis steht. Die Preise, die dem Lloyd angedreht werden, sollen ziemlich hoch sein, und was die Aktionäre beim Lloyd an Dividende zu wenig erhalten, das beziehen sie aus ihrer Beteiligung an den anderen Gesellschaften in um so reichlicherem Maße. Sehr schlecht kann das Geschäft nicht sein, das der Lloyd mit den subventionierten Linien macht, sonst hätten nicht andere Gesellschaften sich um diese Linien bemüht. Hätte man dem sogenannten Fürstentum die Konzession für Emden nicht verweigert, dann wäre eine leistungs-fähige Konkurrenz vorhanden gewesen, die einen Druck auf die Preise ermöglicht hätte. So aber hat man diese Konzession gemeinsam dem Lloyd und der Hapag übertragen und damit die Monopolstellung dieser beiden Gesellschaften noch befestigt. Die ganze Sachlage ist so verschleiert und absichtlich verdunkelt, daß eine eingehende sachkundige Besprechung im Reichstage eine gebieterische Notwendigkeit ist.

Aus dem württembergischen Landtag.

Zum Präsidenten der württembergischen Zweiten Kammer wurde in der Sitzung am Freitag mit 45 von 90 abgegebenen Stimmen der konservative Abgeordnete Kraut gewählt. Der Volksparteiler Haugmann erhielt 32, der Nationalliberale Hieber 9 Stimmen und 4 Stimmen verspritzten sich. Das Zentrum als stärkste Fraktion verzichtete nach heftigen inneren Kämpfen auf den Präsidentenposten zugunsten der Konservativen. Diese auch von den Ultramontanen unterstützte Taktik beruht auf der Erwägung, daß in dem überwiegend protestantischen Lande nicht beide Kammern von Zentrumspräsidenten geleitet werden können. Die Taktik Seders beweist zugleich den Zweck, die Konservativen und Bauernbündler fester an das Zentrum zu fesseln. Da die Frage so gestellt war, ob ein Rechts- oder Linkspräsident gewählt werden sollte, stimmte die sozialdemokratische Fraktion für den Volksparteiler Haugmann. Die Nationalliberalen fanden nicht den Mut, eine Entscheidung zwischen rechts und links zu treffen. Sie lehnten die Unterstützung Haugmanns ab und stimmten für einen eigenen Kandidaten, obwohl sie die schwächste Fraktion sind.

„Vor Gericht sind alle Bürger gleich“

sagt man. In Bayern unter der Acta Hertling scheint es anders werden zu wollen. Am Mittwoch stand vor dem Münchener Landgericht Termin an in dem Verleumdungsprozeß des Professors Mehm gegen den Zentrumsparteisekretär Zinkart. Die Parteien hatten sich zur festgesetzten Zeit aus dem Korridor im Justizpalast vor dem Sitzungszimmer versammelt — natürlich gruppenweise, jede Partei für sich. Die Zeugen und Sachverständigen der „regierenden“ Partei waren größtenteils schon da. Nachdem dann auch noch der Beherdener Bayerns, Herr Dr. Franz Seraph Böhler aus Gausau, nebst seinem Freunde Graf Pestalozza sich dazugesellt hatte, trat der Gerichtsdienner heran und lud die Herren im Namen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Louis, höflich ein, sich in dessen Zimmer zu bemühen, damit sie dort vor Zug geschützt warteten, bis der Fall aufgerufen würde. Der etwas später kommende, als Frage geladene Senatspräsident Verno, Vorsitzender der bayerischen Zentrumsfraktion, wurde ebenfalls in das Zimmer des Herrn Vorsitzenden gerufen.

Die Männer vom „Rotblod“ — Universitätsprofessor Dr. Rehm aus Straßburg, die Abgeordneten Löwenel, Schön und Auer — konnten demselben auf dem zugigen Gange bleiben. Als sie dann, nach mehrstündigem Harren, sich energisch meldeten, wurde ihnen kurz mitgeteilt, daß durch Gerichtsbeschluss auf die drei Zeugen Schön, Löwenel und Auer verzichtet sei.

Das ist anscheinend die neue Ordnung in Bayern. Jedenfalls ist Herr Landgerichtsdirektor Louis ein Mann, der seine Zeit versteht.

Die Vorstandssitzung der Nationalliberalen Partei.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei wird am 9. Februar in Berlin eine Sitzung abhalten, zu der jetzt folgende Tagesordnung festgelegt worden ist: 1. Auswärtige Politik und Landesverteidigung. Referent: Abg. Wasser-mann. 2. Reichsverfassung und innere Kolonisation. Referent: Abg. Schiffer. Magdeburg. 3. Erstattung des Jahresberichts 1912. Aussprache.

Italien.

Auch eine „demokratische“ Reform.

Rom, 9. Januar. (Fig. 8.) Unter den italienischen Senatoren macht sich eine Strömung zugunsten der Einführung von Diäten geltend. Die alten Herren finden, daß dies eine demokratische Reform sei. Freilich ist sie das, aber, wenn man den Senat demokratisieren will, dann sollte man doch nicht gerade bei den Diäten anfangen. Heute werden die Senatoren vom Könige auf Lebenszeit ernannt und zwar unter den Prinzen von Genua, unter denen, die ein Einkommen von gegebener Höhe versteuern, unter den hohen Staatsbeamten, unter den Personen, die 5 Legislaturperioden der Kammer angehört haben, unter den Korpschäfen der Wissenschaft und Kunst usw. Demokratische Elemente kommen da so wenig in Betracht, daß der Senat tatsächlich als Hemmschuh jeder modernen Gesetzgebung wirkt: will man in diesem reaktionären Organismus demokratisieren, dann muß man damit anfangen, die Senatoren wählbar zu machen, nicht damit, ihnen, deren Zahl noch dazu unbeschränkt ist, Diäten zu zahlen.

Marokko.

Die „Beruhigungsarbeit“ geht über Berge von Leichen. Mogador, 10. Januar. Die Kolonne Gueydon, welche die Kasbah des kreuzgebliebenen Kaisers Kublan besetzen und außerdem freie Zugänge für die Verproviantierung Mogadors mit Vieh und für die sonstigen Transporte schaffen wollte, trieb gestern Angehörige einer Garla auseinander, die ihren Marsch hindern wollten. Die Marokkaner verloren 500 Tote. Die Kolonne Gueydon hatte zwölf Tote und 60 Verwundete. Sie hat die Kasbah erreicht.

Amerika.

Die Revolution in Mexiko.

New York, 10. Januar. Aus Mexiko wird amtlich gemeldet: Am Donnerstag griffen Rebellen die 25 Meilen von der Hauptstadt entfernte Stadt Ahoyingo an und zerstörten sie. Von der 18 Mann starken Besatzung entkamen nur 3, die anderen wurden getötet. 30 Mann zu ihrer Unterstützung geschickte Bundesstruppen wurden ausgerufen, ebenso weitere 100 aus Mexiko geschickt. Die Rebellen sollen 500 bis 1000 an Zahl sein. Die Einwohner Ahoyingos sind unversehrt. Die Regierung hat eilig Verstärkungen geschickt.

Gewerkchaftliches.

Eine Petition der niederschlesischen Bergarbeiter an das preussische Abgeordnetenhaus.

Die Notlage der niederschlesischen Bergarbeiterschaft hat im vergangenen Jahr in ausführlicher Weise fast die gesamte Presse beschäftigt. Aber die Not steigt ständig weiter. Jetzt hat sich die Waldenburger Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes zu einem letzten Hilfsmittel entschlossen; sie hat eine Petition um Ermäßigung der Eisenbahntarife für niederschlesische Kohle an das Abgeordnetenhaus gerichtet. Vor einem Jahr bereits hatte der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Hermann S a c h s e, im Reichstage versucht, die Aufmerksamkeit der Regierung nach dieser Richtung hin zu lenken. Und selbst die gelben Organisationen des Waldenburger Bergreviers versuchten kürzlich in einer Audienz beim Eisenbahnminister in diesem Sinne zu wirken.

Die Petition des Bergarbeiterverbandes gibt in gedrängter Darstellung ein einzigartiges Bild einer ganzen Bevölkerungsgruppe. Ausgehend von der Tatsache, daß aus Niederschlesien, bei einer Gesamtbevölkerung von nicht ganz 30 000 Mann, im Jahre 1911 über 800 und 1912 rund 1500 Bergarbeiterfamilien nach dem Westen auswanderten, untersucht die Petition in eingehender Weise die Ursachen dieser Abwanderung. In erster Linie kommt natürlich hier der große Lohnunterschied gegen andere Reviere in Betracht. Während z. B. die Lohnsteigerung im Ruhrrevier seit 1906 bis jetzt 71 Pf. betrug, betrug sie bei den niederschlesischen Bauern nur 39 Pf., so daß gegenwärtig der Lohn im Dortmunder Revier etwa 6,12 M. für eigentliche Bergleute pro Schicht beträgt und im Waldenburger Revier nur 3,89 M. Bedenklicher erscheint dieses Verhältnis noch dadurch, daß die Hauptnahrungsmittel, Fleisch und Brot, in Essen & S. fast ganz genau dieselben Preise zeigen, wie in der kleinen Kreisstadt Waldenburg.

Die Petition gibt dann weiter an der Hand von Haushaltsplänen einen Einblick in die Ernährungsverhältnisse der Bergarbeiterfamilien. Fleisch wird mit großen Ausnahmen nur Sonntags — und auch dann nur in lächerlich geringen Quantitäten — gegessen. Was sich aus diesen Ernährungsverhältnissen für den Gesundheitszustand im allgemeinen erwarten läßt, das sagen die Krankenberichte des Knappschaftsvereins. Danach erkrankten im Jahre 1911: 67,11 Proz. der Gesamtbevölkerung, und 26 Proz. der Krankmeldungen der Verbandmitglieder trugen den Vermerk: Lungenkrank. Die Petition schildert weiter das Wohnungsleben im Revier. Von 5000 besetzten Bergarbeiterfamilien wohnten 60 Proz. in Einzimmerwohnungen. Diese Verhältnisse üben natürlich auch einen schrecklichen Einfluß auf die Kindersterblichkeit und Kindersterblichkeit aus. Im Jahre 1910 war der Prozentsatz der erkrankten Schulkinder in der Stadt Waldenburg allein auf 86,1 festgesetzt, und von den Säuglingen starben im Revier im ersten Lebensjahr 30,4 Proz.

Das ist eine Summe von Elend, die durch eine bessere Lebenslage, durch höhere Löhne sehr wohl ein gewisses Maß gemildert werden könnte. Aber die Grundbesitzer weigern sich hartnäckig, etwas Wesentliches zu tun. Ihre einzigen Klagen sind immer wieder die über die mangelnde Rentabilität der Betriebe und künstliche Einengung des Absatzgebietes. Ohne Zweifel ist das Absatzgebiet für die schlesische Kohle sehr beschränkt. Niederschlesien ist durch keinen Wasserweg mit Norddeutschland verbunden. Vom Berliner Markt ist die niederschlesische Kohle wegen ihrer hohen Eisenbahntarife außerordentlich stark verdrängt worden. Hier wird englische und Ruhrkohle billiger verkauft, wie die aus dem näheren Niederschlesien. Schlesische Kohlen wurden 1909 nur 460 000 Tonnen nach Berlin eingeführt; die Einfuhr von England beträgt aber 1 562 000 Tonnen. — Hier will nun die Petition einsehen und die Behebung der niederschlesischen Kohlenproduktion auf neue fördern helfen. Die preussische Regierung und das Abgeordnetenhaus haben es nun in der Hand, durch ein verständnisvolles Eingehen auf diese ersten Klagen eine Verkehrsmittelregel zu schaffen, die einer ganzen Bevölkerungsschicht wirtschaftliche und soziale Befundung bringen könnte. Bleibt Preussens Regierung und das Abgeordnetenhaus diesen Dingen gegenüber teilnahmslos, dann wird die niederschlesische Bergarbeiterfrage eine der brennendsten in Preußen werden.

Berlin und Umgegend.

Wissstände im städtischen Gaswerk Tegel.

Die Betriebe der Stadt Berlin sollten und mühten denen der Privatindustrie als Muster in jeder Beziehung vorangeht werden können. Das Gegenteil ist leider der Fall. Die Wissstände in sanitärer Beziehung haben den dort Beschäftigten wiederholt Veranlassung gegeben, bei dem zuständigen Verwaltungsamt um Abstellung derselben zu ersuchen. Die Antworten lauteten immer: Wir werden alles wohlwollend in Erwägung ziehen usw., und dabei blieb es in den meisten Fällen. So beklagten sich auch die Metallarbeiter diese Woche wieder zum so und so vierten Male über die mangelhafte Wassergüte. Wie jedes Schüttgut weiß, kann Schmutz nur mit warmem Wasser erfolgreich beseitigt werden. Derselben Ansicht wird ja wohl die Werkleitung in Tegel sein; aber zur Vermeidung dieser Unannehmlichkeiten ist es nicht zu kommen. Bereits mehrere Monate ist ein Apparat aufgestellt worden, der bei Bedarf warmes Wasser geben soll. Die Konstruktion dieses Apparates ist so verfehlt, daß selbst der jüngste Schlosserlehrling darüber lachen muß. Eine Änderung wird aber nicht getroffen; die Arbeiter können zusehen, wie sie den Schmutz von Händen und Gesicht entfernen.

In der Schmiede mangelt es sehr häufig an Steinkohlen. Als Aufhelfsmittel muß Holz genommen werden. Die sich nun entwickelnden giftigen Gase und der starke Qualm haben keinen Abzug; an Ventilation fehlt es; die Arbeiter müssen in dieser Atmosphäre arbeiten, unbekümmert um den der Gesundheit zugefügten Schaden.

Besondere Sparamkeit walitet in bezug auf Beleuchtung in der Werkstatt. An dem Schmelzofen, an der Schmelzschmelze und an der Bandhöhe der Tischerei fehlt seit langer Zeit die notwendige Beleuchtung. Daß die Unfallhäufigkeit dadurch vermindert wird, kann niemand behaupten, zumal gerade an diesen Maschinen die meisten Unglücksfälle vorkommen und zur Verhinderung der Gliedmaßen führen. Ebenso wird über die ungenügende Anzahl der Klosetts geklagt. Für circa 150 Arbeiter stehen im Bedarfsfall nur vier Klosetts zur Verfügung.

Die Vorrichtung zum Anwärmen mitgebrachter Speisen und Getränke ist trotz der vielen Beschwerden immer noch in befriedigendem Zustande; es brennt von vier Flammen nur eine genügend.

Und dies in einem Werk, welches ihre Arbeiter schlechter entlohnt, als es die Privatindustrie versucht, obgleich die Produktionsbedingungen derartig raffiniert getroffen sind, daß jede Privatkonturierung mit Erfolg ausgeführt werden kann.

So beträgt der Einstellungslohn für gelernte Metallarbeiter 64 Pf. pro Stunde. Eine Bezahlung, die nicht einmal für oben Aufgezählte ausreicht, ist wohl für Vollarbeiter genügen; denn nur tüchtige, kräftige Leute in den besten Jahren werden eingestellt. Wer nicht sehr höflich und bescheiden ist, kann mehrere Jahre auf eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde warten. Unerkennlich ist es, wie die verheirateten Leute damit auskommen können. Die Dreher arbeiten im Affordverhältnis; sie verdienen bei angestrengtem Arbeiten nicht den Stundenlohn ihrer Kollegen der Privatindustrie. Die Affordpreise sind auf das niedrigste bemessen. So bald aber ein Meister im Zentralmagazin der Gasanstalt (am

Verantw. Redakt.: Alfred Bielewicz, Neuföhn. Inzeratenteil verantw.:

Stralauer Platz) sich anbietet, irgendeine in Frage kommende Arbeit billiger herzustellen, als es im Gaswerk Tegel sein kann, wird ihm die Arbeit zur Ausführung übergeben. Es ist das eine Methode, wie sie nur in den Berliner Großbetrieben hin und wieder auch zu finden ist.

Daß die Stadt einen Vorteil von dieser Art der Arbeitsvergebung hat, ist sehr zu bezweifeln, denn die angestellten Nachfragen bei den ausführenden Arbeitern ergaben, daß die betr. Arbeiten nicht billiger hergestellt werden als im Gaswerk Tegel. Wahrscheinlich wird an der ersten Stelle die gesamte Arbeitszeit nicht genügend zusammengerechnet.

Eine Besserung dieser miserablen Verhältnisse wird nur möglich sein, wenn alle Arbeiter der städtischen Betriebe sich das Vorgehen der Metallarbeiter in der Privatindustrie zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Vorbild nehmen.

Käftung, Damenkonfektion. Der Betrieb des Zwischenmeisters Anton S o h m a n n, Ransir. 76, ist wegen Tarifbruch und Nachregelung gesperrt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Wachtung! Glasfabriker! Bei der Firma Rog Richter, Glasfabrik in Rügeln bei Dresden, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma verlangte von den Arbeitern, daß sie aus der Organisation austreten sollen; wer dies nicht bis zum Freitag deselben Tages getan hätte, sei entlassen. Die Arbeiter haben daraufhin die Arbeit niedergelegt. Es wird erjucht, keine Arbeitsangebote an die Firma zu machen und jeden Zugang nach Rügeln fernzuhalten.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Zur Grundlage des Verhandels in der Freitagssitzung lagen vor den Parteien drei Vorlagen vor. Der Verband der Maler beantragt die Trennung des bisherigen Tarifvertrags in einen allgemeinen Tarif für die Zentralorganisation und einen örtlichen. Begründend wurde von den Gehilfenvertretern dazu ausgeführt, daß durch ihre Vorschläge die Rechte und Pflichten der zentralen und örtlichen Organisationen klarer präzisiert, diesen eine größere Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit und somit dem Ganzen eine festere Grundlage gegeben wird. Die Tarifentwicklung werde dadurch gefördert und die Differenzen, wie sie bisher vorgekommen sind, vermindert. Die Unternehmer konnten zwar die Berechtigung der gegebenen Anregungen nicht abstreiten, lehnten aber die Vorschläge trotzdem ab, da ihre Mitglieder nicht auf so grundlegende Änderungen vorbereitet wären. Auf Anregung der Unparteiischen wurde vereinbart, im Laufe der weiteren Verhandlungen zwischen allgemeinen und örtlichen Bestimmungen zu unterscheiden und im Sinne der von der Gehilfenchaft vorgebrachten Argumente die Rechte und Pflichten der örtlichen Organisationen genau festzustellen.

Hierauf wurde in die Verhandlung des künftigen Tarifmusters eingetreten, ohne daß bisher in irgendeiner wichtigeren Frage eine endgültige Vereinbarung zustande kam. Die Parteien behielten sich vielmehr weitere Erklärungen und Verhandlungen über strittig gebliebene Fragen vor.

Zu den allgemeinen Bestimmungen über die Arbeitszeit fordern die Unternehmer die Beseitigung der Festlegung der Winterarbeitszeit, während die Gehilfenvorlage an den jetzigen Bestimmungen festhält und eine größere Abkürzung der verschiedenen Winterarbeitszeiten vorschlägt. Die Unternehmer gaben schließlich ihre Vorschläge auf, verlangten aber weitere als jetzt schon vorgesehene Ausnahmestimmungen. Zu der bisher im Reichstarif unzulässigen Kaffeepause (Wesper) wurde protokolllarisch festgelegt, daß in Orten, in denen die Arbeitszeit länger als bis 6 Uhr abends sich ausdehnt, die örtliche Festlegung einer Kaffeepause durch die Organisationen zulässig ist. Die von den Arbeitern geforderte Verbesserung hinsichtlich der Ueberstunden und Nacharbeit wurde als strittig noch zurückgestellt. — Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es hierauf bei den allgemeinen Bestimmungen zur Lohnfrage. Hier fordern die Gehilfen vor allem eine ungewöhnliche Formulierung über die festzusetzenden Stundenlöhne, damit nicht Malergehilfen bei Ausfinden von Anreizern usw. Arbeiten mit einem niedrigeren Stundenlohn abgefeuert werden können. Die Unternehmer wollten dagegen die jetzt bestehende Altersgrenze von 20 Jahren, bei der die höhere Entlohnung einsetzt, auf 25 Jahre hinausgesetzt wissen, was eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Tarifvertrages bedeuten würde. Ferner wollten sie besondere Bestimmungen über die Gelegenheitsarbeiter und mit sonstigen „untergeordneten Arbeiten“ Beschäftigte eingeführt wissen. Die Arbeitgeber stimmten der Tendenz der Gehilfenforderung zu, behielten sich aber vorläufig eine weitere Erklärung vor. Die Gehilfen beantragten des weiteren den Wegfall der Zulassung einer freien Vereinbarung über die Löhne im ersten Gehilfenjahre. Die Unternehmer dagegen fordern eine Ausdehnung auch noch auf das zweite Gehilfenjahr und die bestandene Gehilfenprüfung als Voraussetzung für die tarifliche Entlohnung überhaupt. — Die Gehilfenvertreter lehnten diese geplanten Verschlechterungen aufs entschiedenste ab und verteidigten ihre Forderungen mit dem Hinweis, daß gerade von den Unternehmern auch bei dieser Gelegenheit wieder als minderleistungsfähig hingestellten jungen Gehilfen von ihnen allgemein mit Vorliebe eingestellt werden, aus ganz bestimmten Gründen. Ferner stellten sich die Herren Meister selbst ein Armutszeugnis aus, wenn die von ihnen nach 3- bis 4-jähriger Lehrzeit entlassenen Gehilfen nicht einmal den notwendigen Ansprüchen an einen Gehilfen unter 20 Jahren genügen würden.

Die Verhandlungen wurden auf Sonnabend vertagt.

Von den weiteren Forderungen, die die Unternehmer beantragt haben, heben wir insbesondere hervor: den Wegfall der Begrenzung eines event. Abzuges bei Nichterfüllung einer bestimmten Gegenleistung (von 10 Proz.); den Wegfall einer Entschädigung bei auswärtigen Arbeiten, wenn tägliche Rückkehr möglich ist; eine Verschneidung der bisherigen Ansprüche auf Jahrgeldentschädigung; den Wegfall der Lohngarantie bei Affordarbeit; die Einföhrung von Ausnahmestimmungen für Werkmeister, Polsterer, Vorkarbeiter bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Außerdem werden gefordert eine Verschärfung der sog. Agitationsklausel, der Wegfall der Bestimmung über Beschaffung verschleißbarer Räume, und über die Durchführung der Bundesratsbestimmung bei Verwendung von bleihaltigen Farben, ferner die Festlegung der Ersatzpflicht der Organisationen oder Teile derselben bei Verstoßen gegen den Tarifvertrag. Zur Sicherung gegen Tarifverstoße soll eine Geldsumme hinterlegt werden, auch sollen Geldstrafen zulässig sein bei Tarifverstoßen oder bei Nichterfüllung der Entscheidungen der Tarifinstanzen. Ueber die Frage der Arbeitsvermittlung sucht die Vorlage der Unternehmer mit unverbindlichen Bemerkungen über staatliche und städtische Arbeitsnachweise hinwegzukommen.

Lohnbewegungen im Schneidergewerbe.

Vom Verbands der Schneider sind dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe am 1. Dezember 1912 folgende Tarifverträge gekündigt worden: Apolda, Arnstadt, Augsburg, Bielefeld, Bonn, Bottrop, Brandenburg, Bremerhaven, Breslau, Dessau, Dortmund, Dresden, Essen-Auhl, Flensburg, Frankfurt a. O., Gelsenkirchen, Gera, Gießen, Gotha, Göttingen, Halberstadt, Hanau, Hannover, Harburg a. S., Heilbronn, Hirschberg, Karlsruhe, Kempten, Landau, Limbach, Marburg, Neumünster, Neustadt a. Hardt, Oldenburg, Plauen i. S., Posen, Pöschel, Rathenow, Ravensburg, Rudolstadt, Sondershausen, Straubing, Witten, Zerbst und Zwickau. Diese Tarife beziehen sich sämtlich auf die Herrenmaschneiderei, in 19 Fällen außerdem auch auf die Uniform- und in 5 Fällen auf die Damenmaschneiderei. Ferner sind noch die Tarife für die Damenmaschneiderei gekündigt in: Elberfeld, Hamburg, Köln a. Rh. und Nürnberg. Da eine dreimonatige Kündigung besteht, haben die Tarife noch Gültigkeit bis zum 1. März 1913.

Verantw. Redakt.: Alfred Bielewicz, Neuföhn. Inzeratenteil verantw.:

Die Forderungen für die Knegehaltung der Tarifverträge sind zugleich mit der Tarifkündigung eingereicht. Die Forderungen für Lohnbewegungen betragen in keinem Orte über 15 Prozent, alle gegenenteils, in die Presse gebrachten Behauptungen sind unrichtig. Die Verhandlungen finden zunächst örtlich statt. Sofern bis zum 16. Januar eine Einigung nicht erfolgt ist, sind die Differenzen bis längstens dem 30. Januar einem Kollegium von drei Unparteiischen, zurzeit bestehend aus dem Herren Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Gerichtsdirektor Dr. Brenner-Rüchgen und Magistratsyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M. zu unterbreiten. Dieses Kollegium übernimmt die Vermittlung und ist auch berechtigt, einen Schiedspruch zu fällen. Diese Schiedsprüche unterliegen der Beschlußfassung der Vertragsparteien. Die Beschlußfassung hat bis zum 16. Februar zu erfolgen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten befinden sich die örtlichen Verhandlungen noch im Anfangsstadium, die Unternehmer bieten meistens nur eine Lohnerhöhung von 3 bis 5 Proz., einschließlich der Lieferung bezw. Entschädigung der Nähzutaten. Dies geringe Angebot ist die Folge einer Konkurrenz der Unternehmer aus den Lohnbewegungsorten, die vom Hauptverband des Unternehmersverbandes einberufen war und am 9. Dezember v. J. in Frankfurt a. M. stattgefunden hat.

Außer diesen hier angeführten Lohnbewegungen sind die Tarifverträge in einer anderen Anzahl Orte gekündigt, wo keine Ortsgruppe des Unternehmersverbandes besteht. Dazu gehören u. a. die Damenmaschneidereien und die Herrenkonfektion in Berlin.

Ein Protest des Ehr- und Rechtsgefühls.

Der Fall H y a n ist in der Tat eine schlimme Selbstbenutzung des offiziellen Preussens. Das will nun manchmal immer noch ein Rechtsstaat sein und man meint wohl, daß wenigstens an den Mauern der Gerichtsgebäude Polizeigeist und Polizeiwille ihre Schranken finden. Ob dieser Schwache Trost den Bürger dieses Rechtsstaates noch beruhigen und über die alltägliche Quälerei und Entwürdigung hinwegsehen lassen darf, mag man nach der Geschichte vom Fall H y a n beurteilen, die Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine gestern abend in einer Protestversammlung des Schupverbandes deutscher Schriftsteller mit warmer Anteilnahme und harter Empörung, aber auch in voller Klarheit und mit der Objektivität einer Aktenaufstellung vortrug.

Also: Jeden Morgen um 6 Uhr hat ein Beamter der Berliner Staatsanwaltschaft im „Vorwärts“ die Fortsetzung des Romans „Die Verführten“ gelesen — genau auf die Möglichkeit einer Strafverfolgung hin gelesen und sie nie gefunden. Der Roman bleibt unbehandelt. Er erscheint in einem Verlag, der den Untertitel „Vorwärts-Verlag“ führt. Inzwischen sind in der Cassirerischen Zeitschrift „Pan“ verschiedene Besessenen gegen den Polizeipräsidenten v. Jagow erschienen, die Geschichte mit der Schauspielerin, man erinnert sich. Und da liegt plötzlich auf dem Tisch der Anklagebehörde ein Akt: Anzuchtungsprozess gegen Cassirer wegen des Romans „Die Verführten“ — —, der mit dem der Mann nichts gemein hat, als daß seine Zeitschrift so heißt, wie der Verlag des H y a n'schen Romans.

Merkt Du was? — — — Das Verfahren ging, da es schon eingeleitet war, seinen Gang, wenn schon nicht gegen Cassirer, so gegen H y a n und seinen Verleger Oesterheld. Beide werden glänzend freigesprochen, das Buch als künstlerisch wertvoll, strafrechtlich einwandfrei freigegeben.

Aber in einem anderen, geheim geführten Pornographenprozess gegen einen Händler derartiger Schriften — H y a n erfährt gar nichts von dem Prozess! — war ein Einzelexemplar der „Verführten“ im Kamisch mitverurteilt. Das war vor einem anderen Gericht und früher als die Freigabe — und auf Grund dieses Urteils wird nun das freigegebene Buch gewagt und verurteilt und das widerfährt abermals einer schon geänderten Neuauflage! Das freigegebene Buch darf nicht existieren!

Und da H y a n nun schon einmal schlecht angegriffen ist — wie er meint, wegen seiner Gegnerschaft gegen das heutige Straf- und Polizeisystem —, so wird nun auch sein harmlos-lustiges, selbst die Polizei nicht anstößendes Volkstück „Schlossermage“ schlanweg ohne Begründung verboten.

So weit sind wir heute, 13 Jahre nach der Niederwerfung der 2. Reich.

Genosse Heine, der Fortschrittskämpfer Küller-Meinungen, der Dichter Ewers forderben zum Kampf gegen diese entwürdigende Geistesnachtung auf. Nun woflan, es gibt ja bald L a n d t a g s m a c h e n!

Letzte Nachrichten.

Der dreifache Raubmord in Ortzig.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, einen der Helfershelfer des bereits unweit des Tatortes verhafteten Anechts hier zu ermitteln und festzunehmen. Während Kriminalkommissar Kasse vom Berliner Polizeipräsidenten nach Ortzig entsandt wurde, stellte die Berliner Kriminalpolizei gleichzeitig Ermittlungen in Berlin an, da die Vernehmungen dort ergeben hatten, daß der Räuber Spieghelmann geholt hatte. Sie stellte gestern nachmittags auch fest, daß drei junge Leute aus der dortigen Gegend hier angekommen waren und über größere Vorräte verfügten, obwohl sie schon längere Zeit nicht gearbeitet hatten. Die Nachforschungen in den Lokalen führten denn auch gestern abend noch zur Verhaftung eines der Spieghelmann des Anechts. Dieser leugnete zuerst, an der Tat beteiligt gewesen zu sein, gab aber nach längerem Verhör zu, mit zwei weiteren Berlinern dem Anecht bei der Ausführung des Verbrechens behilflich gewesen zu sein.

Die serbische Genugtuung.

Belgrad, 10. Januar. (B. L. Z.) Zwischen dem österreichisch-ungarischen Botschafter von U g r o n und der serbischen Regierung wurde vereinbart, daß die feierliche Hissung der österreichisch-ungarischen Konsularflagge in Prizren am 13. dieses Monats erfolgt. Dem Festakt wird Konsul Prochaska in Galauniform beiwohnen. Ein größeres Detachement serbischer Truppen unter dem Kommando eines Offiziers wird bei der Hissung der Flagge die vorgeschriebene Ehrenbezeugung leisten. In Mitrovica werde eine vollkommene analoge Satisfaktion in den nächsten Tagen gegeben werden.

Schwerer Unglücksfall.

Köln, 10. Januar. (B. L. Z.) Im Deuper Stahlwerk wurden zwei Arbeiter durch flüssiges, glühendes Eisen schwer verbrannt. Einer von ihnen, ein dreißigjähriger, verheirateter Mann, starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Der zweite liegt im hoffnungslosen Zustande darnieder.

Unfall auf der Dortmunder Union.

Dortmund, 10. Januar. (B. L. Z.) Auf dem Eisen- und Stahlwerk „Union“ verunglückten heute zwei Arbeiter dadurch, daß sie beim Verladen von einem Kotswagen angezrannt wurden. Beide erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Sabotage.

Cerbere, 10. Januar. (B. L. Z.) In den Kohlengruben von Turon haben Unbekannte verschiedene Minenanlagen mit Dynamit in die Luft gesprengt. Die Arbeiter mußten infolgedessen unterbrochen werden. Der Schaden ist beträchtlich.

Verantw. Redakt.: Alfred Bielewicz, Neuföhn. Inzeratenteil verantw.:

Reichstag.

87. Sitzung. Freitag, den 10. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück, Kraetke, Lisco, Wahnschaffe.

Kurze Anfragen.

Auf eine Frage des Abg. Fehrenbach (Z.) über das Verbot eines Vortrages des Jesuitenpaters Cohaus über das Thema „Die Wahrheit über den Jesuitenorden“ in Pforsheim, antwortet

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die badische Regierung hat den Vortrag verboten in der Annahme, daß er das religiöse Gebiet berühren würde. Von diesem Standpunkte aus entsprach die Entscheidung dem Bundesratsbeschlusse vom 28. November 1912. Ob diese Annahme zutrifft, haben nur die Landesbehörden in geordneten Verfahren zu entscheiden. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Entscheidung gegenüber der bisher geübten Praxis als eine gewisse Verschärfung gewirkt hat. (Hört! hört! im Zentrum), aber eine solche Verschärfung kann sich bei der Uebereinstimmung der Auslegung des Bundesrats mit der von der Mehrzahl der Bundesstaaten geübten Praxis nur in vereinzelt Fällen ereignen. Da das Jesuitengesetz und die Bundesratsverordnung eine Straandrohung nicht enthalten, so müssen die Behörden immer nach dem vorläufigen Inhalt des Vortrages entscheiden. (Lachen im Zentrum.) Aus dem vorbeugenden Charakter des Einschreitens erklärt es sich auch, daß die eklamatorischen Befürworter bei geringen Abweichungen in der Fassung des Themas und gegenüber der Versicherung des Vortragenden, das religiöse Gebiet nicht berühren zu wollen, den Vortrag in Straßburg nicht verhindert haben. Solche Ungleichheiten in der Handhabung der Vorschriften sind nicht zu vermeiden. Wenn der Reichsanwalt hier am 4. Dezember 1912 erklärt hat, daß der Bundesratsbeschluss die bestehende Praxis nicht zu ändern beabsichtige, so hat er die bisher allgemein übliche ruhige und zurückhaltende Handhabung im Auge gehabt. Die hierüber bei den Bundesregierungen bestehende Einigkeit rechtfertigt die Erwartung, daß auch künftig die Handhabung der Vorschriften von dem gleichen Geiste getragen sein wird. (Lachen im Zentrum, Heiterkeit links.)

Auf eine Frage des Abg. Dr. Werner (Wirtsch. Vg.) über die Einschränkung des Besuchs deutscher Hochschulen durch Ausländer antwortet

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald, daß dieser landesrechtliche Frage von den beteiligten Bundesregierungen die gebührende Aufmerksamkeit zuteil werde, eine reichsgesegelte Regelung aber nicht beabsichtigt werde.

Abg. Hoch (Soz.) fragt an: Ist es zutreffend, daß die Typhusepidemie im 1. Bataillon des Eisenbahnpfaliments in Hanau durch Unsauberkeit in der Bataillonsküche entstanden ist und daß es 2 1/2 Wochen gedauert hat, bis die Militärärzte die Art der Erkrankungen festgestellt haben? Kann der Reichsanwalt bestätigen, daß alles geschehen ist, um die Uebertragung der Epidemie auf weitere Kreise zu verhindern?

Brennender Generaloberarzt Dr. Schulz: Es ist festgestellt, daß die Epidemie nicht auf Unsauberkeit in der Küche zurückzuführen ist, sondern wahrscheinlich auf der Krankheitskeim durch eine später als Typhusleimträgerin ermittelte, in der Kaserne beschäftigte, an sich völlig gesunde Frau eingeschleppt worden. Die zur Feststellung von Typhus erforderlichen Krankheitserscheinungen treten erst am Ende der zweiten Krankheitswoche auf. Als Typhus festgestellt war, ist sofort alles geschehen, um eine Weiterverbreitung zu verhindern, und es ist tatsächlich gelungen, die Erkrankung auf den ersten Krankheitsherd zu beschränken.

Abg. Hoch (Soz.) ergänzt seine Anfrage: Ist es zutreffend, daß die Typhusepidemie von der Trägerin der Bazillen durch Unsauberkeit in der Bataillonsküche übertragen worden ist?

Generaloberarzt Dr. Schulz: Nach den bisherigen Feststellungen vermag ich meinen Angaben nichts weiter hinzuzufügen. Die Beratung der

Denkschrift über die Beamtenorganisation der Reichspost- und Telegraphenverwaltung

wird fortgesetzt.

Abg. Rudloff (Z.): Wir haben bei der außerordentlichen Entwicklung des Postwesens eine gewaltige Vermehrung der Arbeit und

der Beamten und eine gesteigerte Arbeit der einzelnen Beamten zu verzeichnen. Die Beamten verdienen uneingeschränkte Bewunderung. Unter Postwesens hat mit der Entwicklung Schritt gehalten; wir sind stolz auf unsere Post. Das Verhältnis der unteren Postbeamten ist nicht etwa dem der Arbeiter eines industriellen Unternehmens gleichzustellen. Sie können aus Gründen der Staatsicherheit nicht das volle Koalitionsrecht haben. Ein Äquivalent müßten die Beamten durch ihre gesamte Stellung erhalten. Der Redner geht dann ausführlich auf die Wünsche der verschiedenen Beamtenkategorien ein. Ganz allgemein müsse man sagen, daß die Gehälter der Unterbeamten nicht ausreichend seien, hier müsse der Reichstag auf einer Verbesserung bestehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Vogt-Heidelberg (nat.): Für die Mißstände, die infolge der letzten Befehlsverordnung eingetreten sind, trägt die Regierung die Verantwortung. In der Denkschrift beschränkt sich die Postverwaltung einfach auf die Feststellung dessen, was ist. Eine Reorganisation wird glatt abgelehnt, ohne daß wir etwas von den Gründen erfahren, die zur Ablehnung aller unserer Wünsche geführt haben. (Sehr richtig!) Die Regierung verkennt offenbar den Umfang der Unzufriedenheit und des Mißmutts, der in der ganzen Beamtenenschaft herrscht. (Lebhafter Beifall.) Das trifft nicht nur für die Unterbeamten, sondern genau so für die höheren Beamten zu. Die Ausichten für das Vorwärtskommen sind eben überall äüßerst schlecht. Redner geht des näheren auf die Wünsche der höheren Beamten ein. Das beste wäre, man regelte die Verhältnisse der Beamten im Reiche allgemein so, wie sie in Preußen sind. Dann wären alle Schwierigkeiten beseitigt. Auch in der Frage der Wohnungsgeldzulüsse muß ein Schritt vorwärts gemacht werden. (Bravo!)

Abg. Dr. Hertel (kon.). Zur zweiten Befugnis dieser Materie werden wir nach der Kommissionsberatung jedenfalls beim Postetat kommen. Der Entwicklung unserer Post und ihren Trägern, den Postbeamten, und der Leitung ist volle Anerkennung zu spenden. Unsere Post kann sich sehen lassen, die Postkurier sind eben Kurier. Die 300 Mark Zulage werden den älteren Affizienten endlich werden. Dagegen wird sich das gute Herz Herrn Kraetkes nicht sträuben. (Heiterkeit.) Die von Abg. Rudloff vorgeschlagene Junggefellsteuer ist mir sehr sympathisch, gewiß auch dem Staatssekretär (Lebhafter Beifall, da der Staatssekretär Junggefelte ist). Ach ja, daran habe ich im Augenblick nicht gedacht — aber wie ich ihn kenne, akzeptiert er die Steuer zugunsten der Postbeamten trotzdem. (Der Staatssekretär nicht lachend — Heiterkeit.) Wir beklagen die Ehesucht der Männer — nehmen ihnen aber durch steigende Beschäftigung der Frauen die Stellen weg! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann dem Abg. Hertel nicht zustimmen, daß dies aus Sozialismus geschieht, aber gewiß spielt da die billigere Befolgung ihre Rolle. (Walso! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt eine begründete und eine grundsätzliche Unzufriedenheit, die Sozialdemokraten freilich — wo wären die ohne die allgemeine Unzufriedenheit! (Sehr gut! rechts.) Die grundsätzliche Unzufriedenheit ist nie zu stillen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie die der Agrarier! — Große Heiterkeit.) Ich pflege nur auf die Zivilisten einzugehen, die mir passen. (Schallendes Gelächter.) Der Hinweis auf die Agrarier ist so neu, daß ich nicht weiß, was ich dazu sagen soll. Wir lassen uns im Wohlwollen für die Postbeamten von keinem in den Schalten stellen. (Beifall rechts, Heiterkeit links.)

Abg. Hubrich (Sp.) bespricht die Verknüpfung preussischer Gehaltsbestimmungen mit den Beförderungsvorschriften des Reiches, unter welchem Druckeinander die Postbeamten schwer leiden. Redner erörtert in großer Ausführlichkeit die speziellen Wünsche der einzelnen Beamtenkategorien.

Abg. Frhr. v. Gump (Rp.): Ich will nicht gerade sagen, daß die Denkschrift uns über nichts aufklärt (Heiterkeit), sie bringt manche Aufklärungen, aber in solcher Form, daß man lange Zeit braucht, um über den Sinn klar zu werden. Die Frage der Affizienten sollte der Staatssekretär mit größerem Wohlwollen prüfen. — Den gebildeten Unteroffizieren geben wir mit dem Zivilverordnungschein ohne Nachweis einer Stellung Steine statt Brot. Man müßte ihnen, unter Schonung aller jetzt bei der Post Angestellten, gewisse Stellen bei der Post allein zugänglich machen. Die Marineunteroffiziere sind doch in der Telegraphie und Telephonie viel besser ausgebildet als irgend ein Zivilantwärtler. (Zuruf des Staatssekretärs: Es fehlt nur an Meldungen!) Diese Vernerkung ist sehr erfreulich! Sie wird auch beachtet werden.

Staatssekretär Kraetke dankt für die allgemeine Anerkennung der Leistungen der Postbeamten. Auf die Kritik an der Denkschrift werde

ich in der Kommission eingehen. Gegenüber dem Abg. Bed bespricht der Staatssekretär, daß Mißstände in der Verrichtung der Affizienten bestehen und daß nicht jeder Beamte zu seinem Rechte komme. Dem Abg. Hubrich gegenüber verwehre ich mich dagegen, daß an die Bildung der Zivilantwärtler vor 1900 außerordentlich geringe Anforderungen gestellt worden seien. Wir verschleiern nichts in den Denkschriften. Seine Art der Kritik war unzulässig. Der Redner polemisiert gegen die vom Abg. Hubrich geschriebenen Artikel einer Verbandszeitung der Postbeamten und erklärt schließlich, es sei die Pflicht der Verwaltung, unerfüllbare Wünsche auch als unerfüllbar zu erklären.

Abg. Dr. Werner-Giehn (Wirtsch. Vg.): In der ganzen Postbeamtenenschaft herrscht hochgradige Unzufriedenheit, ja sogar Erbitterung. Die Frage der Verlocung der Militärantwärtler ist eine Frage unseres ganzen Militärstaats. Die un-verheirateten Telegraphistinnen erhalten einen höheren Wohnungszuschuß als die kinderreichsten Unterbeamten. (Hört! hört!) Wenn die Sozialdemokraten den Etat möglichst günstig gestalten wollen, ihn aber schließlich ablehnen, so würden die Postunterbeamten schließlich nichts zu essen haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine!

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Winckel (Eis.-Votr.) und Werner-Hersfeld (Ant.) erwidert

Abg. Hubrich-Oberbarnim (Sp.) dem Staatssekretär, daß dieser den Hubrichschen Artikel schon mehrmals vor dem Reichstag bekämpft und ihn den Akten des Reichstags einverleibt hat. Wertwüchtig ist aber, daß er dafür andere Artikel der „Deutschen Postzeitung“ nicht heranzieht. Ich stehe auch nach wie vor auf dem Standpunkt, daß man die Erkenntnis eines irrtümlichen Standpunkts auch in die Tat umsetzen muß. Und vor allem ist es nicht Sache des Staatssekretärs, die Kritik eines Abgeordneten als unzulässig zu bezeichnen. (Lebhafter Beifall! Hört! hört! und laute Zustimmung links.) Nicht werden alle Angriffe des Staatssekretärs nicht irre machen. (Beifall links.)

Staatssekretär Kraetke hält unter lebhaften Protesten der Linken seine Kritik des Hubrichschen Tons gegen die Verwaltung aufrecht, da der Abgeordnete nicht die Verwaltung verdächtigen und ihn die Anwendung unerlaubter Mittel, nämlich Verbreitung unwahrer Angaben über die Bildung der Beamten vorwerfen dürfte. (Lebhafter Beifall links. — Abg. Ledebour: Unzulässig ist, daß Sie hier Zensur spielen! Beifall links.)

Präsident Dr. Kaempf: Meine Herren! Der amtierende Vizepräsident Dove hat den vom Abgeordneten Hubrich gebrauchten Ausdruck (daß die Denkschrift mit Vollkraft von geringer Bildung vor 1900 angestellten Zivilantwärtler spreche; Ann. d. Ver.) als zulässig angesehen und ist nicht dagegen eingeschritten. Ich muß diesen Standpunkt des Vizepräsidenten Dove als vollständig begründet anerkennen. (Lebhafter Bravo links und in der Mitte.)

Es folgt die erste Beratung der Abänderung des Handelsgesetzbuchs, soweit es sich auf

die Konkurrenzklause

bezieht. Die Vorlage bestimmt die Modalitäten des Abschlusses eines Vertrages mit Konkurrenzklause sowie ihre Höchstdauer und setzt die Entschädigungen fest, die dem Angestellten in der Zeit gezahlt werden müssen, wo er durch die Konkurrenzklause an der Annahme einer Stellung gehindert ist.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco (Schwer verständlich): Die Rechtsprechung hat sich zur Bekämpfung der Mißbräuche, die mit der Konkurrenzklause getrieben werden, mehr als ausreichend erwiesen. Es war deshalb notwendig, die Konkurrenzklause auf das richtige Maß zu beschränken. Der Entwurf sieht vor, daß eine solche Klause schriftlich vereinbart dem Gehilfen ausgehändigt wird und daß der Prinzipal sich verpflichtet, für die Dauer ihrer Geltung dem Gehilfen eine bestimmte Entschädigung zu zahlen. Eine unbillige Erhöhung des Fortkommens des Gehilfen darf die Konkurrenzklause nicht enthalten.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Sonntag 12 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Etat des Reichsamts des Innern vor der Budgetkommission.

Die Budgetkommission nahm am Freitag ihre Tätigkeit wieder auf und begann mit der Beratung des Etats des Reichsamts des

da diese doppelt so viel von der Energie der Kohle in Arbeitskraft umzusetzen vermögen als jene. Der Betrieb elektrischer Generatoren durch die Gasmotoren und die Anlage großartiger Elektrizitätsleitungen würde dann das übrige besorgen. Ramsay stellt die Folgen der Umwälzung in folgenden Kapiteln dar: Erzeugung des elektrischen Stroms für Eisenbahnen und Industrie zum Fünftel oder vielleicht zum Zehntel des heutigen Preises; allgemeine Elektrifizierung der Eisenbahnen und Fabriken; Erleuchtung und Heizung der Häuser zu einem Bruchteil der jetzigen Kosten; Herabsetzung des Verbrauchs der Brennstoffe und damit eine Verlängerung der Ausdauer der Kohlenvorräte bis in eine ferne Zukunft; fast völlige Unterdrückung jedes Handwerks. Dazu kommt noch, daß nach den Angaben von Ramsay, die sich auf Versuche während der letzten Monate stützen, auch Kohlenflöße von so geringer Wichtigkeit, daß sie einen Abbau nicht lohnen, nach dem neuen Verfahren verwertbar sein würden. Die Kohlenlager würden in Zukunft in ähnlicher Weise ausgenutzt werden, wie es jetzt mehr und mehr mit den Wasserkräften geschieht. Die Rücksicht auf eine Erparnis in der Verminderung der Kohlenvorräte der Erde ist namentlich für das Vaterland Ramsays von großer Bedeutung. Ramsay rechnet damit, daß Großbritannien seine Kohle beim Fortgang des bisherigen Bergbaues in 175 Jahren völlig erschöpft haben dürfte. Die Frist könnte höchstens auf 250 Jahre verlängert werden.

Das Jahr 1913 wird kaum ein Ereignis von größerer Bedeutung bringen können als den Nachweis der Durchführbarkeit der Ramsayschen Vorschläge durch einen Versuch in großem Maßstabe. Oder sollte auch dieser große Gelehrte, dessen wissenschaftlicher Ruhm so fest begründet ist, in ähnlicher Weise verlagen, wie es mit Tesla und zum Teil auch mit Edison der Fall gewesen ist?

Notizen.

Die Akademie der Künste wird ihre nächste Ausstellung, die am 15. Januar eröffnet wird, ihren verstorbenen Mitgliedern Hertel, Leising und Wallot widmen.

Kunstabend. Im Schiller-Saal (Charlottenburg) findet am Sonntag, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, ein Karl Voewe-Abend statt.

Was der Name macht. Hermann Sudermanns neues Schauspiel „Der gute Ruf“ wurde bereits von mehr als 100 Bühnen angenommen.

Der Besuch in Deutsch-Ostafrika. Wie die „Mambara-Post“ meldet, ist der Edouard L'Engai in dauernder Tätigkeit. An der Nordseite der Bergspitze rinnt ein weicher Schlammstrom herab bis zur Hälfte des Berges, anschließend Natronsalzflaum, der aus dem etwa 75 Meter hohen Nebenkrater kommt. Durch Kristallisation bildet sich an der Austrittsstelle ein hoher, nadelartiger Krater. Zeitweilig werden aus dem Krater Dampfwolken emporgepufft.

Schauschriften. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bringt seit dem 1. Januar auch eine Schachspalte, die Sonntags erscheint. Sie wird von dem Problemkomponisten Kotz geleitet.

Kleines feuilleton.

Münchener Fasching. Es stünde schlimm mit dem in Roheit oder Verblödung immer zielbewußter verflachenden Münchener Fasching, wenn ihm nicht lässige Persönlichkeiten ab und zu mit ihrem Witz freiwillig und unfreiwillig zu Hilfe kämen. Dieses Jahr besorgen die Aufführung Richard Strauß' der mit einer Richard-Strauß-Boche in München“ die leitende Idee für das große Karnevalsfest der Münchener Presse abgibt, und Frank Wedekind. Der unerwähnte Neulandfeld Wedekind tritt diesmal mit Herrn Erich Mühsam Arm in Arm in die Schranken der lustigen Weltgeschichte. Er hat mit dem kleinen Sozialistenkreiser, Salon-Anarchisten, Dauer-Bohémien und Herausgeber der „Zeitschrift für reines Menschentum Raim“ einen Verein gegründet, der dem Wedekind-Wahlmannschen Weltparlament die Bahn ebnen soll. Wie Wedekind, der schlau genug ist, den eifhischen Rührlistigen und langhaarigen Petroleum Mühsam diesmal als Sturmbock zu benutzen, einem Münchener Blatt mitteilt, habe Herr Mühsam zurzeit alle Hände voll zu tun, um die maßlos anwachsenden Staatsmänner, Diplomaten und Parlamentarier auf ihre Eignung zur Aufnahme in den Weltparlamentarierverband zu prüfen. Das Weltparlament, dessen Mitglieder nur den haarscharfen, „aufbauenden“ Parteien angehören dürfen, soll in allen fristigen internationalen Fragen entscheiden. Es ist in der Lage kriegerische Verwicklungen kaltblütig zu verhindern. Das Weltparlament macht hinaus die ebenso unnütze wie kostspieligen und schwerfälligen Geländebestimmungen einfach unnötig. Die jährlichen Versammlungsorte für das Parlament sind Berlin, Paris, London, Rom, Petersburg oder, um das Parlament einer zu starken Beeinflussung durch seine Gastgeber zu entziehen: München, Kizza, Insel Wright, Florenz und Kroatien. Die berühmten Karnevalsstädte München und Kizza sind in der Tat die geeigneten Versammlungsorte. Wedekind, der Nachfolger des längst verstorbenen Prinz Karneval als politischer Bolshewismus mit der Wandeltaube auf einem von gezackten Kassenmützen gesessenen Weltparlamentarierwagen; welch glänzende Faschingsummer! Und der mühsame Erich daneben, flammende Aufsätze zur Hebung der Freien Liebe verteilt.

Carrel neuere Wundertat. Der Nobelpreisträger für Medizin und Chirurgie, Carrel, hat, bevor er Paris verlassen hat, um in den Laboratorien des New Yorker Rockefeller-Instituts seine Arbeiten wieder aufzunehmen, Prof. Pozzi damit betraut, der Pariser medizinischen Akademie über ein neues Ergebnis seiner Experimente Bericht zu erstatten. Es sind dies Versuche, die besonders dem Zweck gelten, die dem Organismus entnommenen Organe lebensfähig zu erhalten. Die von Pozzi gemachten Mitteilungen beweisen nichts mehr oder weniger als die Konservierungsmöglichkeit der gesamten Eingeweide nach der Trennung vom Organismus. Carrel hat bann auch als zusammenhängendes Ganzes mit einem Griff die Organe der Brust und des Unterleibs, die Lungen, das Herz, die Speiseröhre, Magen und Därme eines Tieres herausgenommen und sie bei einer der Innentemperatur des Körpers erhaltenden Temperatur von 33 Grad aufbewahrt. Die ab-

getrennte Luftröhre“, führt Professor Pozzi aus, „wurde eine Kautschukröhre eingeführt, um die künstliche Atmung in Tätigkeit zu bringen. Man ersetzte dann aus dem Tierkadaver als Ganzes die durch die Blutgefäße verbundenen Brust- und Bauchorgane und legte sie in ein Gefäß, das mit der Ringerscher Lösung von 38 Grad gefüllt war. Das Herz schlug langsam und regelmäßig weiter, und nach einigen Minuten steigerte sich auch der Blutdruck und wurde hier und da fast normal. Dann wurde der gesamte Organismus in einem mit Ringerscher Lösung gefüllten Vottich gebracht, der mit einem Glasdeckel zugedeckt wurde. Die Luftröhrenöffnung wurde durch ein durch die Wand des Vottichs gebohrtes Loch eingeführt und eine zweite Sonde auf dem gleichen Wege mit der Speiseröhre verbunden. Man konnte somit dem Magen Wasser und Nahrungsmittel zuführen. Die im Vottich liegenden Darneingeweide wurden außerdem durch eine Röhre nach außen zu einem künstlichen After verlängert. Die Eingeweide setzten bei dieser Behandlung ihre Lebensfähigkeit in anscheinend normaler Weise fort. Die Herzschläge sind voll und regelmäßig, die organische Zirkulation ist normal, die Därme vollziehen die regelmäßigen Bewegungen und entleeren sich. So fand bei einem Versuch mit einem Tiere, das getötet wurde, als der Magen voll war, in den folgenden Stunden eine völlige Verdauung statt. In der Mehrzahl der Versuchsfälle konnte die Lebensfähigkeit der Organe noch 10, 11, ja selbst 13 Stunden nach dem Tode des Tieres, dem sie entnommen waren, festgestellt werden. Die Versuche werden fortgesetzt. Die technischen Vervollkommnungen der Methode werden zweifellos die Dauer der Lebensfähigkeit der Zumeingeweide noch weiter verlängern. Aber auch heute schon sind die erzielten Ergebnisse für die Physiologie und die biologische Chemie von unschätzbarem Wert.“

Eine Revolution der Kraftgewinnung. William Ramsay, der berühmte Chemiker, scheint an seiner Idee der Gasergzeugung unmittelbar aus den Kohlenlagern festzuhalten und in ihrer Durchführung die wichtigste Aufgabe seines Lebensabends zu erblicken. Daß er noch immer keine genaue Beschreibung des Verfahrens veröffentlicht hat, das er zur Umwandlung der Kohlenlager in Gas anwenden will, erklärt sich jedenfalls daraus, daß er zunächst einen Versuch in größerem Maßstab für notwendig hält, und er hat auch Verhandlungen mit dem Besitzer eines Kohlenlagers eingeleitet, die ihm zur Einrichtung einer ersten bedeutenden Anlage Gelegenheit bieten sollen. Sein Vorschlag erinnert an die Art der Ausbeutung mancher Salzlager, deren Inhalt nicht in der festen Form des Steinsalzes an die Oberfläche befördert, sondern durch Wasser aufgelöst und dann als Lauge aufgefördert wird. So will Ramsay die Kohle in ihrer natürlichen unterirdischen Lage zerlegen, das Gas an die Oberfläche bringen und dort sofort in Benutzung nehmen. Damit würden alle Kosten des Abbaues fortfallen, ein großer Teil des Kohlentransportes auf Eisenbahnen und Schiffen und viele Kraftanlagen an den Stellen des Verbrauchs. Die Steinkohlennimmen würden in ungeheurer Destillationsapparate verwandelt werden. Die Dampfmaschinen würden in Zukunft dann nur noch eine bescheidene Rolle spielen, die Gasmotoren dagegen einen ungeheuren Aufschwung nehmen, was wiederum ein gewaltiger Fortschritt wäre,

Zunern, wobei zwei Fragen im Vordergrund der Debatte standen: die von der Regierung gewünschte Vermehrung der kleinen Noten über die Summe von 300 Millionen Mark hinaus, die 1906 zwischen Budgetkommission und Regierung vereinbart worden ist; ferner Mängel in der Organisation des Reichsbankens des Innern. Die letztere Frage wurde vom Genossen Hoch aufgeworfen, der folgende dazu ausführte: Das Reichsamt des Innern entspricht offenbar durch Fehler in seiner Organisation nicht den Anforderungen, die zu stellen man berechtigt ist. Das gilt vornehmlich für die Behandlung der Arbeiterfragen, die in letzter Zeit wiederholt eine solche war, daß die gesetzgebende Tätigkeit des Reichstages gehemmt worden ist. So sind z. B. dem Amte bei der Prüfung der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der gefassten Kommissionsbeschlüsse schwere Zeitläufer unterlaufen; andere Gesetzesentwürfe sind mangelhaft und oberflächlich begründet worden. Der Reichstag ist wieder versammelt, ohne daß ihm zur Stunde auch nur einer der versprochenen sozialpolitischen Gesetzentwürfe vorgelegt worden wäre; in letzter Stunde wieder werden die Entwürfe kommen, was zur Folge hat, daß die Beratung und Prüfung nur eine mangelhafte sein kann. Hier müssen organisatorische Mängel im Amte vorliegen, die dringender Beseitigung bedürfen. — Staatssekretär Delbrück stellte lebhaft in Abrede, daß sein Amt organisatorische Mängel in der vom Abg. Hoch angegebenen Art aufweise. Die Schwierigkeiten für das Reichsamt des Innern liegen in der ungemein komplizierten Staatsmaschinerie. Manche sozialpolitischen Gesetzentwürfe müßten einen wahren Leidensweg zurücklegen, bis sie an den Reichstag gebracht werden können. Herr Delbrück schilderte recht anschaulich und drastisch, wela endlose, komplizierte und mühevolle Verhandlungen zwischen den einzelnen Reichsämtern, dann mit der preussischen Regierung und mit den einzelnen Ministerien in Preußen; ferner mit den Regierungen der Bundesstaaten und endlich mit dem Bundesrat notwendig sind, bis so ein Entwurf zur Vorlage an den Reichstag gelangen ist. Der ganze Sommer unserer verfassungsmäßigen Zustände trat deutlich und lehrreich auf diesen Darlegungen hervor, die zu protokollieren Genosse Ledebour beantragte. Die Debatte über diesen Gegenstand wurde zunächst zurückgestellt, um vorher die Vermehrung der kleinen Noten zu diskutieren.

Reichsbankpräsident v. Havenstein versuchte, die Regierung von der Bindung zu befreien, daß sie kleinere Noten nur bis zum Betrage von 300 Millionen ausgeben kann. Die Regierung hat unter dem Zwange der Verhältnisse die Summe schon überschritten müssen. Der Bedarf an Zahlungsmitteln stieg mit der rapiden industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung enorm. Allein in den Jahren 1902 bis 1912 hat die Reichsbank etwa 2500 Millionen Mark — darunter die größere Hälfte in Gold — als Zahlungsmittel in den Verkehr werfen müssen. Der Notenumlauf hat in den letzten zehn Jahren um eine Milliarde zugenommen. Durch die Ausgabe kleiner Noten ist es gelungen, den Goldbestand der Reichsbank um rund 200 Millionen zu heben. 300 Millionen in kleinen Noten bedeuten eine Ersparung um mindestens 200 Millionen Gold. v. Havenstein schilderte sodann eingehend, wie aus wichtigen wirtschaftlichen Gründen — und natürlich auch aus solchen der Kriegsbereitschaft — ein hoher Goldbestand dringend geboten ist. Als im Oktober vorigen Jahres, hervorgerufen durch die Vorgänge auf dem Balkan, auch in den deutschen Grenzbezirken eine Panik das Publikum ergriff, mußte die Reichsbank über 500 Millionen in gemünztem Gold hinausgeben, gegen etwa 57 Millionen in derselben Zeit in den Vorjahren. Allein im November mußten die deutschen Sparkassen 70 Millionen mehr ausgeben, als bei ihnen eingezahlt worden sind, während sie noch im gleichen Monat des Vorjahres ein Plus von 40 Millionen zu verzeichnen hatten. Für die deutschen Finanzen bestebe, bei entsprechender vorsichtiger Behauptung, keine berechtigte Sorge, auch nicht im Kriegsfall. Von Interesse war auch die Angabe des Reichsbankpräsidenten, daß der Jahresverbrauch der Gold verarbeitenden deutschen Industrie sich auf etwa 40—45 Millionen Mark an Goldmünzen belaufe, für den die Reichsbank neuerdings der Industrie jährlich ungefähr 20 Millionen an ungelagerten Zwanzigmärkigen zur Verfügung stellt.

Für die Konserverfabriken erklärte Abg. Kretsch, daß sie gegen die Ausgabe kleiner Noten ohne jede Bindung der Summe doch noch Bedenken gegen. Im Osten Deutschlands sei im Herbst die Panik so groß gewesen, daß die Leute Goldstücke mit einem Aufgeld von 50 Pf. für je 10 M. aufgekauft haben. — Abg. Göttsche trat für Vermehrung der kleinen Noten ohne jede Bindung ein. Die Panik, die mit Recht kritisiert worden sei, wurde in erster Linie durch die Diffidire bei den Kontrollversammlungen und durch die Bezirkskommandos hervorgerufen, die Kreisbeamten und Mannschaften in der sinnlosesten Weise in den Glauben versetzt haben, die Mobilmachung und damit der Krieg ständen unmittelbar bevor. Der Reichsanzler habe die Verpflichtung, gegen solche Vorgänge einzuschreiten. — Abg. Roland-Lyke trat ebenfalls für die Vermehrung der kleinen Noten ohne Bindung ein und besprach als Fachmann in Finanzfragen die gegenwärtige Situation. Deutschland habe zurzeit 4850 Millionen Mark Goldmünzen im Umlauf; beim Publikum werden für etwa zwei Milliarden Goldstücke vorhanden sein. Der Goldbestand der Reichsbank müsse erhöht werden; die Bank von Frankreich habe einen Goldbestand von 8000 Millionen Frank, also dreimal mehr als Deutschland. — Die Debatte geht am Dienstag weiter.

Kleine Anfragen.

Der Abg. Dr. Thoma hat eine Anfrage eingebracht, die dahin geht:

„Mit dem Herrn Reichsanzler bekannt: 1. ob die bayerische Regierung ihre Gesandtschaften im Ausland zur Mitarbeit an der neuen „Bayerischen Staatszeitung“ heranzuziehen beabsichtigt, und 2. ob Vorsorge getroffen ist, daß die Behandlung von Fragen der Reichspolitik, insbesondere der auswärtigen Politik, in jenem offiziellen Fachunternehmen der bayerischen Staatsregierung nur im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik erfolgen kann.“

Der fortschrittliche Abg. Weinhausen ersucht in Form einer kleinen Anfrage den Reichsanzler um Auskunft darüber, welches Ergebnis die Wahlen zur Angelegenheitsverteilung gehabt haben und zwar wird verlangt, zu wissen, in wieviel Kreisen die Vertrauens- und Ergänzungsmänner von der Behörde ernannt werden mußten, in wieviel Kreisen nur eine einzige Liste eingereicht wurde, in wieviel Kreisen Wahlen zustande gekommen sind, wieviel Stimmen insgesamt abgegeben wurden. Weiter wird angefragt, ob und wann eine amtliche Bekanntgabe des Ergebnisses in Form eines vollständigen Adressenverzeichnis der gewählten Vertrauens- und Ergänzungsmänner zu erwarten ist.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Siebenbürger (L.) wurde am Freitag fortgesetzt. In 32 Orten wurden die Wählerlisten zu spät ausgelegt, vielfach ist den Wählern nicht gestattet worden, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Die Wählerlisten waren vielfach völlig ungeeignet. Selbst wenn aber bei allen diesen Verstößen die konservativen Stimmen laßiert worden wären, hätte der Abg. Siebenbürger immer noch die Mehrheit. Deshalb wurde die Wahl für gültig erklärt.

Im Wahlkreise Jerichow wurde in der Stichwahl der Abg. Haupt (Soz.) mit 15 283 Stimmen gewählt gegen 15 258 Stimmen, die auf den früheren Vertreter, Major v. Stern, entfielen. Die Mehrheit betrug also nur 7 Stimmen. Von konservativer Seite ist die Wahl angefochten worden. Die Prüfung der für ungültig erklärten Stimmen führte dazu, daß die Stimmenzahl für Haupt sich auf 15 273 erhöhte, dagegen dem Konservativen zwei Stimmen gestrichen wurden. Die Wählerhebung ergab nun, daß in drei Fällen Armenunterstützungsbewerber gewählt hatten. Diese Stimmen mußten dem Sieger abgezogen werden. Wesentlich war ein anderer Protestpunkt. In der Stadt Mödern hat nicht der Wahlvorsteher, sondern ein Beisitzer die Stimmzettel mit dem Stimm-

zetteln in Empfang genommen. Dieser selbe Beisitzer hat aber auch die leeren Stimmzettel an die Wähler verabsolgt. Dadurch kam es, daß in einigen Fällen Verwechslungen vorkamen, weil der Beisitzer Stimmzettel mit Stimmzetteln, die er nicht sofort in die Urne warf, mit leeren Stimmzetteln durchgemischt brachte. Der Streit drehte sich in der Kommission darum, wie dieses Vorkommnis zu bewerten sei. Der Referent beantragte, den Vorfall in Rügen zu laßieren. Von anderer Seite wurde der Antrag gestellt, nur die sozialdemokratischen Stimmen zu streichen. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung von acht sozialdemokratischen Stimmen. Die Kommission stimmte schließlich einem Antrag des Zentrums zu, 26 Stimmen dem Sieger in Abzug zu bringen. Damit ist nun vorläufig die Mehrheit für Haupt beseitigt. In der nächsten Sitzung, am Mittwoch, steht noch ein Protestpunkt zur Verhandlung, von dessen Erledigung die Giltigkeit des Mandats abhängt.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

In Langenbrück bei Dresden starb in der Nacht zum Freitag der Genosse Max Radestock, der seit der Gründung des Bundes deutscher Konsumvereine dessen Vorsitzender war. Er war 27 Jahre lang Geschäftsführer des Konsumvereins in Pilsen, bis ihn seine Krankheit zwang, sein Amt niederzulegen.

Costas „Rückkehr in den Schoß der Kirche“ bemerkt.

Rom, den 8. Januar. (Eig. Ber.) Das offizielle Organ der Kurie der Diözese von Imola, in deren geistlicher Jurisdiktion Gen. Costa gestorben ist, demontiert an leitender Stelle die Lüge der „Unita Cattolica“ über Costas Bekehrung auf dem Sterbebett. Da die Kurie von Imola nur eine etwaige jessorgereiche Handlung im Hause Costas unbedingt wissen müßte, sollte das Klare und unzweideutige Dementi, das dem kirchlichen Blatt zur Ehre gereicht, die Frage ein für allemal aus der Welt schaffen. Trotzdem darf man nicht hoffen, daß die Schwarzen mit ihrer Lüge aufhören.

Parteiliteratur.

Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Von Rosa Luxemburg. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. S. Berlin SW. 68. Preis 6 M., Halbfranzband 8 M., 447 S.

Das Buch Rosa Luxemburgs zerfällt in drei Abschnitte. Der erste, theoretische Teil behandelt das Problem der Reproduktion des Kapitals; der zweite Abschnitt bringt eine Darstellung und kritische Auseinandersetzung mit den bisherigen Lösungsversuchen; der dritte, wirtschaftshistorische Abschnitt behandelt die geschichtlichen Bedingungen der kapitalistischen Akkumulation.

Im Vorwort bemerkt die Verfasserin: „Sollte mir der Versuch gelungen sein, dieses Problem wissenschaftlich ergaß zu fassen, dann dürfte die Arbeit außer einem rein theoretischen Interesse, wie mir scheint, auch einige Bedeutung für unseren praktischen Kampf mit dem Imperialismus haben.“

Im Verlag von J. F. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Geschichte des Sozialismus in England. Von R. Beer. XII und 512 Seiten Großformat. Preis broschiert 6,50 M., gebunden 7,50 M.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Erster Teil. Wirtschaftliche Revolution, Sozialkritik und Sozialismus. Von 1750 bis 1834. Zweiter Teil. Die Periode des Chartismus. Von 1825 bis 1854. Dritter Teil. Die neueste Periode. Von 1855 bis 1912.

Der Verfasser schreibt im Vorwort unter anderem: „Das vorliegende Buch will eine zusammenfassende Geschichte des sozialistischen Denkens und Strömens sowie der politischen Arbeiterbewegung Großbritanniens seit ungefähr 1750 bis Ende 1912 geben. Es ist sowohl für Arbeiter wie für soziologische Hochkulturschreiber. Ich war deshalb bestrebt, einerseits vollständig und klar zu schreiben und vom Leser wenig vorauszusetzen, andererseits auf Grund erheblicher Quellenforschungen Neues zu bieten, wichtige und schwer zugängliche Dokumente wenigstens bruchstückweise zu veröffentlichen oder anzudeuten, die auf das wissenschaftliche Denken anregend wirken dürften. ... Der denkende Arbeiter dürfte in diesem Buche nur auf wenige Stellen stoßen, die über sein Verständnis hinausgehen, vorausgesetzt, daß er Kapitel für Kapitel liest, denn sie sind so gehalten, daß sie methodisch von einem zum anderen überleiten. Ebenso dürfte der Fachmann eine weniger lädenhafte Einsicht in die sozial-theoretischen Probleme Großbritanniens der letzten hundertfünfzig Jahre gewinnen als aus anderen Schriften über denselben Gegenstand.“

Die tschecho-slawische Sozialdemokratie hat wenige Tage nach dem Tod des früheren Reichsratsabgeordneten und unermüdeten Leiters der Prager separatistischen Gewerkschaftskommission, Josef Steiner, abermals einen schweren Verlust erlitten. Der Vertreter des Bergwerks- und Hüttenbezirks Schlan-Mladno im Reichsrat, Gen. Wilhelm Czerny, ist in Prag, erst 48 Jahre alt, plötzlich gestorben. Er war Obermonteur in einer der größten Prager Maschinensfabriken und hatte sich im Gewerkschaftsreich ebenfalls den separatistischen Bestrebungen angeschlossen, weshalb er auch bei den Wahlen von 1911 der Nachfolger des beim Reichsarbeiterzentralverband verbliebenen Gen. Hornof im Wahlkreis Schlan wurde.

Personalien. Zum Parteisekretär für Elberfeld-Barmen wurde der bisherige Leiter der „Freien Presse“, Genosse Otto Kohnen, gewählt. Der bisherige Parteisekretär, Genosse Drescher, tritt am 1. Februar als Sekretär beim Konsumverein „Vorwärts“ in Barmen ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Freisprechung.

Wegen angeblicher verleumdender Beleidigung des Stollberger Stadtbauinspektors war Genosse Mann vom Schöffengericht Stollberg zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Genosse Mann ist Mitglied des Stollberger Stadtverordneten-Kollegiums. Die beleidigende Äußerung soll er in einer Versammlung des Bürgervereins getan haben, in der Stadtbauinspektors über ihre Tätigkeit im Kollegium berichteten. Genosse Mann gehörte dem Bau-Ausschuß an und kritisierte das Verhalten einiger Stadtwendner. Dabei kam er auch auf den Wasserleitungsbau zu sprechen und bei dieser Gelegenheit soll er gesagt haben, der Stadtbauinspektor habe eigenmächtig oder eigenhändig gehandelt, denn es seien Gutachten eingeholt worden, während im Bau-Ausschuß die Benutzung von Mannesmannrohren beschlossen worden sei. Genosse Mann bestritt entschieden, die Äußerungen „eigenmächtig“ oder „eigenhändig“ gebraucht zu haben. Das Schöffengericht Stollberg hatte aber in der Hauptsache auf Grund von Aussagen des Egenossen Frenzel und anderer die Schuld an für erwiesen erachtet. Dagegen hatte sich Mann mit der Berufung an das Landgericht Chemnitz gewandt und auch die Staatsanwaltschaft hatte das Rechtsmittel benutzt, weil die Vorinstanz nicht wegen öffentlicher Beleidigung verurteilt hatte. Das Berufungsgericht gelangte auf Verwertung der staatsanwaltschaftlichen Berufung und erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Jugendbewegung.

Jugendliche Erziehungsresultate.

Aus Lädenfeld wird berichtet: Beim Kriegsspielen wurde ein Schulknabe von einem zwölfjährigen Kameraden mittels einer Floberbüchse in die Brust geschossen. Der Schwere durchdrang die Lunge. Der Knabe befindet sich in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus.

Die mit Hochdruck von den Jungdeutschlandgrößen gepflegte

Kriegsspielerei muß naturgemäß dazu führen, daß die Jugend verrotzt und mit leichtsinniger Nichtachtung des Lebens ihrer Mitmenschen erfüllt wird. Die jugendliche „Erziehung“ hat schon eine ganze Anzahl von vertriehen Opfern auf dem Schulden. Und der obenstehende Fall wird nicht der letzte sein.

Aus Industrie und Handel.

Bankenverschmelzung im Ruhrrevier.

Die Essener Kreditbank und der Essener Bankverein, die beide der Deutschen Bank nahestehen, wollen die bisher schon bestehende Interessengemeinschaft in eine völlige Verschmelzung umwandeln. Von den beiden Instituten ist die Essener Kreditbank das bei weitem stärkere. Ihre Industrieverbindungen erstrecken sich fast über das ganze mitteldeutsche und westfälische Industriegebiet. Sie zentralisiert in sich den wichtigsten Augenverehr dieses Gebietes, und zwar sowohl den Verkehr in Kohlenkuren wie auch den in Kalkkuren. In den Werken in Essen und Düsseldorf hat die Kreditbank eine maßgebende Stellung. Der Abschluß des Unternehmens für das Jahr 1911 schloß mit einem Reingewinn von 7,8 Millionen Mark gegen 6,9 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Dividende betrug wie im Jahre vorher 8 1/2 Prozent. Der Essener Bankverein hat ein Aktienkapital von 80 Millionen Mark. Das Institut hat ebenso wie die Essener Kreditbank eine ziemlich schnelle Erweiterung durchgemacht. Der Essener Bankverein wurde im Jahre 1898 mit einem Aktienkapital von 5 Millionen gegründet. Schon im Jahre darauf erhöhte er sein Kapital um 2 1/2 Mill. Mark. Dann folgte eine Ruhepause von mehreren Jahren, seit 1905 aber ist das Kapital dauernd und ziemlich erheblich gesteigert worden. Für 1911 wurde eine Dividende von 7 Proz. ausgeschüttet. Nach den letzten Mitteilungen über die Geschäftsergebnisse des Unternehmens ist für 1912 eventuell mit einer kleinen Ermäßigung der Dividende zu rechnen. Die Essener Kreditbank wird zum Zweck der Gesamtübernahme des Essener Bankvereins ihr Kapital nicht unerheblich erhöhen müssen. Die Erhöhung ist auch schon vorgesehen, den Zeitpunkt hat man aber noch nicht festgelegt. Augenblicklich ist an die Durchführung dieses Planes noch nicht zu denken, weil bei der gegenwärtigen politischen Lage die Emission neuer Aktien mit Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Der Aufsichtsrat der Essener Kreditbank ist jedoch schon derart ergaßt worden, daß man von einer Personalverschmelzung sprechen kann. Die Deutsche Bank sucht durch diese Fusion ihre Industrieinteressen im Westen Deutschlands zu vereinheitlichen. Sie hat dann dort zwei starke Stützpunkte: die erweiterte Essener Kreditbank und die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld.

Zugergewinnung im Jahre 1911/12.

Nach einer in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches gegebenen Uebersicht hat sich die Gesamtzahl der während des Betriebesjahres 1. September 1911 bis 31. August 1912 in Betrieb befindlichen Mühlensugerkübeln gegen das Vorjahr von 334 auf 342 oder um 12 vermehrt. Die Zahl der Muffinerien ist von 35 auf 31 zurückgegangen. Wir haben es hier mit einem schon seit mehreren Jahren im Gange befindlichen Konzentrationsprozeß in der Zuckerindustrie zu tun. Trotzdem hat sich die mit Zuckerrüben bebaut Fläche wie in den beiden Vorjahren wieder erheblich vergrößert: sie betrug 505 Hektar gegen 478 Hektar in 1910/1911.

Infolge der übergroßen Hitze des Sommers 1911 war die Ernte eine sehr schlechte. Trotz der vergrößerten Betriebsfläche wurden nur 6 Millionen Kuben geerntet, gegen 15,7 Millionen im Vorjahre. Die Zuckerausbeute der Rüben betrug durchschnittlich 15,64 Kilogramm aus einem Doppelzentner und blieb damit hinter der vorjährigen, die 15,90 Kilogramm betragen hatte, zurück. Die gesamte Erzeugung aller Betriebsanstalten belief sich auf 15 Mill. Doppelzentner gegen 20 Millionen im Vorjahre. Man muß bis zum Jahre 1893/1894 zurückgehen, um auf eine geringere Zuckererzeugung in Deutschland zu stoßen.

Der Zuckerverbrauch hat sich infolge dieser Mindererzeugung und dadurch bewirkten Preissteigerung natürlich verringert. Er betrug auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet 10,9 Kilogramm gegenüber 10,0 Kilogramm.

Eingeführt wurden 1213 Doppelzentner ausländischer Rohzucker und 10 854 Doppelzentner Verbrauchs Zucker. Ganz unvergleichlich bedeutender ist die Ausfuhr, die 2,8 Mill. Doppelzentner in Rohzuckerwert betrug. Sie hat damit freilich nicht viel mehr als den fünften Teil der Ausfuhr des Vorjahres erreicht.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Durchführung des Kinderschutzes.

Das Kinderschutzes vom 30. März 1903, das bei weitem nicht der sozialdemokratischen Forderung nach Abschaffung der Kinderarbeit überhaupt entspricht, könnte bei gründlicher Durchführung dennoch eine segensreiche Wirkung haben. Da die Ueberwachung des Gesetzes aber den Gewerbeaufsichtsbeamten übertragen wurde, ohne daß eine Vermehrung der Gewerbeinspektoren erfolgte (Agald hatte Verdreifachung gefordert!), so erklärte er sich, daß von einem wirklichen Erfolge des Gesetzes nichts zu bemerken ist. Man gehe frühmorgens an den Zeitungsexpeditionen der bürgerlichen Blätter vorbei und urteile dann!

Gewerbezirk Vender-Charlottenburg weist in Nr. 22 der „Concordia“ darauf hin, daß die Mitarbeit der Schule bei der Durchführung des Gesetzes unentbehrlich sei. Besonders bedauert haben sich hierbei die Schulpflegerinnen, die in Charlottenburg die Zusammenarbeit von Haus und Schule erleichtern. Der Bericht einer Pflegerin über ihre Erfahrungen bei Bekämpfung der Kinderarbeit enthält u. a. folgenden interessanten Passus:

„Am schwierigsten sind die Fälle, wo die Mutter wegen der kleinen noch nicht schulpflichtigen Kinder tagsüber nicht von Hause fort kann und doch zur Mitarbeit gezwungen ist. Sie muß die frühen Morgenstunden benutzen und Frühstück- und Zeitungsaustreten übernehmen. Hier scheinen die Arbeitgeber bei der Ausdehnung der Wange vielfach im stillen auf Kinderhilfe mitzurechnen. Wenn wir uns an den Arbeitgeber wenden mit der Bitte, der Frau von selbst einen kleineren Auftrag zu geben oder ihr das Mitnehmen der Schulkinder zu unterlagen, so erhalten wir gewöhnlich die Antwort, daß man von der Beschäftigung der Kinder gar nichts weiß, daß die Frau auch die größere Last ganz gut allein schaffen könne und dergl.“ Weiter klingt auch aus diesem Bericht ein verholter Feufzer über die Lädenhaftigkeit des Gesetzes, das häusliche Dienstleistungen erlaubt, so daß die Verquickung gewerblicher mit häuslicher Arbeit ein Eingreifen erschwert, wenn nicht unmöglich ist.

Soweit es sich um besoldete Schulpflegerinnen handelt, die als Beamtinnen der Schulverwaltung angestellt sind, können eine Vermehrung dieser Stellen nur begründet werden. Die zweckmäßigste Maßnahme zur Durchführung des Kinderschutzes aber wäre trotzdem eine Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten, wenn nicht der Inspektoren, so doch der Gewerbeassistenzentinnen, die besser noch als Schulpflegerinnen beruhsam die Bekämpfung der Kinderarbeit in Angriff zu nehmen hätten.

Die sozialdemokratische Partei hat die Mangelhaftigkeit der Durchführung des Kinderschutzes lange erkannt, und bei der unendlichen Wichtigkeit dieser Frage für die Arbeiterklasse gemeinsam mit den freien Gewerkschaften die Kinderschutzkommissionen geschaffen. Die Berichte der einzelnen Ortskommissionen über ihre Tätigkeit beweisen, welche große Arbeitsleistung sie den Gewerbeinspektoren abnehmen. Neben der direkten Arbeit gegen die Kinderausbeutung klären sie die Massenangehörigen über die wahren Ursachen der Not und die Maßnahmen gegen die Kinder auf. Die sozialdemokratischen Helfer übernehmen nur geringfügige und zur Wahrung ihrer höchsten Interessen Pflichten, die die Regierung vernachlässigt. Kinderarbeit heißt Kinderleid, heißt auch Schwächung der Nachkommen, die die Früchte unseres Kampfes ernten sollen, und nicht zuletzt: Schmutzkonturen.

Fritz Zubeil
dem langjährigen Vertreter im Reichstage, finden zu seinem 65. Geburtstag die besten Glückwünsche
19888
Mehrere Genossen des Kreises Teltow-Boozow-Charlottenbrg.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Landsberger Viertel. Bez. 420 II
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schäfte-arbeiter
Ludwig Krolewski
Häufelsteiner Str. 10, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freiwilligen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gartnist
Albert Oelschläger
Eblinger Straße 16 (12. Bezirk) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands
Hilfste Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege und Ehrenmitglied
Julius Holzmann
am 8. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 11. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von Trauerhalle aus, Köpenicker Str. 2, nach dem Central-Friedhof, Friedrichsfelde, 1231.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klaviermacher
Wilhelm Wolff
Häufelstraße 3, im Alter von 61 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neudän, Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. freien Händler
Sitz Essen-Ruhr
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Am 3. Januar verstarb plötzlich unser Mitglied, Kollege
Karl Sydow.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Am 8. Januar starb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, der 214/er
Wilhelm Wolff.
Um stille Teilnahme bittet
Frau Wolff.
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Am 9. Januar verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unsere liebe Tochter, Schwester und Braut
Martha Möhl
im Alter von 17 Jahren. 19918
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Philippus-Kirchhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Metallarbeiterin
Martha Möhl
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofes aus auf dem hüblichen Friedhof, Müllerstr. 44/45, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am 8. d. Mts. verstarb unser Mitglied, die Kollegin
Anna Broksch.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Friedhofes, Nordend, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kränzenspenden bei der Einäscherung meines lieben Mannes und unseres lieben Vaters
Paul Heibel
sagen wir hiermit allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.
831
Frau Käthe Heibel.
Als Kinder: Elise u. Walter Heibel.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und die Kränzenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
19956
Julie Tabor.

Greift zu!
Jed. Mann, der sich eleg. u. bill. Kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins garb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herrn-Hosen 2,50, 5,00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!
Bauernschänke Zentrum
Neue Promenade 1
ununterbrochen auch bei Tag geöffnet.
Konzert, Stimmung, Humor.

Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz
2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.- an
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.- an
Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.

Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.

Sonntag geöffnet von 12-2 Uhr.

Tadellos 1M.

wöchentliche Teilzahlung
Liefere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz



Waldorf-Ustoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clio 5 Pf.

83/3*

Heines Werke In Freien Stunden
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Die
Wochenheft für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.



LÖWEN BIERE

SIND AUF DER HÖHE

Jahresumsatz 1902-03 ca. 43600 hl
1911-12 ca. 300000 hl

Der Ausstoß unseres vorzüglichen
Löwen-Bock
hat begonnen.

Löwen-Brauerei, Akt.-Ges.

Von Sonnabend den 11. ds. ab
Täglich große **Bockbierfeste.**
Riesenbetrieb - Humor - Stimmung!

Im Spezialausschank Rosenthaler Tor
Scheruch's Bierhallen.

In Kallis' Hackepeter Restaurants
Hauptgeschäft: Große Frankfurter Straße 106,
1. Filiale: Große Frankfurter Straße 102,
2. Filiale: Köttbuser Straße 6,
3. Filiale: Kantstraße 113, Charlottenburg,
4. Filiale: Berliner Straße 58, Neukölln.

In den Zelten 3 und 4
Oekonom F. Boese

Im Spezialausschank am Alexanderplatz
Ecke Neue Königstraße. Inh. W. Wehnert

Im „Löwen-Keller“ Koppenstr. 29
(Kellers Festsäle)

In Gustav Wagner's Bierhaus
NW, Turmstraße 62.

In der Orig.-Bayer. Bierschwemme
am Weidendamm 1. Inh. J. Posch

WESTMANN

Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurter Str. 115.

Inventur

M. 12.- früh bis M 39.-	M 25.- früh bis M 78.-	M 39.- früh bis M 118.-
ULSTER Kostüme Kleider	ULSTER Samtmäntel Kostüme	Plüsch-Mäntel Kostüme echt engl. Ulster

Plüschmäntel garantiert echte Mohairs . . . M. 59.-
Modelle u. Sommer-Konfektion herabgesetzt bis 70 %

Vollständige Räumung
beabsichtigt, um Platz für die Frühjahrs-Saison zu gewinnen.
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.



Billige Angebote
halbbare, bewährter und gut sitzender

Berufs-Kleidung

Manchester-Anzüge
Marke Gambrius. Warm gefüttert. Strapazierfest.
Joppe 2reihig 11.90
Weste 3.60
Hose 6.75

Herkules-Leder-Hosen
Alleinverkauf. Gestreift. Unifarbig. Kerle u. stark. Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. 4.50 schwere Taschen.

Weißkellnerjacke/te
vorzüglich in Wäsche 3.65 u. 2.50

Pa. blaue Monteur-Jackette Körperdrell, leicht, luft- u. wasch-echt. Extra lang. Gesetzt. geschützt. Taschen-Verriegelung. M. 2.45

Setzer-Rittel 3.10 2.50
Maler-Rittel 2.90 2.00
Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

BAER SOHN

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10

95 JANDORF 95

Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Bis Sonnabend den 18. Januar. Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken.

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekoration aufmerksam **Soweit Vorrat**

- 1 Knabenbluse oder 082 aus blauem Cheviot oder farbigen Stoffen, 187 1-8 Jahre **95 Pf.**
- 1 Monteur,acke od. Hose aus blauem Haustuchstoff, verschied. Grössen **95 Pf.**
- 1 Trikot-Damenrock grau meliert mit angewebtem Futter **95 Pf.**
- 1/2 Pfund Strickwolle gute Qualität **95 Pf.**
- 1 Toiletten-eimer mit Deckel **95 Pf.**
- 1 Servierbrett **95 Pf.**
- 1 Teppich-besen poliert **95 Pf.**
- 1 Wirtschaftswage ca. 10 Kilo wiegend **95 Pf.**
- 1 Milchkocher mit Lochdeckel **95 Pf.**
- 12 Stück Lilienmilch-seife **95 Pf.**
- 10 Stück Aller-weltsseife für jeden Zweck **95 Pf.**
- 1 Nagelpflege-Etui **95 Pf.**

- ### Trikotagen
- 1 Trikot-Herrenhemd Normal oder maccolarbig
 - 1 Trikot-Herrenbein-kleid normalfarb m. Ueberschlag, wollgem.
 - 1 Trikot-Herrenhose 95 mit angewebtem Futter
 - 1 Trikot-Damenhemd mit lang. Aermeln, normal- oder maccolarbig
 - 1 Trikot-Direktoire-Bein-kleid für Damen, mit angewebtem Futter
 - 1 Trikot-Reform-Bein-kleid 1. Dam., grau meliert m. angewebt. Futter



- 1 Trikot-Damen-Untertaille mit angewebtem Futter und langen Aermeln, 2 Grössen **95 Pf.**
- 1 Sportplatz weiss, „ReineWolle“ m. Rücken-schutz od. Seid.-Imitation **95 Pf.**
- 1 Knaben-Sweater marine oder rot mit gemustertem Kragen und Manschetten in 4 Grössen **95 Pf.**
- 1 Mädchen-Reformbein-kleid marine Trikot mit angewebtem Futter in 4 Grössen für Mädchen, weiss Trikot mit angewebt. Futter in 4 Grössen **95 Pf.**

- ### Porzellan
- 1 Kaffeekanne reich dekoriert **95 Pf.**
 - 1 Milchtopf **95 Pf.**
 - 1 Zuckerdose **95 Pf.**
 - 6 Dessertteller mit Goldband- und Linie od. Goldsteindekor **95 Pf.**
 - 4 Speiseteller tief oder flach, Golddekor **95 Pf.**
 - 6 Paar Kaffeetassen mit Gold-band und Linie **95 Pf.**



- 1 Kaffeekanne **95 Pf.**
- 1 Zuckerdose **95 Pf.**
- 1 Milchtopf **95 Pf.**
- 1 Tablett weiss Porz. oder Metall **95 Pf.**
- 2 Vorratstonnen Golddekor... **95 Pf.**
- 1 Essig- und 1 Oelflasche Golddekor **95 Pf.**
- 6 Speiseteller weiss, engl. Form **95 Pf.**



- 1 Kaffeesevice Steil.dekor. für 8 Pers. **95 Pf.**
- 1 Kuchenteller gross mit Golddekor zusammen **95 Pf.**
- 6 Kuchenteller klein **95 Pf.**
- 1 Kompottiere gross mit Golddekor zusammen **95 Pf.**
- 6 Kompottschüsseln **95 Pf.**

- ### Galanterie
- 1 Dtzd. Gläser-untersätze m. ver-nickelt. Rand, ca. 7 cm **95 Pf.**
 - 1 gutgehende Wanduhr **95 Pf.**
 - 1 Wandspiegel mit breitem Rahmen, ca. 53 cm lang, 39 cm breit **95 Pf.**
 - 1 Rasieregarnitur mit Vergrösserungsspiegel **95 Pf.**
 - 1 Garderobenriegel ca. 75 cm lang mit 5 gelben Haken **95 Pf.**
 - 1 Verlängerungstasche ca. 37 cm lang, aus Wachtuch **95 Pf.**



- ### Möbelstoffe
- 1 Tull-Store **95 Pf.**
 - 1 Körper Rouleaux reich bekurbelt **95 Pf.**
 - 1 Lambrequin Filztuch, reich bekurbelt **95 Pf.**
 - 1 Komodendecke Filztuch, reich bekurbelt **95 Pf.**
 - 1 Tür-Vorleger Kokos **95 Pf.**
 - 1 Bett-Vorleger imitiert Perser **95 Pf.**
 - 1 Schlafdecke mit hübscher Bordüre **95 Pf.**
 - 1 Tischdecke Wachtuch ca. 90/115 **95 Pf.**
 - 1 Sofakissen reich bekurbelt **95 Pf.**
 - 1 Linoleum-Vorleger ca. 70/90 **95 Pf.**

- ### Schuhwaren
- 1 Paar Kamelhaar-Stoff-Schuhe imitiert mit Filz und Linoleum-Sohle für Damen oder Herren **95 Pf.**
 - 1 Paar Filzschuhe mit Filz und Linoleum-Sohle für Damen **95 Pf.**
 - 1 Paar Stiefel-Leisten für Damen oder Herren **95 Pf.**
 - 1 Paar Kamelhaar-Stoff-Schnallen-Stiefel imitiert mit Filz und Linoleum-Sohle für Kinder 25-30 **95 Pf.**



- 1 Paar Plüsch-Pantoffel mit grauer Sohle f. Damen od. Herren **95 Pf.**
- 1 Paar Filz-Pantoffel mit weisser Filzsohle für Damen oder Herren **95 Pf.**
- 1 Paar Melton-Pantoffel mit schwarzer Filzsohle für Damen **95 Pf.**

- ### Damen-Handschuhe
- 2 Paar Trikot mit angewebtem Futter u. Druck-verschluss, farblich, schwarz, weiss **95 Pf.**
 - 2 Paar Waschleder imitiert (gelb) **95 Pf.**
 - 1 Paar Wildleder imitiert 10 Knopf lang **95 Pf.**
 - 1 Paar Schweden imitiert, für Herren, prima Qualität **95 Pf.**



- ### Aluminium
- 1 Bratpfanne ca. 24 cm **95 Pf.**
 - 1 Kasserolle ca. 20 cm **95 Pf.**
 - 1 Schmortopf ca. 20 cm **95 Pf.**
 - 1 Fleischtopf ca. 20 cm **95 Pf.**
 - 1 Maschinentopf ca. 18cm **95 Pf.**



- ### Kleiderstoffe
- ca. 90 bis 130 cm Einheitspreis Meter
- Kostümstoffe **95 Pfennig**
 - Blusen-Flanelle „Reine Wolle“ in verschiedenen Aus-führungen **95 Pfennig**
 - Blusenstoffe „Reine Wolle“, hübsche Bor-düren **95 Pfennig**
 - Musseline **95 Pfennig**
- Reste u. Abschnitte von Einsätzen, Spitzen, Stickereien*

- ### Baumwollwaren
- 3 Meter Hemdbarchent **95 Pf.**
 - 3 Meter Louisiana oder Hemdentuch **95 Pf.**
 - 2 1/2 Meter Molton in vielen Farben **95 Pf.**
 - 2 Meter Croisé oder Piqué Barchent **95 Pf.**
 - 2 Meter Satin für Kissen, gestreift, **95 Pf.**
 - 1 Plättdecke **95 Pf.**
 - 1 Barchentlaken weiss oder hunt **95 Pf.**
 - 1 Meter Rouleauxstoff Damast altgold oder creme, **95 Pf.**
 - 1 Meter Lakendowlas ca. 130 cm breit **95 Pf.**
 - 3 Stubenhandtücher weiss Dreil., ca. 48x100 cm, gesäumt und gebündert **95 Pf.**
 - 3 Küchenhandtücher Gerstenkorn mit roter Kante, ca. 48x100 cm gesäumt und gebündert **95 Pf.**
 - 6 Geschirrtücher gesäumt und gebündert **95 Pf.**
 - 3 Jacquard-Servietten gebleicht, gesäumt **95 Pf.**
 - 1 Jacquard-Tischtuch gebleicht, gesäumt **95 Pf.**
 - 1 Rolltuch Halb-einen, gestreift, ca. 180 cm lang, gesäumt **95 Pf.**
 - 1 Kaffeedecke in vielen Farben **95 Pf.**
 - 1 Frottierhandtuch mit Jacquard-kante, extra lang **95 Pf.**

- ### Wäsche
- 1 Damenhemd Fassung- 95 schnitt, verschiedene Garnierungen
 - 1 Damenhemd Vorder- 95 oder Achselschluss mit Languetten
 - 1 Nachjacke verschiedene Stoffe mit Languetten
 - 1 Beinkleid Knie-o-lange Form, m. Stickereiarmerung **95 Pf.**
 - 1 Untertaille mit Stickerei und Seiden- **95 Pf.**
 - 1 Kissenbezug mit breitem Einsatz **95 Pf.**
 - 1 Anstandsrock aus Barchent, mit Volant **95 Pf.**
 - 1 Mädchenhemd Achsel- oder Fassung-schnitt für 6-14 Jahre **95 Pf.**
 - 1 Mädchenbeinkleid aus Barchent, geschlossene Form, mit Stickerei-Volant, für 6-14 Jahre **95 Pf.**
 - 1 Knabenhemd für 6-14 Jahre **95 Pf.**



- ### Handarbeiten
- 1 Kaffeewärmer aus stark-fädigem Stoff, handgestickt **95 Pf.**
 - 1 Kissen-bezug „Erika-Motive“ hand-gestickt **95 Pf.**
 - 1 Stuhl-kissen handgestickt, fertig montiert **95 Pf.**
 - 1 Decke oder Läufer aus silbergrauem Stoff, vorgezeichnet a. Aida-Stoff, garniert und vorgezeichnet **95 Pf.**
 - 1 Besenhandtuch garniert und vorgezeichnet **95 Pf.**
 - 1 Küchentischdecke a. Aida-Stoff, garniert und vorgezeichnet **95 Pf.**
- ### Korsetts
- 1 Korsett halbhohe Fassung, grau m. od. ohne Spiralfedern **95 Pf.**
 - 1 Korsett Empire Fassung, m. Spiralfedern **95 Pf.**
 - 1 Frack-Korsett aus gemustert. Stoffen **95 Pf.**
 - 1 Büstenhalter **95 Pf.**

- 1 Decke oder Läufer aus 4 Quadraten zusammen-gesetzt, mit Einsatz und Spitze garniert **95 Pf.**
- 1 Käseglocke **95 Pf.**
- 1 Butterdose Olivenmuster zusammen **95 Pf.**
- 1 Wasserflasche **95 Pf.**
- 2 Wassergläser geschliffen zusammen **95 Pf.**
- 6 Weinrömer auf hohem Fuss **95 Pf.**
- 12 gelbe Polier- oder Ledertücher **95 Pf.**
- 1 Vase aus Ton, ca. 32 cm hoch **95 Pf.**
- 1 Zigarrenschrank mit Schloss, ca. 45 cm hoch, ca. 36 cm breit **95 Pf.**
- 1 Tull-bettdecke **95 Pf.**
- 1 Tischdecke Filztuch, reich bekurbelt **95 Pf.**
- 1 Paar Damen-Halb-handschuhe Perl-feder, „Reine Seide“, 10 Knopf lang **95 Pf.**
- 1 Paar Damen-Glaci-handschuhe aus Leder, mit 2 Druckknöpfen, schwarz, weiss, arb. **95 Pf.**
- 3 Herren-Kragen Leinwand 4 Inch, mo. crs. Formen **95 Pf.**
- 12 Taschentücher „Linen“ **95 Pf.**

Aus aller Welt.

Das verpaßte Staatskleid.

Die „Münchener Post“ erzählt: Mit dem schwungvollen Gange, den sich der Herr Ministerpräsident seit neuerer Zeit angewöhnt hat, durchschneidet er am Donnerstag früh die Halle des Hauptbahnhofes. An seiner linken mit flatternden Rodschößen, das Einglas ins Auge glänzt, der unentbehrliche Legationstrat. Hinter ihm mit dem Koffer in der Hand der neue Kammerdiener aus Italien. In der Nähe des Gepäckschalters halten Seine Excellenz den schwebenden Schritt an und gerufen dem Kammerdiener zu befehlen: „Geben Sie das Gepäc auf, auf Freikarte nach Stuttgart, es kostet nichts!“ Eine tiefe Verbeugung und der Kammerdiener trägt die losbare Last, den Koffer mit der Staatsuniform und den schimmernden Vertrauensbeweisen des Regenten, an die Gepäc-beförderungsstelle.

gerade das achte Taschentuch in die Hand. Seine Seele ist aufgeweicht in Betrübniß wie eine Semmel in der Milch. Abends Konferenz in der Eisenbahndirektion München. Gegenstand der Verhandlung: Wer trägt die Kosten? Beschluß: Dem Staatsministerium des königlichen Hauses und des Äußern anheimzustellen, die angefallenen Beförderungskosten im Betrag von 293 Mark 17 Pfennig aus dem sozialen Fonds der „Staatszeitung“ zu decken.

Zur Muttat in Ortwig.

Bisher ist man über die Person des wegen des dreifachen Mordes verhafteten Anechtes noch völlig im Unklaren. Bei den Vernehmungen hält sich der Mörder sehr zurück und vermeidet es, das über seine Person schwebende Dunkel zu lichten. Wie festgestellt worden ist, hat der Mörder auf verschiedenen Gütern der Gegend gearbeitet, jedoch konnte über seine Herkunft nichts ermittelt werden, da er auf den einzelnen Arbeitsgelegenheiten stets unter einem anderen Namen Stellung nahm.

Ein frommer Sittlichkeitsverbrecher.

In Vaterstetten (Oberbayern) wurde der verheiratete Bahnwärter Albert Rechl, der sich an Schulkindern schwere sittliche Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, verhaftet. Gelegentlich der Recherchen gegen einen anderen Sittlichkeitsverbrecher machten zwei Schulkinder über Rechl schwerwiegende Angaben; die Einzelheiten sind so haarsträubender Natur, daß sie nicht einmal angedeutet werden können.

Die Ware Adel.

Einem Schwiegersohn des verstorbenen Barons Rothschild, dem Herrn Siegmund Springer, ist, wie schon gemeldet, der öfterreichische Freiherrentitel verliehen worden. Man motiviert die Adelsverleihung mit einer Halbmillionenpende für das Rote Kreuz. In Wahrheit aber ist hier wieder einem der jüdischen Millionäre, die für die Finanzierung des hochheiligen Eucharistischen Weltkongresses, der internationalen Pfaffenparade, vereinbarte Gegenleistung des kaiserlichen katholischen Hofes und Hochadels ausgefolgt worden.

Treue Freunde.

Durch englische Zeitungen macht, wie die „Frankf. Zig.“ schreibt, jetzt eine Anekdote die Runde, die auch außerhalb ihrer Heimat auf lächelndes Verständnis stoßen wird. Jenkins ist jung verheiratet und wohnt auf dem Lande. Keulich morgens läßt er seine junge Frau zum Abschied, erklärt, um 6 Uhr zum Essen wieder dabein zu sein, steigt in sein Auto und fährt in die Stadt. Um 6 Uhr ertönt kein Signal und die Gattin wird unruhig. Als die Mitternachtsstunde schlägt und der Gemahl noch immer nicht gekommen ist, ver-

mag sie ihre Nervosität nicht länger zu bezähmen. Sie steht auf, weckt ihren Vater und schließlich schickt man fünf Telegramme an die fünf besten Klubfreunde des Verstorbenen. Die Telegramme enthalten die Anfrage, ob der Vermählte vielleicht bei einem seiner Freunde die Nacht verbracht habe. Als der Morgen graut, fehlt noch jede Nachricht. Um 5 Uhr fährt ein Bauernwagen vor, darauf sitzt an der Seite des Bauern der Vermählte; der Wagen schleppt die Reste seines Autos. Aber im selben Augenblick bringt der Postbote ein Telegramm und in kurzen Pausen vier weitere. Es sind die Antworten der Klubfreunde. Und alle fünf Telegramme lauten: „Jawohl, John übernachtete heute bei mir...“

Kleine Notizen.

Rettungsdaktion für die deutsche Spitzbergen-Expedition. Aus Spitzbergen ist nach Kristiania gemeldet worden, daß eine Expedition zur Rettung der Teilnehmer der deutschen Spitzbergen-Expedition von Advents Bay nach Nyde Bugt abgehen werde. Daraufhin hat das Ministerium des Äußern nach Spitzbergen telegraphiert, die norwegische Regierung garantiere die Ausrüstungskosten einer derartigen Expedition.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, and a second set of columns for another location. Includes entries like Regal, Löß, Regal, Jüterburg, Weichsel, Jhorn, Ober, Ralbor, Krosfen, Frankfurt, Warthe, Schrimm, Landsberg, Rehe, Borhamm, Uide, Zeilmeritz, Dresden, Darby, Ragdeburg.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41. dicht am Moritzplatz. 0-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4



Vorwärts-Bibliothek Der Prinzipienreifer Eine Erzählung aus dem Jahre 1910 Von Wilhelm Bloß Preis gut gebunden 1 M. Der neue Band.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung I.: Neue Friedrichstr. 35 an der Zentral-Warshalle II.: Tarmstr. 67. I. Etage, liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.

Preiswürdig im Einkauf! Kräftig im Geschmack! Sparsam im Gebrauch! Das sind die Haupteigenschaften des „Kornfranck“

Siemens Kraftfleisch muß jede sparsame Hausfrau kaufen, billigster und nahrhafter Tafel-Aufschnitt, hergestellt aus 1a Rindfleisch, unter behördlicher Aufsicht. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Fabelhafte Preisermässigung während unseres Inventur-Ausverkaufs.

Um mit unseren enormen Waren-Beständen in kurzer Zeit zu räumen, bringen wir sämtliche Waren zum **Selbstkostenpreis, teilweise bis 20 Prozent unter Selbstkostenpreis**

zum Verkauf. Es erübrigt sich, auf die endlosen Vorteile dieses Ausverkaufs besonders hinzuweisen, da unser Selbstkostenpreis der Netto-Herstellungs- oder Einkaufspreis ist, einschliesslich unserer baren Auslagen für Unkosten. Die bisherigen Preis-Etiketten sind zur Kontrolle der Kundschaft an jedem Stück vorhanden.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. B.

Neue Schönhauser Strasse 1
Ecke Münz- und Weinmeisterstrasse

Sonntags geöffnet
von 12 bis 2 Uhr

Moabit: 73 Turmstrasse 73

Wir bitten, unsere H. K. G. in der Turmstrasse nicht mit einer ähnlichen Firma zu verwechseln!

Millionen
gebrauchen gegen
Husten

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“

gegen Heiserkeit,
Verschleimung,
Brust-Katarrh

5100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschliesslich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 11. Januar 1913.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner. Philotas. Der gebrochene Krug.
Anfang 4 Uhr.

Urania. Kufs Mitterhorn.
Theater am Rosendorferplatz.
Schnepfentisch.

Kuifen. Der Sandmann kommt.
Rose. Schneewittchen.
Anfang 7 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Rohenrin.
Deutsches Opernhaus. Wieland
der Schmied.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Waltenfels
Tod.
Deutsches. Der Mantel Vogel.
Montis Operetten. Der heilige
Antonius.

Jitzus. Die Gals-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Zwischen Kreuz und Halb-
mond.
Schauspiel. Prof. Dr. Donath: Die
Waffe als Trägerin der Energie.
Neues Opernhaus (Kroll).
Schloffen.

Deutsches Schauspielhaus. Der
gute Ruf.
Leinang. Gabriel Schillings Glück.
Stammerspiele. Florenza.
Berliner. Jüngerer.
Königsgräber Straße. Die fünf
Bräutchen.

Theater am Nollendorfplatz.
Die schöne Helena.
Steines. Professor Bernhardt.
Reibung. Die Frau Präsidentin.
Edalla. Puppen.

Schiller. Der Tallisman.
Schiller. Charlottenburg. Die
Schmetterlingsschlacht.
Kuifen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins
Metropol.

Rosenthal. Die Generaldeke.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Trionou. Die Erste — Die Beste.
Rise. Sünden der oberen 10.000.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüsten-
moral.

Casino. Am grünen Strand der
Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein fein. Spezial-
itäten.
Reichshallen. Bosco.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Wajolita.
Friedr. Wild. Schauspielhaus.
Der Baumgast.
Walhalla. Goldener Leuchtturm.
Folies Caprice. In Sachen Kagen-
lein. Die Doppelstina. Die
Tochter der Braut.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Feden.
Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Fiddalatt: Gibt in
St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.

Schiller-Theater O. Gallner.
Sonnabend, abends 8 Uhr:

Der Tallisman.
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.

Montag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).
Schauspiel. J. A. v. Demequin u. Bedet.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
7 1/2 Uhr. S. L. Hale. 7 1/2 Uhr.
Der heilige Antonius.

Luisen-Theater.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: (Kinder-
vorst.) Der Sandmann kommt.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Berlin.
Hamburg - New York.

Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Ich
lasse Dich nicht.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Berlin.
Hamburg - New York.

Montag u. folgende Tage: Berlin.
Hamburg - New York.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Schneewittchen und die
sieben Zwerge.

Abends 8 Uhr: Die Sünden der
oberen Zehntausend.
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.

Abends 8 Uhr: Die Sünden der
oberen Zehntausend.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Anfang 8 Uhr. Nächstes getattet.
Morgen nachm. 3 Uhr: Tata Toto.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer
Kinder

vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.

4 Uhr: Aufs Matherhorn!
Abends 8 Uhr:
Baron v. Binder-Kriegelstein:
Zwischen Kreuz und Halb-
mond.

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath:
Die Masse als Trägerin der Energie

Apollo
Theater

Abends ab 8 Uhr:
Das grandiose Programm.
8 1/2 Uhr:

Ein beispielloser Erfolg!
„Brüderlein fein“.

Alt-Wiener Singspiel von Jul.
Wilhelm. Musik v. Leo Fall.

Herrnfeld
Theater

Drei Stunden
ununterbrochenes
Lachen!!

Wüstenmoral
Die Alpenbrüder

mit Anton und Tonat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterf.)

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!
Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf,
und Zillerthaler und Tegernseer Sänger,
Schuhplattler und Jodler!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:

Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Täglich
Bockbierfest
in den bayrischen Alpen

5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Wochentags Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntags 4 Uhr. Sonntags 50 Pf.

Theater am Nollendorfplatz 5.
Nachm. 4 Uhr: Schneewittchen.
Abends 8 Uhr: Die schöne Helena.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bosco“.

Regel und
Sittlich.
Anfang
8 Uhr.
Sonntags
7 1/2 Uhr.

Heute:
Erste
Admirals-
Redoute.

Herrenkarten 10 M.
Damenkarten 6 „
Zuschauerkarten für d. II. Rang
3 Mark.

Menus oder Speisen
à la carte.

Balltoilette
oder elegante Maske.

Zirkus
Albert Schumann.

Heute Sonnabend, 11. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.

Neu! Neu!
Das Tagesgespräch v. Berlin
Mons. Casario
mit seiner wilden Raubtier-
gruppe, bestehend aus
Löwen und Tigern.

Neu! Neu!
Löwe auf Elefant!
vorgeführt von Herrn Gautier.
Eine Kegelpartie zu Pferde,
erfunden v. Dir. A. Schumann.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Sonntag, den 12. Januar:
2 große Vorstellungen.

UT
Union-
Theater

Ermete Zacconi,
der italienische
Albert Bassermann,

in dem Katastrophen-Drama
in 3 Akten

„VATER“

5 neue Elite-Programme
in den Union-Theatern:

Alexanderplatz
Unter d. Linden
Moritzplatz
Hasenheide
Wedding,
Reinickendorfer
Straße 14.

Folies Caprice.
Die Novitäten:

In Sachen Kagenstein.
Die Doppelstina.
Die Tochter der Braut.

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnhof Zehnwegbrücke
Tel. abds. 1/8, Sonn. 1/8 Uhr:
Einer Mutter Sohn.
Vollständ. in 1 Akt — und das
groß. Spezialitätenprogramm
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Zirkus Busch.

Heute Sonnabend, 11. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin.
Das menschliche Aquarium
Mac Norton!
Trinkt 50 bis 100 Glas Bier und
verschluckt 40 leb. Frösche und
Goldfische, ferner:
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker!!)
sowie das glänzende Januar-Prgr.
Zum Schluss:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“
in 6 glänzenden Akten.
Avis! Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Unter Gorillas“.
Jeder Erwachsene ein Kind unter
10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich von Begerich.
Abends 7 Uhr:
Adam und Eva.
Komödie mit Gesang in 4 Akten von
Jacobson und Gyl.
Staffelöffn. 10 Uhr. Anf. 3 u. 7 Uhr.

PassageTheater
Lichtspiele
Unter den Linden 22/23.

Liebe u. Recht
Drama aus dem wilden
Westen
und das große
Programm.

Walhalla-Theater
Reinickendorfer Str. 10/20. Hofentf. 107.
Anf. abds. 8 1/2 Uhr:
Goldener Leuchtturm.

Sonntag, d. 12. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr:
Gottlieb Siegfried Böhm: Onkel
Brisig. Ermüdete Preise.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr:

Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand
der Spree!

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Erste — Die Beste!

Volks-Theater
Reutöln, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 12. Januar:
Raffel.
Defektkomödie in 4 Akten von Alb.
Sachs. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Standesehr.
Schausp. in 4 Akten von A. Friedrich.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Öffentliche politische Versammlungen.

An die werktätige Bevölkerung Berlins!

Sonntag, den 12. Januar 1913, mittags 1 Uhr:

Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Berlin:

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg
 Eliems Festsäle, Hasenheide 13/15
 Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59
 Drachenburg, Vor dem Schleißchen Tor
 Graumann, Yannystraße 75
 Boekers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17
 Elysiun, Landsberger Allee 40
 Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 150
 Comeniusäle, Memeler Straße 67
 Borgmann, Andreasstraße 21
 Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23
 Prater-Theater, Kastanienallee 7/9
 Kastanienwäldchen (Inhaber Walter), Badstr. 16
 Pharusäle, Müllerstraße 142

Berliner Bockbrauerei (Abt. II), Chausseest. 64
 Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24

Vororte:

Neukölln: Hoppes Festsäle, Hermannstraße 49
 Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3
 Schöneberg: Neue Rathausäle (Juh. Ebrecht),
 Meiningen Straße 8
 Wilmersdorf: Viktoriaergarten, Wilhelmsane
 Lichtenberg: Schwarz. Adler, Frankfurter Chaussee 5
 Pankow: „Zum Kurfürsten“, Berliner Straße 102
 Reinickendorf-Ost und -West: Schützenhaus,
 Residenzstraße 1/2
 Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof
 Weissensee: Schloß Weissensee.

Tagesordnung:

„Die Fleischtenerung durch den Kommunalstreik und den schwarzblauen Block.“

Referenten:

Otto Braun, Eugen Brückner, Dr. Oskar Cohn, Paul Dupont, Wilhelm Düwell, Ferdinand Ewald, Max Grimwald, Theodor Glocke, Karl Hetzschold, Adolf Hoffmann, Marie Juchacz, Dr. Karl Liebkecht, Karl Leid, Wilhelm Pätz, Hugo Poetzsch, Adolf Ritter, Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. R. Silberstein, Heinrich Ströbel, Emanuel Wurm, Mathilde Wurm, Dr. Hermann Weyl, Klara Weyl, Hans Weber, Luise Zietz, Fritz Zubeil.

Wir fordern die gesamte werktätige Bevölkerung, Arbeiter und Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte auf, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

Die Einberufer. J. A.: Eugen Ernst, Liefenstr. 16.

Verein d. Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Berlin SO. 16, Engelauer 14/15 1B.

Für die in nächster Woche stattfindenden

Bezirks-Versammlungen

diene als Legitimation das Kulturbuch.

Die Druckereikasernen werden ersucht, den Mitgliedern die Kulturbücher auszubändigen.

Die Legitimationskarten für die Mitglieder zu den folgenden Bezirksversammlungen kommen erst von Montag, den 13. Januar ab, zur Ausgabe.

Der Gauvorstand.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Ziehung unwiderruflich 15. Januar

Kösliner Lotterie

4171 Gewinne im Gesamtwerte von Mark

60000
15000
7500

Lose 1 Mark 11 Lose sortiert aus versch. Taus. 10 M. Porto und Liste 25 Pf. extra.

H. C. Kröger, Berlin W8
 Friedrichstr. 193 a

so wie in allen durch Plakate erkennl. Verkaufsstellen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.
 Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:
 Telefon: Amt Rothen 1987. Amt Rothen 185. Amt Rothen 1209, 9714.

Sonntag, den 12. Januar 1913,
 von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
 findet die

Abstimmung über die Hauskassierung in Berlin

in folgenden Lokalen statt:

Kaczerowskis Restaurant, Ravenestr. 6.
 Schwedlers Restaurant, Ackerstr. 123.
 Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
 Griesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
 Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder
 Straße 42.
 Voigts Theater, Badstr. 5b.
 Frankes Festsäle, Badstr. 19.
 Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
 Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
 Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
 Patzenhofer-Brauerei, Turmstr. 25/26.
 Wiemers Festsäle, Bulowstr. 58.
 Gewerkschaftshaus, Engelafer 15.
 Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
 Eickes Restaurant, Schönleinstr. 6.
 Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
 Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
 Lichtenberg, Ertell, Pfarrstr. 74.
 Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
 Boeker, Weberstr. 17.
 Rott, Straßmannstr. 29.
 Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
 „ Zibell, Elbestr. 8.
 „ Iden, Harzer Str. 88.
 „ Rückheim, Bergstr. 97.
 Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
 Charlottenburg, Vöckshaus, Rosinenstr. 3.
 Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick,
 Bahnhofstr. 44.
 Steglitz, Clement, Düppelstr. 7.
 Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelminenhof-
 straße 18.
 Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
 Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
 Weissensee, Peukert, Berliauer Allee 251.
 Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
 Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke
 Auguste-Victoria-Allee.
 Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.
 Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 2/4.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
 Wahlleiter ist der Kollege Adolf Cohen, Linienstr. 83/85.

Montag, den 13. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Bezirksversammlung für Westen und Schöneberg

im Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Arndt: „Die Entwicklung der Schrift bis zur modernen Stenographie“, mit Demonstrationen. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ermartet
 110/14 Die Ortsverwaltung.

Der Salamanderstiefel

ist der Stiefel, der weit über Europas Grenzen hinaus in allen Gesellschaftsklassen beliebt ist.

Fordern Sie Musterbuch. V

Einheitspreis 12⁵⁰
 für Damen u. Herren M.

Luxusausführung 16⁵⁰
 für Damen und Herren M.

Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W8, Friedrichstraße 182

1. W8 Friedrichstraße 182
2. SW Friedrichstraße 221
3. SW Friedrichstraße 204
4. N Friedrichstr. 118/19
5. C Königstraße 47
6. W Potsdamer Straße 5
7. C Rosenthaler Tor
8. W Tauentzienstraße 15
9. N Badstraße 20



10. W Martin-Luther-Straße 2
11. NO Gr. Frankfurter Str. 102
12. S Oranienstraße 42
13. NW Turmstraße 9
14. Charl., Wilmersdorfer Str. 126
15. Steglitz, Schloss-Straße 20
16. Friedenau Rheinstraße 1-3
17. Spandau, Breite Straße 30
18. Potsdam, Nauener Straße 24



Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Protestversammlungen! Die Leiter der Versammlungen am Sonntag werden ersucht, der Redaktion des „Vorwärts“ durch Postkarte einen kurzen Bericht über Besucherzahl, Person des Referenten und etwaige Zwischenfälle zukommen zu lassen.

Zweiter Wahlkreis. (Friedrichshof.) Das Jahrmorgen-Jubiläum der 3. Abteilung findet morgen, Sonntag, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, statt. Wir machen auf das vorzügliche Programm aufmerksam. Eintritt 30 Pf.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 25. Januar, feiert der Wahlverein sein 22. Stiftungsfest. Villets à 30 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben. Leider ist unter den Mitwirkenden irrtümlicherweise der Gesangsverein „Vorwärts“, Süd-Ost I, genannt. Es soll aber heißen: Sängerverein I, Süd-Ost.

Abt. Hof. Morgen, Sonntag, den 12. Januar, vormittags 8 Uhr. Flugblattverbreitung vom Jugendheim aus.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Waldmannslust im „Schweizerhaus“: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht vom preußischen Parteitag. Referent: Genosse August Fischer. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Reinickendorf-West. Treffpunkt zu der am Sonntag in Reinickendorf-Ost im Schäferhaus, Residenzstraße 1/2, stattfindenden Protestversammlung in den Jahlabendlokalen mittags 12 Uhr. Abmarsch 12 1/2 Uhr.

Nieder-Schönhausen. Die Einwohnerschaft Nieder-Schönhausens beteiligt sich am Sonntag an der Protestversammlung gegen die Fleischverteuerung in Pantow, „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102. Treffpunkt 12 Uhr an der Kirche. Die Parteigenossen wollen für regen Besuch agitieren.

Niederlehme. Sonntag, den 12., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokal Ost. Koch, Jägerstr.: Wahlvereinsversammlung. 1. Abrechnung vom Quartal. 2. Einteilung der Bezirke und Wahl der Bezirksleiter.

Berliner Nachrichten.

Der neue Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule.

Die Arbeiter-Bildungsschule beginnt morgen (Sonntag) ihr neues Unterrichtsquartal mit einem neuen Programm, das sich vor dem des letzten Quartals durch eine merkliche Konzentriertheit auszeichnet. Es bringt nur das Wesentliche, was an Ausbildung und Fortbildung der Massenbewußten Arbeiterklasse notwendig; aber in diesem Wesentlichen bringt es auch wieder so ziemlich alles. Wir finden vertreten: Nationalökonomie, Geschichte, Naturwissenschaft, Sozialismus und seine besondere deutsche Geschichte und Praxis, Gewerkschaftswesen und Redebungen.

In der Nationalökonomie behandelt Genosse Grünwald diesmal das internationale Bank-, Börsen- und Wertpapierwesen, die Höhen der kapitalistischen Entwicklung in der Weltwirtschaft; in der Rednerschule leitet derselbe Lehrer wieder Übungen in Wort und Schrift mit all den praktischen Hilfsmitteln, die den öffentlich tätigen Menschen je länger je notwendiger geworden sind. — Die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus durch den Genossen Vorwardt bringt dieses Quartal den zweiten Teil, den sogenannten praktischen, aber mit kurzer Wiederholung der Theorie, so daß auch für alle neuen Teilnehmer der innere Zusammenhang gesichert ist. — In der Naturerkenntnis geht die Genossin Dunder jetzt vom Weltall zur Erde über, vom Allgemeinen zum Besonderen, was gewiß einen großen Teil neuer Zuhörer anziehen wird. — Die Geschichte ist in diesem Quartal durch den Genossen Kästner dem öffentlichen Interesse gemäß ganz auf Preußen beschränkt, was für den bevorstehenden preussischen Wahlrechtskampf eine höchst willkommene Gabe sein wird. — Das Gebiet des Gewerkschaftswesens wird ausgefüllt durch den Genossen Dittmer mit einer Darstellung

Der Drehwurm.

„Stumpfsinn, Stumpfsinn, du mein Vergnügen, Stumpfsinn, Stumpfsinn, du meine Lust!“

Diese Worte könnte man als Motto jener Veranstaltung voranziehen, die da draußen, in den Ausstellungshallen am Zoo nun schon zum sechsten Male abgehalten wird. Und man könnte sie „systematisch ausgebildete Erziehung zur Massenidiotie“ nennen, oder sonstwie, notwendig nur ist es, daß sie eine Bezeichnung erhält, die das Unternehmen erschöpfend charakterisiert. Denn was dort draußen zurzeit in 144 Stunden ohne Unterbrechung getrieben wird, hat mit gesundem, vernunftgemäßem Sport nicht das geringste mehr zu tun. Zu diesem Urteil muß jeder kommen, der noch nicht selbst vom Drehwurm erfaßt ist und unbefangener der Sache gegenübertritt. Ich habe eine Nacht geopfert, eine ganze lange Nacht, um das Schauspiel in allen seinen Phasen, in allen seinen Begleiterscheinungen zu erfassen. Eine schöne lange Nacht! Ich habe schon manchmal eine durchwacht: bei der Arbeit, bei einem guten Buche, im Kreise von Freunden, in anregender Unterhaltung und in Versammlungen, wo es die Interessen armer, ausgebeuteter Arbeitergruppen galt. Alle diese Nächte waren nicht zwecklos geopfert und keine kann als verloren gelten. Diesmal opferte ich eine Nacht, den Massenwahnsinn an seiner Quelle, an seiner Brutstätte zu studieren.

Da draußen, im Westen der Stadt, wo sich das Nachtleben der Weltstadt eine neue Zentrale geschaffen hat, liegen die Riesenausstellungshallen. Sie sind das Ziel von Hunderten von Menschen aller Klassen und beider Geschlechter. Du trittst ein und glaubst in einem — Verzeihung — Tollhaus zu sein, immer vorausgesetzt, daß du nicht langjähriger Sportmann bist. Eine dicke, warme Luft schlägt dir entgegen, ein Dunst, der sich in der Hauptache aus Tabakqualm — es wird geraucht — und allerlei Parfümen zusammensetzt. Große Lampen übersütten mit ihrem Licht taghell die weite Halle, und jetzt hebt die Musik ein, wiegend und schmeichelnd, daß es in den Puhlophen judt und die Lippen der Damen summend die Begleitung übernehmen. Den Unterton zu alledem bildet jedoch ein Säusen und Surren, ein dumpfes, gleichförmiges Rollen, das nur ab und zu von einem heiseren Ausruf, einem gellenden Schrei unterbrochen wird. Girlanden, in großen Bogen gebunden, schmücken das lahle Eisengerippe der Decke, bunte

der eigenen Sozialpolitik der Gewerkschaften, die ein so umfassendes Material für die gewerkschaftliche Agitation enthält. Daneben führt derselbe Lehrer den Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen weiter. — In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie behandelt der Genosse Eichhorn jetzt die Entwicklung der Partei seit ihrer Einigung bis auf die Gegenwart, ein Lehrstoff, der gewiß zu dem allernotwendigsten in der Arbeiterbildung gehört.

Wie im letzten so ist auch in allen anderen, wir wiederholen es, nur das Wesentliche und Notwendigste in diesem neubeginnenden Quartal zusammengestellt, aber gerade um deswegen sollte der Besuch der Schule diesmal auch ein ganz besonders starker werden! Wir wünschen und hoffen es!

Schließlich sei bemerkt, daß die beiden Sonntagskurse morgen trotz der Versammlungen ihren Anfang nehmen; nur wird der letzte früher geschlossen werden, um allen den Versammlungsbefuch noch in den in der Nähe der Schule gelegenen Versammlungstokalen zu ermöglichen. Es fehle also hier wie dort niemand!

Fleischsteuerung und Viehhändler.

Kein unbefangener denkender Mensch kann daran zweifeln, daß die gegenwärtige enorme Fleischsteuerung zurückzuführen ist auf die dem Vorteil der Agrarier dienende Wirtschaftspolitik der Regierung. Es ist ja eine bekannte Erfahrungstatsache, daß bei jeder Zollserhöhung auch die mit dem Vertrieb des belasteten Artikels beschäftigten Gewerbetreibenden ihr Schicksal zu sichern verstehen und auf den Schultern der Konsumenten schließlich außer dem erhöhten Steuerdruck noch der erhöhte Profit von Produzenten und Zwischenhändlern zu lasten kommt. Hiermit ist es eine unter den heutigen Verhältnisse natürliche Erscheinung, wenn Viehhändler und Fleischer ihren Anteil an der Höhe der jetzigen Fleischpreise haben. Aber es ist eine bewußte Unwahrheit und Heuchelei, wenn die Organe der Agrarier die Behauptung aufstellen, Viehhändler und Fleischer seien die allein Schuldigen an der gegenwärtigen Fleischsteuerung. Die Fleischer haben sich bereits gegen die Behauptung gewehrt. Die Viehhändler sind ihnen gefolgt.

Gestern nachmittag hielt der Bund der Viehhändler Deutschlands eine Protestversammlung in der „Neuen Philharmonie“ ab. Etwa 1000 Personen — wie es hieß aus allen Ecken Deutschlands — waren erschienen. Die Versammlung protestierte gegen die Behauptung, daß die Viehhändler die an der Fleischsteuerung Schuldigen seien. Die Ursache der Fleischsteuerung sei darin zu erblicken, daß die Produktion von Schlachtvieh nicht Schritt gehalten habe mit der Vermehrung der fleischessenden Bevölkerung, auch sei die Viehzucht ungünstig beeinflusst durch die überaus strengen Verordnungen zur Bekämpfung der Seuchen.

Der Protest gegen die Beschuldigung der Viehhändler war aber nicht der einzige, anscheinend nicht einmal der Hauptgrund der Versammlung. Es ist den Viehhändlern vielmehr darum zu tun, daß ihr Gewerbe nicht beeinträchtigt werde durch gemeinnützige, auf möglichst billige Fleischversorgung gerichtete Bestrebungen der großstädtischen Behörden. Die Einführung russischen Fleisches durch die Stadtbehörden betrachten nicht nur die Fleischer, sondern auch die Viehhändler mit ungünstigen Blicken. Sie behaupten, wenn ihnen die Vergünstigungen gewährt worden wären, die den Stadtverwaltungen zu teil geworden sind, dann hätten sie billiger liefern können. Nun ist ja neuerdings der Plan viel erörtert worden, daß großstädtische Behörden mit landwirtschaftlichen Viehverwertungsgenossenschaften langfristige Lieferungsverträge abschließen sollen, um dadurch die Vieh- und Fleischpreise zu stabilisieren. Dieser Plan, der bis jetzt noch keine feste Gestalt gewonnen hat, ist es, gegen den sich die Viehhändler mit mindestens ebenso großer Energie wenden, wie gegen die Angabe, sie seien schuld an den hohen Fleischpreisen. Kommt es zum Abschluß von Lieferungsverträgen zwischen Städten und Viehverwertungsgenossenschaften, dann entgeht den Viehhändlern natürlich manch gutes Geschäft. Die Viehhändler aber beanspruchen für ihr Gewerbe den gleichen Schutz, welcher der Landwirtschaft gewährt wird. Deshalb — so heißt es in der angenommenen Resolution — erwartet die Versammlung von den deutschen Städten die Zurückweisung der angebotenen langfristigen Lieferungsverträge und den notwendigen Schutz von Handel und Gewerbe.

Die Interessen der Allgemeinheit werden durch die Bestrebungen der Viehhändler also nicht begünstigt. Es sind vielmehr nur ihre

Röhren leuchten zwischendurch und lange Reflektoren von Fahrräder- und Gummiwerkzeugfabriken starren dir in aufdringlichster Weise entgegen. Darunter ist die Jahrbahn, der Mittelpunkt des ganzen Lebens und Treibens, des konzentriertesten Interesses. Dort rufen auf glatter, schräg ansteigender und in Höhen und Niederungen einherziehender Fläche ein Duzend oder mehr Kabfahrer in vielfarbigen Trikots im Kreise herum. Sie jagen und hasten und strampeln, als sei das leibhaftige Unheil hinter ihnen her — immer herum — herum — im Kreise herum, mit rotlaufgelassenen, verschwitzen Gesichtern, die fixen, ausdruckslosen Augen unerrnd nach vorn gerichtet. Ein Schuß knallt — eine Stunde des Strampelns ist wieder einmal vorbei. Ein Fahrer stößt vor, die anderen treten mit verstärkter Vehemenz die Pedale, ein unheimliches Jagen beginnt — die Menge mit und ohne Hinterrad, mit und ohne Pleureuse jöhlt, schreit, brüllt und dazwischen gellen schrille Pfiffe (alles durch Anschlag polizeilich verboten), überall fieberhafte Aufregung, die Beine der Fahrer und die Jungen der Zuschauer bewegen sich um die Weite. Eine Weile geht es so, dann wird das Tempo ruhiger, die „Kanonen“ haben ihren Zweck erreicht, haben eine Runde voraus und die Partner matt gefahren. Bald darauf klingt eine Fanfare durch den Saal. Auf der Treppe steht ein Herr und verkündet durch den Trichter eines Phonographen, daß eine Prämie ausgesetzt worden sei zu 80 M., der erste Sieger erhalte 50 M., der zweite 30 M. Nun setzen sich die Aniegelen der Fahrer erneut in stärkere Bewegung, einer stürzt, von dem Geheul der Menge umtobt. „Schieber, Schieber!“ Tausend Rufen rufen es zu gleicher Zeit, Distanzstimmen und Rufe, Männer und Frauen, alles schreit, bis das Rennen wieder seinen geregelten Lauf nimmt. Da verkündet der Trichter, wer die 50 M. und wer die 30 M. erstrampelt hat, und wiederum bricht der Sturm los, diesmal ist es Weisfall, und den Siegern kommt er zu. Diese Prämien folgen in kurzen Zwischenräumen. Immer ist jemand aus dem Publikum bereit, 80, 100 und noch weit mehr Räter zu spendieren, um sich und anderen einen erhöhten Nervenzufuß zu verschaffen. Mit Geld wird ohnehin hier in einer Weise gewirtschaftet, daß es demjenigen, der sein Leben lang seine Groschen mühsam erarbeiten muß, ganz dumm vor den Augen wird. Dies gilt natürlich im wesentlichen nur für die Inhaber der 850 M.-Plätze (Voge und Innenraum), wo sich Berlin W. und WW. und alles, was zur Bewelut und Halbweil gehört, zusammengefunden hat, während die billigeren Plätze von „Leinen“ Leuten besetzt sind. Wer Gahngesichter, Rennbahnstypen, Buchmacher, bessere Jubalier und ganz

Erwerbsinteressen, welche die Viehhändler vertreten. Der Streit zwischen den verschiedenen Interessentengruppen, von denen die eine der anderen mehr oder weniger Schuld an den Fleischwucherpreisen beimißt, kann die Konsumenten kalt lassen. Für die Masse der Bevölkerung gilt die Parole: Fort mit allen wie immer gearteten Maßnahmen, welche die notwendigen Lebensmittel verteuern. Förderung aller Bestrebungen, welche wenigstens eine Milderung der gegenwärtigen enormen Fleischsteuerung zur Folge haben können. —

Die Versammlungen am Sonntag haben die Aufgabe, in dieser Hinsicht den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Die unterminierte Klosterkirche.

Gestern vormittag fielen von dem Schause Klosterstr. 48 und Parochialstraße von dem Dachstuhl große Stücke auf den Bürgersteig herab. Da Lebensgefahr für die Straßenpassanten entstand, mußte der Bürgersteig abgesperrt werden. Auf Veranlassung der Polizei wurde dann, unter Benützung einer großen Schiebeleiter, der Dachstuhl abgetohten. Die Ursache des Absturzes wird auf die Bauten der Untergrundbahn zurückgeführt. Das Haus hat nämlich an mehreren Stellen ziemlich bedeutende Risse bekommen. Auch im königlichen Leihhaus, Klosterstr. 33, in der Parochialkirche, sowie in dem alten Sparkassengebäude der Stadt und dem neuen Stadthaus haben sich, wie in mehreren anderen Privathäusern Senkungen an verschiedenen Stellen bemerkbar gemacht. Der Eingang des königlichen Leihhauses mußte durch große Balken gestützt werden. Die bauausführende Firma hat sich bereit erklärt, die Schäden auszubessern. Man hofft, daß nunmehr weitere Senkungen nicht mehr entstehen können.

Die bauleitende Firma, die auch das Beck mit dem Spreetunnel gehabt hat, ist die Firma Siemens u. Halske, der erst kürzlich von der Tiefbaudeputation ein Teil der Tunnelarbeiten für die Nord-Südbahn übertragen worden sind.

Das Nährpflichtigen-Gesetz

bedroht bekanntlich Personen, die die Sorge für Angehörige vernachlässigen, mit schweren Strafen. Nach den Rottweil des Gesetzes wollte man vor allem Arbeitsscheue und Trunksüchtige treffen, die sich um ihre Familie gar nicht kümmern. Das Gesetz läßt aber eine große Dehnbarkeit zu und es liegt die große Gefahr vor, daß bei Anwendung des Gesetzes Mißbrauch getrieben wird. In Berlin geht die Armendirektion in den letzten Jahren recht streng gegen Personen vor, deren Angehörige von der Stadt unterstützt werden müssen. Und so sehr wir anerkennen, daß Kinder die Verpflichtung haben, nach Möglichkeit sich ihrer alten, erwerbsunfähigen Eltern anzunehmen, so sehr müssen wir es als unbillige Härte bezeichnen, wenn die Armendirektion Personen, die mit sich selber aufs härteste zu kämpfen haben, die Daumenschrauben ansetzt und sie zu Unterstützungen nötigt, die sie ohne erhebliche Vernachlässigung der eigenen Familie mit dem besten Willen gar nicht leisten können, obendrein diesen Personen mit Anwendung des § 300 des Strafgesetzbuches droht oder etwa gar die Inanspruchnahme des neuen Nährpflichtigen-Gesetzes androht. Soweit die Armendirektion in Frage kommt, sollte jeder solcher Fall erst sehr genau geprüft und auch nur vom Plenum der Armendirektion und nicht von einem einzelnen juristischen Dezernenten beschlossen werden.

Am Donnerstag hatte der Stadtausschuß einen Fall zu erledigen, der die Anwendung des neuen Gesetzes zur Folge hatte. Nach der Beweisaufnahme erkannte der Stadtausschuß auf Ueberweisung an das Arbeitshaus.

Nach kurzer Freiheit wieder verhaftet wurde ein wegen Kollidialbills eingelieferter, aus dem Untersuchungsgefängnis entwichener „Arbeiter“ Robert Lange und erneut in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, wo er kaum wieder den Staatsanwalt markieren dürfte. Ist die Meldung richtig, daß Lange von einem Ausseher oder Inspektor wirklich als Staatsanwalt sich vorstellen konnte, so entbehrt dieses Vorkommnis nicht eines größeren Interesses.

Ergriffene Paketmarder. Seit über 100 Ueberzieher erbeuteten zwei „Spezialisten“, die lange Zeit die Vorzimmer der Verste ungesicher machten, bis sie jetzt endlich ergriffen wurden. Die Kriminalbeamten, die sich mit der Aufklärung dieser Diebereien beschäftigten,

besonders die geschminkten, ganz, halb oder gar nicht „kongestionierten“ Damen studieren will, dem bietet sich hier die beste Gelegenheit. Die Kavaliere und die Damen kennen sich in ihrer großen Mehrzahl schon von anderen Gelegenheiten her, es herrscht ein durchaus vertraulicher, familiärer Ton, das Du fliegt hin und her — man ist unter sich. Und Geld ist da, und das ist die Seele von's Festes. Fischen von 20, 30, 50 und mehr Mark werden mit Rombalance beglichen, mit unanachahmlicher Gedärde greift der Kavaliere in die Westentasche und holt einen Schein hervor, für den ein Durchschnittsarbeiter zwei Wochen schwer arbeiten muß. Wer's so leicht ausgehen kann, muß es wohl ebenso leicht einnehmen, es ist wohl anders nicht gut möglich.

Immer weiter geht die wilde Hehlgagd — der Drehwurm feiert Orgien. Ein bekannter gefeierter Fahrer soll als Gast erschienen sein. Er fährt nicht, angeblich weil man ihm statt der geforderten 1800 M. nur 1500 M. geben wollte. Ihm wurde vor einigen Jahren ein sonst mit strenger Strafe bedachtes Vergehen verziehen. Er hatte sich jahrelang der Militärpflicht entzogen, war unsicherer Kantontist, erhielt aber Generalabsolution, weil er in mehreren Sechstagerzeiten am besten gestrampelt und sogar hierdurch im Auslande Deutschlands Ruhm und Ehr' gereicht hatte. Ein Hohenzollernprinz hat ihn obendrein huldvollst beglückwünscht wegen der guten Strampelbeine.

„Gaut ihn! Schieber! Psui!“ ruf's im Chorus. Ich sehe gar nicht mehr hin, die Augen ertragen dieses unheimliche Schauspiel schon nicht mehr. Es ist um Mitternacht und das solidere Publikum verläßt den Schauplatz. Dafür kommt anderes — gemischteres. Die Bars, Weinstuben und sonstigen Treffpunkte der noblen Sippe schiden ihre Gäste zum Strampelfest. Die weinstrohen Neffen lärmten, nu kann der Rummel losgehen. Kellner und Kuffschtspersonal, Feuerwehrmänner und Schupleute gehen mit schlaftrigen, müden Gesichtern umher — 12 Stunden Dienst, und die Nacht währt noch so lange, so lange! Unten kreisen die Fahrer. Wenn eine Schicht ausspannt, tritt die andere an ihre Stelle. Die ersten werden von geschäftigen Händen entgegengenommen, werden gebadet, massiert, stimuliert und schlafen gelegt, wie willenlose Puppen, werden durch die raffiniertesten Finessen wieder tauffest gemacht.

Die dritte Morgenstunde ist angebrochen. Ununterbrochen saust und saust es durch den Saal, jöhlt, lärmt, pfeift die Menge — da, ein heftiges Krachen, ein entsetzliches Klirren, Schmerzensschreie und wildes Angstrufen. Alles rennt und schreit wild durch

wundern sich, daß von der Welle bei Pfandleihern und Trödlern nichts von Vorkauf laur. Sie beobachteten deshalb um so genauer die Kofale, besonders Koffeehändler, in denen wohl Angestellte von umherziehenden Händlern Kleiderstücke zu kaufen pflegen. So kam ein Beamter gerade dazu, als in einem Café ein Gast mit einem Kellner um einen Leberzucker, den er auf dem Arme trug, feilschte. Er schloß Verdacht und forderte den Mann auf, mit ihm nach der Wache zu kommen. Gleich vor der Tür ergriff der Verdächtige die Flucht, und ein zweiter, der draußen gestanden hatte, lief mit ihm davon. Der Beamte verfolgte die beiden mit einem Kraftwagen, holte sie auch bald ein und brachte sie nach der Wache. Hier wurden sie festgestellt als ein Zapper Ernst Gaber und ein Hausdiener Paul Riebold, und es ergab sich bald, daß man in ihnen die lange gesuchten Paletotmarder gefaßt hatte. Die beiden „arbeiteten“ aber, wie jetzt herauskam, nicht nur bei den Verkäufern, sondern bei hervorragenden Spezialärzten, sondern auch auf dem Arbeitsnachweiser, auf denen sie zum Schein um Beschäftigung vorsprachen und dann stahlen, was ihnen gerade zur Hand lag.

Die Sandkasten der Straßencleinsung in dem heutigen Zustande sind eine Gefahr für das Leben und Gesundheit der Kinder. Als ein geradezu „ideales“ Spielzeug benutzen die Kinder diese Kästen und beachten nicht, welcher Gefahr sie sich jeden Augenblick aussetzen. Erst kürzlich ist in Berlin durch das Zuzulagen eines Sandkastensbedekels einem Kinde die Hand gequetscht worden. Ein anderes Kind, welches in einen Kasten hineinkletterte, konnte nicht mehr heraus, weil der Deckel des Kastens zugeschlagen war. Erst durch das Geschehen des Kindes wurden vorübergehende Passanten aufmerksam gemacht und das Kind herausgeholt. Am Dienstag hat sich nun ein tödlicher Unfall an der Ecke der Kofegger- und Stuttgarter Straße in Reußhöfen ereignet. Wie wir bereits mitgeteilt haben, sprang die neunjährige Tochter des Portiers Voetter, Stuttgarter Straße 47, von einem Sandkasten, welcher von der Straßencleinsung erst vor einigen Wochen an der genannten Ecke aufgestellt worden ist, herunter, als in demselben Augenblick ein Wagen von der Stuttgarter Straße in die Kofeggerstraße einbog. Die Kleine kam unter die Räder des Wagens und wurde ihr der Schädel vollständig zermalmt.

Sollte es nicht möglich sein, daß die Stadtverordnungen diese Kästen ohne Deckel und möglichst auf freien Plätzen und nicht an den Straßenecken hinstellen? Ferner verursacht das Zuzulagen des Deckels einen derartigen Anlaß, daß die Bewohner in ihrer Behausung zusammenfahren und erschreckt aus dem Fenster sehen, ob etwas passiert ist.

Es ist dringend notwendig, daß Vorrichtungen getroffen werden, um neue Unglücksfälle zu verhüten.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern mittag kurz vor 12 Uhr in der Curdstr. 24 im Südosten Berlins zugetragen. Im zweiten Stock des Quergebäudes beidseitig dort seit etwa zwei Jahren eine Frau, Kottmann mit ihren drei kleinen Kindern eine große Stube. Als die Frau gestern vormittag sich zu Nachbarn begeben hatte, um dort behilflich zu sein, spielte das ältere Kind, der drei Jahre alte Bernhard, in der Stube mit Streichhölzern, plötzlich entzündete sich ein Holz und im nächsten Augenblick stand das Kind vollständig in Flammen. Auf das Geschrei des Kleinen eilte zwar die Mutter schnell zu Hilfe, doch hatte das Kind schon am ganzen Körper schwere Brandwunden davongetragen. Samariter der inzwischen alarmierten Feuerwehr legten die ersten Notverbände an und schafften das Kind nach der nächsten Unfallstation, wo der Arzt die Ueberführung nach einem Krankenhaus anordnete. Die anderen beiden Kinder sind unversehrt geblieben. Auch in der Wohnstube ist weiter kein Feuer Schaden entstanden.

Tödlicher Straßenbahnunfall. In der Perleberger Straße, Ecke Stephanstraße, verunglückte beim Abpringen von der elektrischen Straßenbahn die Währerin Helene Damertus aus der Lehrlingstraße 42. Sie ist sichtlich so unglücklich mit dem Kopf auf die Vorführung auf, daß sie sich einen doppelten Schädelbruch zuzog und auf der Stelle verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Der überfahrne Kriegsveteran. Ein Kriegsveteran ist wahrscheinlich ein Mann, der gestern morgen in der Tiergartenstraße von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde. Der alte Mann wollte an der Matthäikirchstraße den Fahrdamm überschreiten, als dieser gerade leer war. Während er mitten auf der Bahn war, kam jetzt ein Kraftwagen gefahren. Der Fahrer gab das Warnungssignal und wollte ihn damit veranlassen, etwas schneller zu gehen. In der Verwirrung aber drehte sich der Mann um und ging eilig zurück. Damit hatte der Wagenfahrer nicht gerechnet. Bevor er halten konnte, lag der Mann unter dem Treibwerk, das ihm eine blutende Kopfwunde beibrachte. Der Wagenfahrer hob ihn gleich auf und brachte ihn nach der Charité. Als er jedoch dort mit ihm ankam, war der Verunglückte schon tot. Der Unfallopfer ist etwa 65 bis 70 Jahre alt, hat einen grauweißen Vollbart und trug mehrere Kriegedenkmünzen.

einander. Unten, auf der Bahn, liegt ein Gemirke von Maschinen und Menschenleibern. Ein Fahrer ist gestürzt und die übrigen, bis auf einen, sind mitgerissen und ineinander hineingerast. Die Manager eilen herbei, Zuschauer übersteigen die Barriere und mit vereinten Kräften werden die Verunglückten auselandergeholt. Wie groß das Unglück ist, kann im Augenblick noch nicht gemessen werden. Die Musik setzt ein und spielt: Die Flagge schwarz-weiß-rot — wohl um das Publikum zu beruhigen —, unten winden sich die Gestirten mit schmerzverkrampften Gliedern.

„Ruhe, Ruhe!“ schreit die Menge hinauf. Die Klänge verstimmen. Nach einer Weile verkündet der Richter, daß nichts Ernstliches passiert sei. „Wer's glaubt!“ ruft einer davon. Die andere Schicht springt ein. „Weiter!“ schreit die Masse der Kapelle zu, und der Tanz beginnt von neuem. Das Unglück ist ja zu bedauern, meint neben mir ein Herr gemütvoll, „aber was denken Sie, was das für Reklame macht, lassen Sie auf, morgen ist das Haus voll!“ Gewiß, was liegt an Menschenleibern, wenn nur das Geschäft geht! Ein Herr sähet inzwischen eine Dame durch die Reihen hinaus. Ihre Gesicht ist freibeweiht, ihre Augen sind geschlossen, sie hat einen Nervenschlag erlitten. Die Menge sämmert sich schon nicht mehr darum, sie ist ganz Auge und Ohr für die Bahn unten. Eine Prämie von 300 M. wird ausgeteilt und die Mannfahrer verdoppeln ihre Bewegungen. Um Ehre und — Geld brechen sie sich auch noch das Genick! Oben heult der Wolf. Der Saal hallt wider von Johlen und Schreien, es liegt nichts Menschliches mehr darin, alle tierischen Instinkte sind erweckt — Frauen tanzen hysterisch umher, Klatschen in die Hände, feuern die Fahrer durch Futura an oder beschimpfen sie, es ist ein einziger, brodelnder Organkessel, und alle Vernunft, das Ergebnis einer jahrtausendelangen Entwicklung, scheint mit einem Schlag ausgelöscht zu sein. Die Stimmung nimmt bedrückende Formen an, der Weis- und Sportstempel hat die Menschen wie beissen gemacht, und in den Sälen mengen sich die verärgerten Weisen der Kunst, die als ergänzender Teil des Tumults wirkt. Wieder ein Krachen und Schreien und unten auf der Bahn wälzen sich einige Fahrer unter ihren Rädern, einige Minuten — und der Drehwurm beginnt von neuem sein Spiel. Mir wird von alledem so bumm, als ging mir ein Würstchen im Kopfe herum.

Die Uhr zeigt die siebenste Stunde. Der Morgen graut, die Sterne sind verblüht. Das schaffende Berlin erwacht und Menschen eilen zu nützlicher Arbeit, während hier beim solchen unheilvollen menschliche Wesen stumpf sinnig sich im Kreise drehen und eine Schar von Gassen und Loggien als Staffage dient.

Die Behinderung des Verkehrs durch einen gestohlenen Handwagen.

Die Leser werden erstaunt fragen, ob es möglich ist, den Verkehr durch einen gestohlenen Handwagen zu behindern. Und doch ist dem so. Am Mittwoch, den 8. Januar, nachmittags gegen 3 Uhr, wurde in der Neuen Grünstraße vor Frankes Speiseanstalt ein vierdrähtiger Handwagen mit zehra acht Zentimetern Vordellen gestohlen, der Wagen war blau gestrichen und trug die Firma Karl Waite, Köthener Straße, in weißer Schrift. Der Arbeiter, der den Handwagen fuhr, war nur einen Augenblick in die Speiseanstalt gegangen, um einen Topfen zu essen, als auch schon der Handwagen verschwunden war. Er meldete seinen Verlust der Polizei. Und bezeichnend ist es für den Geist, der bei unserer Polizei herrscht, daß man dort zuerst nachschah, ob nicht etwa der Arbeiter sich strafbar gemacht hätte durch das Stehlenlassen des Handwagens. Das Ergebnis dieser Prüfung war dem auch die Verhängung eines Strafmandates im Höhe von drei Mark, weil der Handwagen den Verkehr behindert hätte. Der Arbeiter hätte durch seine Anzeige selber zugegeben, den Handwagen auf der Straße stehen gelassen zu haben. Die Polizei (40. Polizeirevier) nimmt also ohne weiteres an, daß ein Handwagen den Verkehr behindert. Das Gericht wird ja noch prüfen, ob die Ansicht des 40. Polizeireviers richtig ist. Wichtigere sollte der Polizei sein, dem Verstoßen zu dem Handwagen wieder zu verbeugen. Personen, die über den Verbleib desselben etwas mitteilen können, werden gebeten, ihre Adresse an S. Thormann, Weitenloferstraße 28, abzugeben.

Falschlich totgesetzt wurde der Rentenempfänger Luis Gustin aus der Türkenstraße 24. Wie wir mitteilen, erschloß sich gestern nachmittag in einer Toilette des Bahnhofs Böse ein Mann in den mittleren Jahren. Er besah Schriftstücke auf den Namen des Rentenempfängers Gustin aus der Türkenstraße und man glaubte ihm so eher, daß dieser Hand an sich gelegt habe, als er seit einem halben Jahr blind und deshalb schweremühtig ist. Die Vermutung gewann noch an Wahrscheinlichkeit, als man bei den Nachforschungen erfuhr, daß Gustin mit einem Wepler sich nach Tegel begeben hatte und nicht zurückgekehrt war. Zur freudigen Ueberzeugung der Ehefrau und Kinder aber lehrte Gustin später wohlbehalten heim. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der Mann, der auf dem Bahnhof Hand an sich gelegt hatte, der 45 Jahre alte Kaufmann Gustav Philipp aus der Finowstraße 12 zu Lichtenberg ist. Er wurde von der Ehefrau gestern morgen festgesetzt. Was ihn in den Tod getrieben hat und wie er zu den Schriftstücken von Gustin gekommen ist, weiß man noch nicht.

Ein tödlicher Baunfall ereignete sich Freitag nachmittag gegen 5 Uhr beim Bau der Hochbahn an der Ludauer Straße. Die Arbeiter des Baugeschäftes von Berlin, das im Auftrage der Hochbahngesellschaft dort Bauarbeiten ausführt, waren gestern nachmittag damit beschäftigt, hölzerne Wöhlen von dem ungefähr 10 Meter hohen Gerüst herabzulassen. Nach Vorschrift sollte dies stets mit einem Kran geschehen. Einige waren die Wöhlen aber einfach hinunter. Dies überließ der 80 Jahre alte Arbeiter Emil Schwarz aus der Baukener Straße 7, der gerade unten zu tun hatte. Eine Wöhle fiel ihm dadurch auf den Kopf. Er erlitt einen Schädelbruch und starb schon auf dem Wege nach der Hilfswache an den Folgen der Verletzung. Der Tode hinterläßt seine Frau mit drei kleinen Kindern.

Fußballspiele der Arbeiterturn- und Sportvereine. Am Sonntag, den 12. Januar, beginnen die Spiele der Frühroserie. Es spielen: Weihensee-Squadron in Weihensee, Pallenberger Straße 102; Nichte XVII—Schöneberg in Reinickendorf, Müll- und Thunerstraße. Spielbeginn 2 1/2 Uhr.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Am Donnerstag nahm die in Folge der Eingemeindung von Rummelsburg vollständig neu gewählte Stadtverordnetenversammlung ihre Arbeiten auf. Amens des Regierungspräsidenten vollzog erster Bürgermeister Zieshen die Einführung. Anschließend als Programm des Magistrats entwickelte er in einer Eröffnungsrede einige Gedanken, an denen wir nicht stichwortartig vorübergehen können. Sie versprechen soviel, daß sie zur Erinnerung festgehalten werden müssen. Der Redner betonte zunächst die Notwendigkeit eines neuen Rathausbaues, stellte dann die Reorganisation der Armenverwaltung, von der Sozialdemokratie bisher vergeblich gefordert, als unumgänglich in baldige Aussicht. Wir werden nicht vergessen. Und dann kam die Verheißung einer Verbesserung des Volksschulwesens: Ermäßigung der Klassenfrequenz, Schulhygiene, orthopädisches Turnen, Jahnspiele und die Errichtung von Spielplätzen. Auch dem Verkehrswesen soll erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es gelte, das Straßenbahnwesen zu verbessern, speziell den Bau von Linien in neu erschlossenen Ortsteilen, ferner die Weiterführung der Zubringerbahn und vor allem der Schaffung von Verbindungen zwischen den einzelnen Ortsteilen, eventuell durch Schaffung von eigenen Autobuslinien, zu fördern. — Bisher hatte man für diese Forderung unserer Genossen meistens nur ein mitleidiges Lächeln. — Weiter führte der Oberbürgermeister aus, daß sich die Finanzen der Stadt günstiger entwickeln, als man bisher angenommen. Vorwiegend sei das der guten Rentabilität der städtischen Werke zu verdanken. Trotzdem werde man sich in den Ausgaben weiser Sparsamkeit befleißigen müssen, denn leider hennne der Wettbewerb der Groß-Berliner Gemeinden untereinander die Bewegungsfreiheit der einzelnen in der richtigen Ausnutzung der Steuerkraft. — Nach dem bisherigen Verhalten der bürgerlichen Majorität und des Magistrats seien die programmatischen Verheißungen des Redners bei mandem Hörer sicher auf den steinigten Boden des Unglaubens. Unsere Genossen werden alle Kräfte einbringen, um die Reformen aus dem Nebel der Zulagen in die Praxis der Wirklichkeit zu übertragen. Bei der sodann vorgenommenen Wahl des Stadtverordnetenvorstehers erhielt der bisherige Mandatsinhaber, Bankdirektor Pflanz, 86 von 82 abgegebenen Stimmen. Er ist somit wieder gewählt. Auf die Nomination des bisherigen Stellvertreters, Rittergutsbesitzer Röder, verzichteten die bürgerlichen Genosse Grauer wurde mit 88 Stimmen für den Posten bestimmt. Sodann delegierte die Versammlung in das Stadtverordnetens Bureau als Beisitzer den Genossen August Becker und den Herrn S. Becker, als Stellvertreter die Herren Knopf und Heuer. Nach der weiter vorgenommenen Wahl der Mitglieder zum Wahlspruch bilden diesen: die Genossen Link, Aug. Becker, John und Grauer sowie die Herren Kigle, Große, Kott, Schoedel und Wettericus. Damit war die Tagesordnung der ersten Stadtverordnetenversammlung von Groß-Lichtenberg erledigt.

Zu einer Berühmtheit, auf die Holz zu sein gerade keine Veranlassung vorliegt, ist Lichtenberg durch seine Krankenhausaffäre gelangt. Im „Kritiker“ beschäftigt sich Dr. med. u. phil. Hans Langwitz mit dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, dem leitenden Arzt des Krankenhauses 25 Betten für Privatpatienten zur Verfügung zu stellen. Bemerkenswert dabei ist die Feststellung, daß der Magistrat anscheinend selber noch nicht weiß, wieviel Betten das Krankenhaus erhalten soll. Vielleicht nur die für eine Privatstation erforderlichen? Auf eine Anfrage des Dr. Langwitz erklärte der Magistrat, daß man „mit nichts, die nichts die Frage nicht beantworten könne“. Leider mit vollem Recht, schreibt der Verleger: „Wenn der Magistrat Lichtenberg für diese beratungswirksame Stelle ganze 4000 M. auswirft, so zeigt er damit,

daß er den Inhaber betrauen will, eine möglichst umfangreiche Privatpraxis auszuüben, um die zu einem standesgemäßen Leben erforderlichen Mittel zu erwerben; und er untertreibt dies noch, indem er dem künftigen Direktor einen großen Teil des Krankenhauses für Privatpraxis zur Verfügung stellt. Es kann aber keiner zweien Herren dienen; entweder wird der Inhaber dieser bezugigten Stelle Privatarzt sein oder händischer Beamter. Wir brauchen nicht zu entscheiden, welche Eigenschaft im Interesse derjenigen liegt, von deren Geld ein Krankenhaus gebaut wird. Wir müssen uns außerordentlich wundern, daß die beiden „ärztlichen Berater“ des Magistrats Lichtenberg nicht so großen Einfluß haben oder geltend machen, um derartig verfehlten Maßregeln zu steuern. Ein kluger Magistrat wird gerade besorgt sein, die Privatpraxis eines Krankenhausdirektors möglichst einzuschränken, indem ihm nur konsultative Praxis gestattet wird.“ — In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse noch schlimmer, als der Verfasser anzunehmen scheint. Die ärztlichen Berater im Stadtparlament zeigen sich als eifrige Befürworter der Magistratsvorlagen. Besonders bedenklich ist die Tatsache, daß das ganze Arrangement den Wünschen des bereits in Aussicht genommenen leitenden Arztes entspricht. Nach den Bemerkungen der Magistratsvertreter muß man annehmen, daß die als Leiter großer Krankenhäuser in Betracht kommenden Verträge von Kauf auf direktes Gehalt wenig sehen, dagegen die Zuweisung von Privatpatienten in den Krankenhäusern erstreben. Stimmt das, dann dürfte keine Anstaltsleitung solche Bedingungen akzeptieren. Sie beweisen, daß die Erlangung einer Privatpraxis die Hauptsache ist, wegen welcher man die Dekoration als Anhaltsort, die dazu auch noch als billige Reklame wirkt, als notwendiges Uebel mit in Kauf nimmt. Das deutet auf Zustände mit einem starken Beigeschmack von Korruption.

Steglitz.

Sanz und schmerzlos verschieden ist nach mehrjährigem Stichtum der Steglitzer Mieterverein, die einst größte und rührigste Organisation in der bürgerlichen Mieterbewegung. Chronischer Mitgliederchwund war die Todesursache des Vereins, der sich als oberstes kommunalpolitisches Ziel die Aufgabe gestellt hatte, das Steglitzer Rathaus sozialistenrein zu machen und zu erhalten. Am Willen hat es sicher nicht gefehlt, aber zum Vollbringen reichte es nicht, trotz finanzieller und sonstiger Unterstützung des „Reichsverbandes“. Nun ist die ehemals unter der Leitung des jetzigen Reichstagsabgeordneten Weinhausen so stolze und kräftige Organisation dahingegangen; am Montagabend beschloß das letzte Pläneln mit 15 gegen 1 Stimme die Auflösung des einst über 800 Mitglieder zählenden Vereins, dem die Gemeindevwahl im Frühjahr 1912 den Todesstoß verleierte, bei der Weinhausen von unserem Genossen Gysmann mit einer Mehrheit von über 300 Stimmen gesalogen wurde. Inseer Gegner mögen aus diesem unwillkürlichen Ende eines Sozialistenroters lernen, daß zur Vernichtung der Sozialdemokratie doch etwas mehr gehört, als ein durch einige tüchtige Männer angeführtes Streifen der Vegetation. — Die in der Trauerstimmung von einem unverbesserlichen freimüthigen Optimisten angelegte Gründung eines Bürgervereins fand keine Gegenliebe — gebrauchte Kinder scheuen das Feuer!

Treptow-Baumshulentweg.

Zur Eingemeindungsfrage. Die Gemeindevereinerung hat in der gestrigen Sitzung mit 19 gegen 3 Stimmen und einer Enthaltung beschlossen, dem Anschluß Treptows an Berlin vorbehaltlich der noch zu vereinbarenden Bedingungen zuzustimmen. Die Beteiligung der Bürgerschaft an den Verhandlungen war eine derartig starke, daß die Tribüne abgeperrt werden mußte.

Nichterteile.

Der von der Gemeinde eingerichtete Verkauf russischen Fleisches hat sich durchaus bewährt und die Nachfrage ist in solchem Maße gestiegen, daß stetig größere Mengen Fleisches eingeführt werden mußten. Ebenso finden die von der Gemeinde eingeführten Seefische regen Absatz. Es wäre daher im höchsten Maße beauerlich, wenn der in reaktionären kommunalpolitischen Kreisen Berlins bestehende Wunsch auf Aufhebung des Fleischverkaufs durch die Stadt in Erfüllung ginge, weil damit gleichzeitig auch in den Vororten diese für die unbedeutende Bevölkerung ebenso notwendige wie gegenwärtige Einrichtung in Frage gestellt werden könnte. Inzwischen hat die Gemeindevverwaltung beschlossen, mit Unterstützung des deutschen Seefischereivereins Seefisch-Kochkurse im westlichen und östlichen Ortsteil einzurichten, wenn die genügende Anzahl Teilnehmerinnen sich melden. Diese Kurse sind unentgeltlich; Anmeldungen werden auf dem Rathaus in den Zimmern 4 und 5 entgegengenommen. — Die Beratungen über den neuen Gemeindevetat sind in den einzelnen Kommissionen nahezu beendet und es wird sich um die Entscheidung der Frage handeln, ob eine Erhöhung der Gemeindesteuer notwendig werden wird oder nicht. Das heißt: notwendig ist diese Erhöhung schon seit Jahren. Sie konnte nur umgangen werden durch Zurückstellen wichtiger kultureller und billiger Ignorierung sozialer Aufgaben und auf Kosten des sog. Steuerausgleichsfonds, der glücklich von 300 000 auf 100 000 M. zusammengeschrumpft ist. Wie man trotz einer solchen Finanzlage noch den Mut haben konnte, den Bau eines kommunalen Produktivhauses für bessere Bürger zu beschließen, mußte bei allen verständigen Leuten Kopfschütteln erzeugen. Das in den Ortsvereinen organisierte Grundbesitzertum hat sich bereits gegen eine „weitere Belastung“ sehr energisch gewehrt und die Gemeindevereinerung wird sicher auf sie die gebührende Rücksicht nehmen. Andererseits scheut man vor einer Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer, die jetzt infl. Reststeuer 110 Proz beträgt, ebenfalls zurück mit Rücksicht auf die Konkurrenz der Nachbarorte, die es eventuell billiger machen und damit einen reicheren Fischzug wohlhabender Steuerzahler erschaffen. Werden die finanzpolitischen Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden von den jeweiligen Vertretungen schon oft genug und genügend verfaßten. So kommen noch hinzu diese Konkurrenz-Kämpfe unter den Gemeinden selbst, die schon längst gefeuerberische Maßnahmen für das wirtschaftliche Einheitsgebiet Groß-Berlins in einer ganzen Reihe kommunalpolitischer Fragen erfordern hätten.

Kallberge-Rüderdorf.

Die Benzolstraßenbahn Kallberge-Friedrichshagen ist nunmehr komplett. Die Einschätzung des geplanten stündlichen Verkehrs soll jedoch erst im März oder Anfang April erfolgen. Es wäre indessen, namentlich für den regen Sonntagverkehr, geboten, schon jetzt eine stündliche Zugfolge festzusetzen, wie es bereits vorher beabsichtigt worden war.

Spandan.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die zuerst vorgenommene Vorstandswahl endigte mit der Wiederwahl des alten Vorstandes bis auf den zweiten Schriftführer, welches Amt bisher der reaktionäre Stadtverordnete Schob inne hatte. Die neugebildete „Liberale Fraktion“ ist für den Stadty. Schreiber vor; sie fand dazu auch die Unterstützung unserer Genossen. Derselbe wurde mit 24 Stimmen gegen 18 Stimmen, welche auf den Stadty. Schob entfielen, gewählt.

Eine längere Debatte entspann sich beim Schulkassenetat für 1918. Derselbe schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 1 415 589,88 M. ab, gegen 1917 mehr 79 503,68 M. Die Einnahmen (Schulgeld, Zinsen aus Stiftungen) ausschließlich des Zuschusses des Staates und der Stadthauptkasse betragen für 1918: 1 844 41,94 M. (mehr 16 240,67 M.). Der Zuschuß aus der Stadthauptkasse für 1918 beträgt 998 427,64 M. (mehr 58 568,18 M.). Aus der Staatskasse sind für 1918 eingestellt: 43 110 M. (weniger 6500 M.). Der Fehlbetrag von 6300 M. ist der widerrückliche Staatsbeitrag für die Gemeindefiskalen, der laut der Mittelung der Regierung nicht mehr gezahlt wird. Die Oberrealschule erfordert einen städtischen Zuschuß von 71 193,08 M. (mehr 1877,46 M.), das Gymnasium 26 741,76 M. (mehr 2083,90 M.), die mittlere Mädchenschule

39 129,78 M. (mehr 1838,76 M.). Von den Volksschulen erfordert die 18. Gemeindefschule den geringsten Zuschuß von 14 700 M. (mehr 782 M.), den höchsten Zuschuß die 6. Gemeindefschule (einschließlich Klassen am Joachimsplatz) von 68 088,98 M. (weniger 2020,34 M.). Die 13 Gemeindefschulen, die Hilfsschule für Schwachbegabte und Hebungschule am Lehrerseminar erfordern einen Zuschuß von insgesamt 572 166,07 M. Der Zuschuß aus der Stadtkasse für einen Schüler beziehungsweise Schülerin beträgt pro Jahr bei der höheren Oberrealschule 148,31 M., höheren Mädchenschule 79,98 M., mittleren Mädchenschule 80,93 M., mittleren Anaberschule 82,12 M. Bei den 13 Volksschulen bewegen sich die Sätze zwischen 60,90 M. (4. Gemeindefschule) und 95,08 M. (13. Gemeindefschule). Bei der Hilfsschule beträgt der Zuschuß 199,10 M. und bei der Lehrerseminar-Hebungschule nur 25,86 M. Für Fortbildungsschulen beträgt der städtische Zuschuß 27 199 M. (mehr 3557,50 M.) Für die Jubiläumsturnhalle wird ein städtischer Zuschuß von 3327,36 M. und für die Erhaltung der Turnplätze 5140 M. gezahlt. — Bei der Beratung wurde eine Reihe Beschwerden vorgebracht. So sollen u. a. die Freistellen an der Oberrealschule ungleich verteilt werden, was von Bürgermeister Wolf in Abrede gestellt wurde. — Genosse Pieper erinnert daran, daß vor zwei Jahren die Schulratsfrage gelöst worden sei, bis jetzt aber habe man noch keinen Bericht der 13 Schulräte zu Gesicht bekommen. Es wäre angebracht, den Stadtverordneten den Bericht zu zuleiten und Auszüge davon in der Presse zu veröffentlichen, damit auch die Öffentlichkeit von dem Gesundheitszustand der Kinder unterrichtet wird. Weiter kommt Redner darauf zu sprechen, daß im vorigen Jahre beschlossen worden ist, Erhebungen darüber zu veranstalten, wieviel Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen. Diese Erhebungen hätten zwar auch stattgefunden, der Magistrat habe aber die Angelegenheit durch Reminiscenzen für erledigt erachtet. Er richte an den Magistrat das Ersuchen, diesen Kindern in der Schule Frühstück zu verabreichen. Bürgermeister Wolf betont, die Schulräte haben alljährlich an die Schuldeputation Bericht zu erstatten; der Bericht für das letzte Jahr sei sehr günstig ausgefallen. Nur die Augen- und Zahntransaktionen haben zugenommen. Im übrigen stellt er die Errichtung einer Schul-Jahresfeier in Aussicht. Was die Schulpeinigung anbelange, so haben die angeführten Erhebungen ergeben, daß die meisten Kinder durch Fröhlichkeit (!) der Eltern ohne Frühstück zur Schule kämen. Da nur eine kleine Anzahl von Kindern, etwa 10, ohne Verschlucken der Eltern kein Frühstück erhalten, so will die Schuldeputation von einer Schulpeinigung absehen und die Direktoren anweisen, die bedürftigen Kinder in besonderen Fällen den Kinderhorten zu überweisen. Stadtrat Walter beantragte, die Schulhöfe der Gemeindefschulen zu Spielzwecken freizugeben. Zunächst soll der Schulhof der 8. Gemeindefschule (Kurstraße) freigegeben werden. Genosse Pieper stellte dann den schon oft abgelehnten Antrag, die Jubiläumsturnhalle auch der freien Turnerschaft zur Verfügung zu stellen. Die Halle sei auf Kosten sämtlicher Steuerzahler erbaut und müsse deshalb auch allen Turnern zur Verfügung gestellt werden. Nachdem noch eine Reihe von Stadtverordneten gesprochen und auch noch einige weniger wichtige Anträge gestellt waren, wurde der gesamte Schuletat genehmigt. Angenommen wurde der Antrag auf Freigabe des Schulhofes der 8. Gemeindefschule zu Spielzwecken und ferner der Antrag auf Veröffentlichung der Berichte der Schulräte. Die mit lebhaftem Interesse verfolgte Abstimmung über den Antrag Pieper auf Freigabe der Jubiläumsturnhalle an die freie Turnerschaft ergab die Zustimmung derselben mit knapper Majorität.

Der Etat der Spandauer Straßenbahn schließt mit 1 123 740 M. ab. Bei dem Titel Einnahmen sind 29 500 M. für kommende Tarifserhöhungen eingestellt. Da aber von der Stadtverordnetenversammlung noch keine Tarifserhöhung beschlossen ist, zog der Magistrat nach längerer Debatte sowohl den Etat der Spandauer Straßenbahn wie den der Konnenndammbahn vorläufig zurück. — Angenommen wurde eine Petition der Anwohner des Konnenndammes, die drei ersten Wagen der Straßenbahn bis zur Reisdorfer Straße weiterzuführen. Die Petition wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Parquet schließt in Einnahme und Ausgabe mit 51 450 M. ab. Es wurde u. a. angeregt, das Birkenwäldchen an der Bismarck-Straße in einen hübschen Schmuckplatz umzuwandeln. Der Etat wurde angenommen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wurden der vorgeschrittenen Zeit wegen die noch auf der Tagesordnung stehenden übrigen Punkte verlagert.

Reinickendorf.

Die Gemeindevertretung vollzog in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zunächst die Neuwahlen zum Kreisrat. Gewählt wurde außer den bisherigen Vertretern, dem Bürgermeister Wille, dem Schöffen Schimmel und dem Gemeindevorsteher Schwarzkopf, der Gemeindevorsteher Busch. Unsere Genossen repräsentierten den Genossen Schönbert, auf den jedoch in allen vier Wahlgängen nur die sechs Stimmen unserer Genossen entfielen. Längere juristische Auseinandersetzungen zeitigte der Antrag, die Gemeinde Tegel auf Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Krankenhausvertrage zu verklagen. Die Gemeinde Tegel ist Mitglied der „Krankenhaus-Verbandes Reinickendorf.“ Nach den Bestimmungen des zwischen den Gemeinden abgeschlossenen Vertrages sollen die erforderlich werdenden Zuschüsse von den beteiligten Gemeinden im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen aufgebracht werden. Maßgebend für die Berechnung ist stets die am 15. Oktober, gelegentlich der Personenaufnahme ermittelte „Seelenzahl“. Hierbei werden auch mitgezählt die Inassen der Strafgefängnisse. Tegel weigert sich nun für die Inassen der in ihrem Gemeindebezirk belegenen „Strafanstalt Tegel“ die anteiligen Kosten zu übernehmen, da die Strafgefängnisse bei der Berechnung der „Seelenzahl“ zu Unrecht als Tegel Einwohner gezählt würden. Ebenso verweigert Tegel die ihm als Unterhaltungswohnort obliegende Pflicht zur Zahlung der Krankenhauskosten für erkrankte Ordarme, sofern die Aufnahme nicht von der Gemeinde Tegel bewirkt wird. Der Klageerhebung wurde zugestimmt.

Zur Vorlage gelangte sodann der Etat der Sparkasse. Derselbe wurde nach kurzer Debatte genehmigt. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Rosenthal.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst führte Genosse Milbrodt Klage darüber, daß über den eigentlichen Schluß der Schulkinder des öfteren zurückgehalten werden. Im Interesse der Kinder sowohl wie der Eltern sei es ratsam, diesen Mißstand zu beseitigen. Vom Gemeindevorsteher wurde darauf hingewiesen, daß die Vertretung keinen Einfluß auf die Schule habe, er hoffe jedoch, daß dieser Mißstand durch die Anregung behoben würde. Die Feinerzeit von der Gemeindevertretung gegen die Stimme des Gemeindevorstehers bewilligte Unterhaltung von 100 M. an die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie ist bis heute noch nicht an dieselbe ausgehandelt. Genosse Hasche richtete daher eine Anfrage an den Gemeindevorsteher, weshalb der Beschluß noch nicht zur Ausführung gekommen sei. Der Vorsteher erwiderte, daß er diesen Beschluß beanstanden habe und zwar aus denselben Gründen, aus denen feinerzeit die Regierung dem Arbeiterturnverein die Genehmigung zur Benutzung der Turnhalle versagt habe. Dem Beschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Berlin-Niederschönhausen betreffs Ausbaues des Kaiserweges wurde ohne Debatte zugestimmt. Ebenfalls der Durchführung der Eisenbahn. Zur Pflasterung der Leffingstraße mit Reibsteinen sind von den Bergmann Elektrizitätswerken 100 000 M. auf 3 Jahre zinsfrei zur Verfügung gestellt. Da bis jetzt 88 000 M. verbraucht sind, ein Teil der Straße aber, in dem noch altes Pflaster liegt, schmaler ist, wurde von unseren Genossen beantragt, dieselbe in ihrer ganzen Breite und Länge auszufestern, um dadurch ein einheitliches Bild zu erzielen. Diese Angelegenheit wurde der Wegebaukommission überwiesen. Die Gemeindebeamten haben infolge der bewilligten Feuerungszulage sämtliche Anträge betreffs Gehaltssteigerung zurückgezogen. Verwunderlich fand der Genosse Milbrodt, daß zur Schauputzung der Kasanienallee noch kein Spatenstich erfolgt sei.

Der Gemeindevorsteher gab zur Antwort, daß der Unternehmer es wohl verstanden habe, ein recht billiges Angebot zu machen, jetzt aber von der Ausführung entbunden sein möchte.

Der Seefischverkauf der Gemeinde Rosenthal findet jetzt wieder regelmäßig Dienstags beim Gemeindevorsteher Genossen Milbrodt statt.

Verfammlungen.

Die Bauanschläger, welche im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, nahmen am Donnerstag den Jahresbericht ihrer Branchenkommision entgegen. Aus demselben geht hervor, daß die Durchführung des neuen Tarifs im April nicht überall glatt von statten ging, so daß sich die Kommission mit dieser Angelegenheit beschäftigen mußte. Doch die Verträge waren nicht schwerwiegender Natur und meist auf mangelndes Verständnis der Betroffenen für die neuen Bestimmungen zurückzuführen, so daß die Regelung keine besonderen Schwierigkeiten machte. Im übrigen verlief das Jahr ziemlich ruhig. Das größte Interesse erregt augenblicklich die seit längerer Zeit andauernde sehr starke Arbeitslosigkeit. Die geringste Zahl der arbeitslosen Mitglieder betrug 90, sie stieg aber bis auf 170 und beträgt gegenwärtig sogar 184. Von den 820 Mitgliedern der Branche ist somit durchschnittlich jeder fünfte Mann arbeitslos. 59 Mitglieder sind bereits in der Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. — Die Verfammlungen diskutierten eingehend darüber, was zugunsten der arbeitslosen Mitglieder getan werden könne. Es wurde als moralische Pflicht der Kollegen bezeichnet, darauf zu sehen, daß nicht einzelne, wie es manchmal geschieht, durch unumgängliche Anspannung ihrer Kräfte weit über das normale Maß hinaus arbeiten und verdienen, während ein großer Teil der Kollegen überhaupt keine Arbeit bekommen kann. Ferner wurde die Frage erörtert, ob nicht die Ausgesetzten in irgend-einer Weise durch die Branche unterstützt werden könnten. Die Kommission wird über diese Angelegenheit beraten. — Die statutenmäßige Neuwahl der Branchenkommision ergab die Wiederwahl der Mitglieder Bange (Branchenleiter), Reyle (Kassierer), Rißch, Sifora; neugewählt wurden Wagner, Klein, Edler.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 Uhr, Doppel-Nachmittag, „Abendpflichte“ und Tegel: Schieferstraße 30: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Kankantener Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. R. Weis: „Der Wert und das Wesen der Bildung“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Magazine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29), Hamburg. Filiale S. 29. Sonntag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Verfammlungen auch für weibliche Mitglieder bei Schürer, Florenz 5/6. Sonntag, den 18. Januar, fällt wegen des Rosenballas der Jahlabend aus. — Filiale Bernau. Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal Krügel, Dreierstraße und Rohrbachstraße.

Witterungsübericht vom 10. Januar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	775 D	2 wolkig	1	Sabaranda	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	772 DSD	3 bedeckt	1	Petersburg	784 DSD	1	Schnee	—5			
Berlin	773 D	3 bedeckt	1	Seitz	755 B	2	schl. bb.	8			
Kranf. a. M.	768 D	2 bedeckt	1	Aberdeen	765 SD	7	bedeckt	5			
München	768 SD	5 bedeckt	5	Paris	762 DSD	2	offen	0			
Wien	770 D	1 Schnee	4								

Wetterprognose für Sonntag, den 11. Januar 1913.
Trocken und vielfach heiter bei etwas zunehmendem Frost und spärlich nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.



Direktor Olof S. Källström
Erfinder des neuen Systems.

Gratis 2000 50s. undige
Kursus-Karten

Einladung!

Gratis im Werte von
M. 50 000.—

Grosse Demonstration auf dem Gebiete des Sprachen-Unterrichts

im grossen Saale des Künstlerhauses, Bellevuestr. 3 am Potsdamer Platz.

Montag abend, den 13. cr., in der französischen Sprache von 6 Uhr an,
Montag abend, den 13. cr., in der englischen Sprache von 8 1/2 Uhr an.

Ein 50stündiger Kursus beginnt im Französischen am Dienstag dem 14. cr., um 6 Uhr, im Englischen am Dienstag, dem 14. cr., um 8 1/2 Uhr; ersterer kostet 25 M., letzterer 20 M.

Beide Kurse werden jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag abend zu obiger Zeit gegeben.

Mein prächtiger, lehrreicher und gleichzeitig sehr interessanter Sprachunterricht ist meine eigene Methode, genannt

„Direktor Källströmsche Lichtbilder-Sprachkurse“

und bedeutet eine grosse Revolution auf dem Gebiete des Sprachunterrichts.

Im Klassenunterricht lernt man nach dieser Methode mindestens soviel während einer Lektion als während fünf Privatlektionen älterer Systeme. Dazu kommt, dass die häusliche Arbeit ganz wegfällt, eine nicht zu unterschätzende Ersparnis an Zeit und Geld. Nach meiner Methode ist in jedem Alter, selbst wenn man bereits 60—70 Jahre zählt, eine fremde Sprache spielend leicht zu erlernen.

Viele Skeptiker und bössartige Menschen versuchen mir allen Schaden zuzufügen. Sie haben sehr wenig für den Fortschritt der Menschheit getan, sind aber stets bereit, eine gute Sache Humburg oder amerikanische Reklame zu nennen.

Ich habe mit meiner von mir selbst erfundenen Methode die grössten Erfolge erzielt und werde alles tun, um sie zu schützen. Um dieselbe Jedermann bekannt zu machen, stelle ich das folgende ausserordentlich günstige Angebot:

Ich vertele 2000 50stündige Kursuskarten im Werte von M. 25.— = M. 50 000 und zwar: Auf jede Kursuskarte über M. 10.—, die bis zum 15. Januar cr., abends 9 Uhr gekauft wird, verschenke ich 2 Freikarten, eine Karte ist für einen 50stündigen Wiederholungskursus und die zweite für einen 50stündigen

Anfängerkursus entweder im Englischen oder Französischen zu benutzen.

Für 1 Kursuskarte unter 10 M. gebe ich eine Freikarte für einen 50stündigen Kursus.

Jede Karte ist übertragbar, kann aber nicht gebraucht werden vor Abschluss des bezahlten Kurses, das heisst, nicht vor dem 5. März cr., und hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober d. Js.

Warum mache ich dieses grossartige Angebot?

Nur um mir Interesse bei Ihnen zu verschaffen. Ich weiss genau, wenn Sie meinem Unterricht nur 10 Minuten beigegeben haben, sind Sie von der Grossartigkeit meiner Methode überzeugt. Damit Sie hierzu Gelegenheit haben, gebe ich folgende Demonstrationen vor: im Englischen und Französischen mit freiem Zutritt. Im Künstlerhause Eintrittspreis ausnahmsweise M. 1.—, die beim Kauf einer Kursuskarte zurückvergütet wird.

Demonstrations-Vorläufe

Im Künstlerhause, Montag, den 13. Januar, in der französisch. Sprache von 6-7 1/2 Uhr abds. in der englisch. Sprache von 8 1/2-10 1/2 Uhr abds.

7 Demonstrationen im Marinehaus

Brandenburger Ufer 1, a. d. Jannowitzbrücke Am Sonntag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr beginnt ein 16stündiger Kursus im Englischen für Anfänger. Der Kursus kostet nur M. 6.— und wird jeden Sonntag von 12—2 Uhr gegeben. Die erste Lektion ist eine Demonstration und frei für alle!

Am Montag, den 13. cr., 11 Uhr vorm. beginnt ein 50stündiger Kursus im Englischen für Anfänger und wird jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 11—1 Uhr gegeben. Erste Lektion ist frei für alle!

Die folgenden Demonstrationen im Marinehaus sind nur für Vorgesrittene, sie sind frei, und finden statt wie folgt:

Am Montag, d. 13. cr., im Englischen von 2—4 Uhr

Am Montag, d. 13. cr., im Französisch. v. 6—8 Uhr

Am Montag, d. 13. cr., im Englischen v. 8 1/2—10 1/2 U.

Am Dienstag, dem 14. cr. werden die beiden letzten Demonstrationen gegeben, und zwar im

Französischen von 2—4 Uhr, Englischen von 6—8 Uhr.

Jeder dieser Kurse besteht aus 26 Stunden. Die Preise sind ausserordentlich billig, trotzdem erhält man für jede zwischen dem 1. und 15. cr. gekaufte Kursuskarte genannte zwei Freikarten.

Im Kinosaal, Landsberger Str. 39, am Alexanderplatz und im Kinosaal, Neukölln, Bergstrasse 67

findet je ein 50 stündiger Abendkursus im Englischen statt. Eine Kursuskarte hierfür kostet nur Mark 15.—.

Im Kasino-Saal, Landsberger Str. 39 werden die Lektionen von 8 1/2—10 1/2, jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag abend gegeben. Beginn am Dienstag, dem 14. cr., abends 8 1/2 Uhr.

Im Kinosaal, Neukölln, Bergstr. 67 werden die Lektionen jeden Montag, Donnerstag und Freitag von 8 1/2—10 1/2 Uhr abends gegeben. Beginn am Montag, dem 13. cr., abends 8 1/2 Uhr.

Zu beachten! Schneiden Sie diese Annonce aus, sie ist ein Prospekt!

Die Kursuskarten werden verkauft und die Freikarten ausgegeben, so lange der Vorrat reicht in meinem Bureau Beuthstrasse 6, am Spittelmarkt, Montag, Dienstag und Mittwoch von 1—7 Uhr nachmittags.

Bei Vorzeigung dieses Prospektes wird 1 M. vergütet.

Direktor Olof S. Källström.

Warum fünf Thesdorfer nach Berlin reisten.

In der Landgemeinde Thesdorf, Kreis Binneberg, waren bei den Gemeindevahlen die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Wahl nicht ausreichend beobachtet worden. Deshalb fragte der Parteigenosse Eggerstedt in Thesdorf auf Ungültigkeitserklärung eines Teils der Wahlen. Die Sache kam schließlich an das Oberverwaltungsgericht. Dies wies am 12. Dezember 1911 die Klage mit der Begründung ab, daß bei der Wahl zwar die Öffentlichkeit nicht vollständig gewesen wäre, daß man aber auch nicht behaupten könnte, die Öffentlichkeit wäre völlig ausgeschlossen gewesen, weil immerhin die sämtlichen Wähler der gerade am Wahlen befindlichen Klasse hätten anwesend sein dürfen.

Es fiel bereits auf, daß zur Verhandlung dieser verhältnismäßig untergeordneten Angelegenheit nicht nur der Gemeindevorsteher, sondern auch vier Mann aus der Gemeindeverwaltung in Berlin vor dem Oberverwaltungsgericht erschienen, obgleich das Gericht das Erscheinen seines einzigen angeordnet hatte. Lediglich der Gemeindevorsteher nahm auch in der Verhandlung das Wort. Aus Reden in der Gemeinde ging dann hervor, daß es Leute gab, die sich freuten, wenn den Sozialdemokraten die Sache recht teuer zu stehen käme.

Kost ein Jahr später erließ der Kreis a. S. H. des Kreises Binneberg einen Beschluß, unterzeichnet Dr. Scheiff. In diesem wurden dem Gemeindevorsteher und den vier anderen Mitgliedern der Gemeindevertretung zusammen 260,75 Mark Reisekosten zugesprochen.

Man kann sich denken, wie groß die Freude gewisser „Staatsverhaltenden“ in Thesdorf war, daß die Sozialdemokraten solch zahlen sollten, um fünf Mitgliedern der Gemeindeverwaltung eine Gratisreise nach Berlin zu verschaffen.

Aber die Freude war von kurzer Dauer. Obgleich nämlich dem Kreis a. S. H. doch wirklich Zeit genug zur Verfügung gestanden hatte, um sich mit den einschlägigen Gesetzesbestimmungen bekannt zu machen, hatte er die jedem Amtsinhaber im Verwaltungsrecht bekannte zweifelhafte und klare Vorschrift des § 103 des Landesverwaltungsgesetzes vollkommen unbeachtet gelassen, wonach für die persönliche Wahrnehmung eines solchen Termins im ganzen nie mehr berechnet werden darf, als die tarifmäßige Gebühr eines Anwalts betragen haben würde. Der von dem Beschluß betroffene Kläger Eggerstedt war gewichtig genug, sich bei einem Rechtsanwalt rechtzeitig zu erkundigen und Beschwerde einzulegen. Jetzt ist nun durch Beschluß des Bezirksausschusses der zu erstattende Beitrag in der Tat im ganzen auf 22,50 Mark festgesetzt worden. Der Beschluß traf gerade zu Neujahr ein; manche Leute, die so vergnügt über den ersten Beschluß gewesen waren, dürften etwas lange Gesichter über diese Neujahrüberraschung gemacht haben. Ja, wer ändern eine Grube gräbt...! Desto größer war natürlich die Heiterkeit der „Koten“.

Mit der billigen Reise nach Berlin ist es nun nichts. Dem selbstverständlich darf auch die Gemeindefasse nicht angegriffen werden, um die Kosten dieser ganz zwecklosen vom Gericht nicht angeordneten Spritsfahrt zu decken.

Wäre der Kläger ein unerfahrener oder weniger vorhöflicher Mann gewesen, so wäre vielleicht die Beschwerdefrist verstrichen gewesen, und der Beschluß hätte Rechtskraft erlangt. Man könnte sich gar nicht wundern, wenn an einem kleinen Orte der von einem solchen Beschluß Betroffene des Glaubens wäre, der Kreis a. S. H. müßte doch die Gesehe kennen und werde nichts Gesetzwidriges beschließen. Man sieht aber, wie sehr man sich hüten muß, behördliche Anordnungen ohne weiteres als gesetzlich anzuerkennen. An der ganzen Geschichte bleibt der Beschluß des Kreis a. S. H. das Ungerechteste, die Selbstnepperei der Thesdorfer das Röstlichste.

Soziales.

Verbot der sogenannten geheimen Konkurrenzklause.

Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts nahm in seiner Sitzung am Mittwochnachmittag zu einem Antrage, welcher von den Deutschnationalen Handlungsgehilfenvereinen eingebracht war. Dieser verlangte die Beseitigung der geheimen Konkurrenzklause. Der Antrag verlangt die Aufnahme eines gesetzlichen Verbots von Vereinbarungen der Prinzipale, die bezwecken, Handlungsgehilfen in ihrer gewerblichen Tätigkeit zu beschränken und die Verabredung von Hinderhandlungen mit hoher Geldstrafe. Nach derselben Richtung sich bewegende Zusatzanträge wurden von dem Vertreter des Ortsvereins der Deutschen Kaufleute und vom Vertreter des Vereins Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig gestellt. Die Antragsteller sowie die übrigen Handlungsgehilfenvereine führten hierzu aus: Ein völliges Verbot der Konkurrenzklause sei notwendig, aber reiche nicht aus. Denn es bliebe die Gefahr der geheimen Konkurrenzklause bestehen. Diese sei für den Gehilfen viel gefährlicher, weil der Angestellte von derselben keine Kenntnis erlangt. Solche Konkurrenzvereinbarungen bestehen heute bereits für ganze Branchen, nicht nur örtlich begrenzt, sondern über ganze Landesteile. Die Prinzipale verpflichten sich danach gegen hohe Konventionalstrafen, ohne schriftliche Einwilligung des anderen Teiles kein Personal zu engagieren, welches bei dem einen Teile der Vertragsbeziehungen beschäftigt war. Die Angestellten seien also nicht in der Lage, ihre Lebenshaltung zu verbessern und die erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen zu ihrem Vorteile auszunutzen. Die Strafgerichte beurteilen heute bereits Angestellte, wenn sie derartige Vereinbarungen gegen ihre Prinzipale treffen, zu hohen Strafen. Der Reichstag müsse dafür sorgen, daß die Angestellten einem derartigen Terrorismus gegenüber nicht machtlos dastehen. Für die Geschäftsinhaber sei dies Vorgehen eine reine geschäftliche Angelegenheit, für die Angestellten aber eine Lebensfrage, welche ihre Existenz zu vernichten droht. Von Seiten der bürgerlichen Kaufleute wurde hiergegen ausgeführt, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, eine völlige Beseitigung der Konkurrenzklause sei für sie unannehmbar. Sie hätten wohl für den Entwurf der Regierung, soweit dieser die Abschließung der Konkurrenzklause erfordere, mit. wollen die Anwendung derselben so weit als möglich vermeiden wissen, aber einer völligen Beseitigung könnten sie niemals zustimmen. Sie erklärten sich gegen die Anträge, welche für sie eine große Beschränkung des Kontraktionsrechtes bedeuten würden!

Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge angenommen. Dafür stimmte der sozialdemokratische Kaufmann sowie sämtliche Gehilfenvereine, dagegen alle bürgerlichen Kaufleutevereine.

Betriebsunfälle beim Auf- und Abbringen von Straßenbahnwagen. Im allgemeinen sind Unfälle, die sich auf Dienstmotoren oder Treifen ereignen, als Ver. Unfälle zu betrachten und von der

Verursachung zu entschuldigen. Leider trifft das nicht für jeden solchen Unfall zu. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes kommt es nämlich auch darauf an, ob die gewöhnliche Art der Fortbewegung auch angemessen war und ein etwaiges Beförderungsmittel ordnungsmäßig benutzt wurde. Ein sehr gebräuchliches Beförderungsmittel ist die elektrische Straßenbahn. Es laucht daher die Frage auf, wann Unfälle, die durch die Straßenbahn verursacht werden, als Betriebsunfälle zu betrachten sind.

Das Reichsversicherungsamt hat seinen Betriebsunfall angenommen, wenn jemand von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abprang und dabei verunglückte. Es sah in diesem Falle das Abspringen als eine nicht ordnungsmäßige Benutzung eines an sich zulässigen Beförderungsmittels an. Dagegen ist ein Betriebsunfall bei einem Arbeiter angenommen worden, der von einem langsam und vorsichtig fahrenden Straßenbahnwagen sprang und sich verletzte. In der Begründung führte das Reichsversicherungsamt aus, daß in diesem Falle das Abspringen mit keiner besonderen Gefahr verbunden war und daher dem Verletzten der Vorwurf einer ordnungswidrigen Benutzung der Straßenbahn nicht gemacht werden konnte.

Rechtlich hat das Reichsversicherungsamt kürzlich entschieden, daß auch Unfälle, die sich durch Aufspringen auf einen langsam fahrenden Straßenbahnwagen ereignen, als Betriebsunfälle zu betrachten sind. In der Begründung heißt es:

Der Wagenführer hat befunden, daß der Straßenbahnwagen in dem Augenblick, als der Kläger ihn bestiegen wollte, sich eben erst in Bewegung gesetzt und eine nur mäßige Geschwindigkeit von 8 bis 9 Kilometer in der Stunde hatte. Der Refusent hat keine Anhalt, die Mäßigkeit dieser Angabe in Zweifel zu ziehen, zumal die Lage der Unfallstelle (Kreuzungspunkt dicht hinter einer Baustelle und einer Weiche) es glaubhaft erscheinen läßt, daß der Wagen langsam und vorsichtig fahren mußte. Demgegenüber konnte die Befundung des Zeugen B., der die Geschwindigkeit höher eingeschätzt hat, nicht ausschlaggebend sein. Abgesehen davon, daß bei der Schätzung von Geschwindigkeiten leicht Irrtümer unterlaufen, war zu berücksichtigen, daß B. den Vorgang nur vom Fenster seiner Wohnung aus beobachtet hat. Unter solchen Umständen hat das Refusungsgericht nicht die Ueberzeugung gewonnen, der Kläger habe sich einer so unvernünftigen und ungewöhnlichen Handlungsweise schuldig gemacht, daß er dadurch den Zusammenhang mit seiner verschicherten Tätigkeit gelöst hätte. Wenn schon an sich das Bestehen eines so langsam fahrenden Straßenbahnwagens mit einer besonderen Gefahr nicht verknüpft zu sein pflegt, so konnte gerade der Kläger bei seiner Jugend und Gewandtheit wohl darauf rechnen, daß das Bestehen des Wagens für ihn nicht gefährlich werden könne. (Allgemein: Ia 1646/12.)

Geheimhaltungspflicht der Ortskrankenkassen über Lohnmitteilungen.

Eine wichtige Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht gefällt. Sie ist von Wichtigkeit insofern, als sie eine bisher unbeachtete grüße Praxis der Krankenkassen, Korporationen und Behörden zu sozialen Zwecken im allgemeinen und insbesondere zu Zwecken der Statistik Auskünfte zu erteilen, unterscheidet, zum mindesten zum weitaus größten Teil.

Lohnangaben, die ein Buchdruckereibesitzer Langendorf in Kottbus gemäß dem gesetzlichen Zwange der Vereinigten Ortskrankenkasse zu Kottbus gemacht hatte, lauteten vor dem Tarifamt der Buchdrucker auf. Langendorf beschwerte sich beim Magistrat als der Aufsichtsbehörde der Ortskrankenkasse und sprach die Vermutung aus, daß ein Buchdrucker, der zum Vorstande der Kasse damals gehörte, weiter verwendet habe, was er als Vorstandsmitglied der Kasse über die Löhne im Langendorfschen Betriebe erfahren habe. Der Magistrat veranfaltete nun eine Untersuchung des Falles, die sich in der Hauptsache gegen das betreffende Vorstandsmitglied richtete. Im Laufe der Angelegenheit machte der Vorstand der Kasse die Sache sozusagen zu der eigenen, indem er als Vorstand sich prinzipiell auf den Standpunkt stellte, daß die Vorstände von Krankenkassen ohne weiteres befugt seien, über die Lohnangaben, die die Unternehmer machten, Korporationen und Behörden Auskünfte zu geben sowie daß die Vorstände mit Bezug auf diese Lohnangaben überhaupt nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet seien.

Nun erließ der Magistrat als Aufsichtsbehörde eine Verfügung an den Vorstand als solchen, in der gesagt wurde:

Der Vorstand der Kasse habe in der benannten Angelegenheit den Standpunkt vertreten, daß eine Schweigepflicht der Vorstandsmitglieder über die von den Arbeitgeber gemeldeten Löhne nicht bestehe. Diese Auffassung sei falsch. Da der Kassenvorstand gemäß seiner Auffassung dritten die gemeldeten Löhne zugänglich machen werde, so ergehe an ihn folgende Anordnung: Erstens werde angeordnet, daß der Vorstand die ihm auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes bekannt gewordenen Lohnverhältnisse dritten gegenüber, denen ein Recht auf Auskunfterteilung nicht zustehe, geheim zu halten habe. Zweitens habe der Vorstand dieses auch den Angestellten und Bediensteten der Kasse zur Pflicht zu machen. Der Vorstand socht die Verfügung durch die Klage an und vertat seinen oben erwähnten prinzipiellen Standpunkt, wobei er darauf verwies, daß keine Bestimmung des Gesetzes eine derartige Geheimhaltungspflicht der Kassenvorstände ausspreche.

Der Bezirksausschuss zu Frankfurt a. O. wies die Klage ab, weil sich die Pflicht zur Geheimhaltung aus allgemeinen Grundsätzen ergebe.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Montag das Urteil. Zur Begründung wurde angeführt: Der Bezirksausschuss habe ganz recht, wenn er aus allgemeinen Bestimmungen der Landesverwaltungs-gesetzgebung diese Pflicht des Vorstandes zur Geheimhaltung folgere. Daß der allgemeine Grundsatz der Geheimhaltung des Beamten amtlich zur Kenntnis gelangenden Materials auch den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes zugrunde liege, ergebe sich auch aus § 49 Absatz 3 dieses Gesetzes, wo es heißt: „In der Anmeldung zur Ortskrankenkasse sind auch die behufs der Berechnung der Beiträge durch das Statut geforderten Angaben zu machen.“ — Wenn hier gesagt sei, behufs (d. h. zum Zwecke) der Berechnung der Beiträge, so sei damit gesagt, daß der Arbeitgeber nur zu diesem Zwecke die Angaben machen brauche. Der Arbeitgeber habe also keine Pflicht, zu anderen Zwecken die Angaben zu machen. Daraus ergebe sich, daß sie auch zu anderen Zwecken nicht von der Kasse benutzt werden dürfen. Somit sei die Verfügung der Aufsichtsbehörde gerechtfertigt und die Klage des Vorstandes sei abzuweisen gewesen.

Gerichts-Zeitung.

Verlegung des Morbyprozesses.

Die Beweisaufnahme gegen den des Mordes an seiner Ehefrau beschuldigten Arbeiter Artur Haas gestaltete sich gestern für diesen sehr ungünstig, da es sich immer mehr und mehr ergab, daß der Angeklagte durch seine Arbeitstun die Schuld an der Zerrüttung der Ehe trug, während die Frau als hübe und fleißige

Frau geschildert wurde. Im Laufe der Verhandlung kam zur Sprache, daß der Angeklagte im Untersuchungsgefängnis einen Krampfanfall erlitten haben soll. Da sich hierüber vorläufig nichts Näheres feststellen ließ, beantragte Rechtsanwalt Martin Rantowicz, doch erst nähere Erhebungen über den Geisteszustand des Angeklagten anzustellen. Das Gericht gab diesem Antrage statt und beauftragte den Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Strahmann mit der Beobachtung des Angeklagten und der Abfassung eines Gutachtens. Die Verhandlung wurde deshalb auf unbestimmte Zeit vertagt.

Keinlich verbindeater Religionsunterricht?

Früher nahm das Kammergericht den durchaus zutreffenden Standpunkt ein: Es kann niemand gezwungen werden, seine Kinder in einer Religion unterrichten zu lassen, zu der er sich nicht bekennt und der auch seine Kinder nicht angehören. Hiernach brauchten die Kinder konfessionsloser Eltern an dem Religionsunterricht der Schule nicht teilzunehmen. Später verließ das Kammergericht diesen Standpunkt und fällte ein Urteil, welches besagt: Wenn Kinder vom Religionsunterricht der Schule befreit werden sollen, so muß nachgewiesen werden, daß sie außerhalb der Schule in einer der Gesetze des Staats entsprechenden Religion unterrichtet werden. Dieser seither oft angefochtene Standpunkt des Kammergerichts gilt nun als maßgebend und die aus der Landeskirche ausgeschiedenen Eltern sind in jedem Falle vor die Wahl gestellt, ihre Kinder entweder an dem Religionsunterricht der Schule teilnehmen oder sie anderweit in dem Betreuer einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft unterweisen zu lassen. Beides ist natürlich ein unerhöhter Gewissenszwang, der den Vätern durch die Staatsgewalt auferlegt wird, und der schon oft zu Konflikten geführt hat.

Einen Konflikt dieser Art hat gegenwärtig der Landesterritor Rung in Reutlingen auszufechten. Er ist aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten und will deshalb seiner Ueberzeugung gemäß seinen Sohn nicht in einer von ihm für falsch gehaltenen religiösen Anschauung unterrichten lassen. Im nach dem erwähnten Kammergerichtsurteil die Voraussetzung für die Befreiung seines Sohnes vom Religionsunterricht der Volksschule zu schaffen, schickte Rung das Kind in den Religionsunterricht der jüdischen Gemeinde. Denn sie ist ja eine der vom Staat anerkannten Religionsgemeinschaften. Das ging auch zwei Jahre ohne Störung. Der Sohn erhielt jüdischen Religionsunterricht, der betreffende Religionslehrer war mit dem Schüler vollkommen zufrieden und stellte ihm die besten Zeugnisse aus. Die Religionsstunden in der Volksschule brauchte der kleine Rung also nicht zu besuchen.

Im April vorigen Jahres änderte sich plötzlich die Sachlage. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde fragte bei Herrn Rung an, ob er nicht nur aus der evangelischen Kirche aus-, sondern auch zum Judentum übergetreten sei oder übertreten wolle. Als Rung

Der vollständige Ausverkauf. aller Inventurbestände bei Schlessinger erregt ungeheures Aufsehen. Herren-Anzüge 15 R., Herren-Älster 15 R., Paletots 20 R., Maßanzüge 30 R., Robeane Hosen 3,50, Blaue Dreifasern m. Anfall-Fragen 2,00, Blaue Jaden, (Hrüg) 1,50, Westjaden, Indigo 2,50, Burschenkleider 1 R., Burschenmauererjaden 50 Pf., Hr. Mauererjaden 1,00, Ueberjaden mit Futter 3 R., Wägen 10 Pf., Holenträger, Leibentwurf 50 Pf., u. s. w. Turmstr. 38, Herrmann Schlessinger

Zöpfe. Wirklich reelle Ware, nur echte Menschenhaare, die größte Auswahl. Vorzeiger dies. Annonce erhält 10% Rabatt. Otto F. Kafka, Zopffabrik. Neukölln, Erkstr. 3. Gegr. 1898. Tel.: Neukölln 550. Buchhandlung Vorwärts. Lindenstr. 69 (Laden). Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit. Von H. Beima. Preis 25 Pf.

Inventur-Ausverkauf. Im Konfektionshaus EMIL PREUSS. Turmstrasse 58. Mein Inventur-Ausverkauf bedeutet für jeden Käufer eine Ersparnis von 25-30 Prozent. Beachten Sie, bitte, meine Schaufenster! Herren-Paletots und Älster, Herren-Anzüge u. Stoffhosen. Knaben- u. Jünglings-Anzüge und Älster sind bedeutend unter Preis. Knaben-Waschanzüge, einzelne Blusen und Leibchen sowie Kniehosen werden für jeden zurechnbaren Preis ausverkauft. Herren-Stoff-Reste enorm billig. Der Ausverkauf dauert nur bis zum 26. ds. Mts. Sonntag von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

diese Frage verneinte, beschloß der jüdische Gemeindevorstand, daß dem Sohn Kunzes kein jüdischer Religionsunterricht mehr erteilt werde. Wegen dieses Beschlusses erhob Kunze Beschwerde beim Provinzial-Schulkollegium und dies gab die Sache weiter an die Regierung zu Potsdam. Kunze forderte, daß der jüdische Gemeindevorstand angewiesen werde, seinen Sohn weiter zu unterrichten. Inzwischen hatte Kunze schon einige Strafverfügungen bekommen, weil er seinen Sohn, nachdem dieser vom jüdischen Unterricht ausgeschlossen war, vom Religionsunterricht der Schule fernhielt. Das Schöffengericht hat jedoch in diesen Fällen auf Freisprechung erkannt, weil die Beschwerde Kunzes gegen den Beschluß des jüdischen Gemeindevorstandes noch nicht erledigt war. Die Regierung hat die Beschwerde dann in ablehnendem Sinne entschieden und sich auf den Standpunkt gestellt, es gehe sie nichts an, ob die

jüdische Gemeinde den Sohn Kunzes Religionsunterricht erteilen wolle oder nicht. Solange Kunze seinen anderweitigen Religionsunterricht nachweise, habe er seinen Sohn in die Religionsstunde der Schule zu schicken. Nach dieser Entscheidung erhielt Kunze wieder eine Strafverfügung wegen Schulversäumnis seines Sohnes. Für die von Kunze beantragte gerichtliche Entscheidung stand gestern Termin an vor dem Schöffengericht Neubün. — Hier trug der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld den vorstehend skizzierten Sachverhalt vor. Er betonte, der Angeklagte habe alles getan, was in seinen Kräften stehe, um den für die Befreiung vom schulpflichtigen Religionsunterricht erforderlichen Nachweis eines anderweitigen, den Gesetzen des Staates entsprechenden Religionsunterricht zu erbringen. Wenn ihm das jetzt durch die jüdische Gemeinde unmög-

lich gemacht worden sei, so trage er keine Schuld daran und habe sich nicht strafbar gemacht. Die Regierung habe ein weitgehendes Aufsichtsrecht über die jüdische Gemeinde. Die Regierung hätte deshalb sehr wohl die Möglichkeit gehabt, im Sinne der Beschwerde des Angeklagten einzugreifen. Sie habe das nicht nur nicht getan, sondern sie habe sogar den Vorstand der jüdischen Gemeinde veranlaßt, den Sohn Kunzes aus dem jüdischen Religionsunterricht zu entfernen. Das würde erforderlichenfalls durch Vernehmung des Regierungspräsidenten und des jüdischen Gemeindevorstandes erwiesen werden können. Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen, um von der Regierung zu Potsdam Auskunft darüber einzubolen, ob sie den Vorstand der jüdischen Gemeinde veranlaßt habe, den Sohn des Angeklagten vom Religionsunterricht auszuschließen.



Inventur Ausverkauf

Vom 11. bis 20. Januar
Herabgesetzte Preise teilweise bis zur Hälfte.

PALETOTS	ULSTER	ANZÜGE	HOSEN
SERIE I: Dunkle Cheviotstoffe früherer Preis bis 25.00 15⁵⁰	SERIE I Farbige Stoffe früherer Preis bis 23.00 14⁵⁰	SERIE I Buckskingtoffe früherer Preis bis 24.00 14⁵⁰	SERIE I Zwirn-Buckskin früherer Preis bis 6.00 2⁵⁰
SERIE II Marengo-Stoffe früherer Preis bis 36.00 24⁵⁰	SERIE II Forster Qualität früherer Preis bis 32.00 19⁵⁰	SERIE II Cheviotstoffe, coul. früherer Preis bis 32.00 23⁵⁰	SERIE II Buckskinstoffe früherer Preis bis 10.00 6⁵⁰
SERIE III: Melton-Stoff früherer Preis bis 42.00 30⁵⁰	SERIE III Braungem. Cheviotst. früherer Preis bis 42.00 24⁵⁰	SERIE III Blau u. mar. Cheviotst. früherer Preis bis 44.00 29⁵⁰	SERIE III Kammgarnstoffe, gstr. früherer Preis bis 12.00 8⁵⁰
SERIE IV: Reinwollene Stoffe früherer Preis bis 54.00 38⁵⁰	SERIE IV Cheviotstoff m. a. Futt. früherer Preis bis 54.00 32⁵⁰	SERIE IV Reinw. farb. Cheviots früherer Preis bis 55.00 34⁵⁰	SERIE IV Kammgarnstoffe, gstr. früherer Preis bis 17.00 11⁵⁰
SERIE V: Gute dkl. Qualitäten früherer Preis bis 65.00 44⁵⁰	SERIE V Coul. Flauschqualität früherer Preis bis 65.00 44⁵⁰	SERIE V Reinwoll. Cheviotstoff früherer Preis bis 75.00 45⁵⁰	SERIE V Kammgarnst. b. Qual. früherer Preis bis 24.00 14⁵⁰
Alpentrachten Originalgetreue Kopien	Knaben-Anzüge verschiedene Formen früh. 22.00 b. 6.50, jetzt 14.00 b. 2 ⁵⁰	Herren-Joppen mit Plaid und Pelz gefüttert früh. 48.00 b. 10.50, jetzt 25.00 b. 6 ⁵⁰	Gemusterte Westen seidenartige früh. 20.00 b. 3.50, jetzt 12.00 b. 1 ⁵⁰

Gofflieb Weiß

Schöneberg, Hauptstrasse 161, Ecke Stubenrauchstrasse

Leihhaus Apollo neben **Friedrichstr. 215 I.** Kufen Sie von Kavalieren getragene Jackett-anzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.
Sonn tags geöffnet.
Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Restbestände des Inventur-Verkaufs

werden zu selten dagewesen billigen Preisen verkauft.

Ulster letzte Neuheit, offen u. geschlossen, Wert bis 15.50 jetzt 6⁷⁵	Damen-Achselhemden mit gestickter Passo oder Hohl-Langsette 1²⁵	Blusenstoffe, Popeline mit Seidenstreifen, Wert bis 1.50, jetzt Meter 65 Pf.
Oberhemden Velours- und Satinstoffe, bunt und zum Durchknöpfen 1⁶⁵	Damen-Beinkleider mit breiter Stickerei 1²⁵	Reinwollene Rockschottenstoffe, Wert bis 3.00, ca. 110 cm breit, jetzt Meter 1⁶⁵
Tüllblusen auf Batist oder Tüll gefüttert, weiß und ekra 4⁹⁰	Damen-Phantasiehemden mit reicher Stickerei u. Handdurchzug 1⁹⁰	Ein Posten Blusen- und Kleiderseiden, gute Qualität, Wert bis 2.75, jetzt Meter 95 Pf.
Cheviot-Röcke blau, reine Wolle, verschied. Macharten 4.50, 3.75 2⁹⁰	Damen-Kniebeinkleider mit breiter Stickerei und Sämschengarn 1⁹⁰	Crêpe de chine, imk. reine Seide, Wert bis 1.90, jetzt Meter 1⁰³
Ein großer Posten Wollstoffblusen in nur neuen Fassons, ohne Rücksicht auf den früheren Wert. Wert bis 15.00, zum Aussuchen 4⁷⁵	Ein großer Posten Kinder-Reform-Schürzen und Russen-Kittel 85 Pf., 68 Pf.	Bettgarnituren, angestaubt, Handentuch, Bezug m. 2 Klassen 2.95 2⁹⁵
Ein Posten Stores etwas angestaubt, Wert bis 21.00, eleganter jetzt 6.25, 5.25 4⁷⁵	Kinder-Reform-Beinkleider marine in 5 Größen . . . 1¹⁵	In Damast oder Dimiti, Bezug mit 2 Klassen . . . 5⁹⁰
Tüll-Bettdecken 1- und 2-bettig, enorm billig, etwas angestaubt enorm billig.	Herren-Normal-Hemden u. Beinkleider 1.65, 1.25 95 Pf.	Einzelne Tischtücher für 4-6 Personen, jetzt 2.95, 1.75 95 Pf.
Steppdecken 3 ²⁵ Handarbeit doppelseitig 7²⁵	Damen- u. Kinder-Kragen, Tüllschleifen 85 Pf. 75 Pf.	Einzelne Handtücher sowohl Vorrat reicht 55, 25 15 Pf.
Rouleaudamast 190 cm breit, Meter 38 Pf.	ENORM BILLIG! Bestzeit! Spitzen! RESTE von Einsätzen, Tüllstoffen u. Bändern.	

Reste Wollstoffe Mtr. 75 Pf. Mir. 95 Pf. Mir. 1 ²⁵	Seidenstoff-Reste Meter 75 Pf.	Reste Hemden-buchend, Rockbarett, Handentuch, Schürzenstoff . . . 2-3 Meter 95 Pf.	Taschentücher bedeutend herabgesetzt, zum Aussuchen . . . Stück 15, 10 Pf.
---	--	--	---

Wilhelm Joseph BERLIN W, Großgörschenstrasse 1
SCHÖNEBERG, Hauptstrasse 163.

Grosser Inventur-Ausverkauf

vom Sonnabend, den 11. Januar, bis inklus. Montag, den 20. Januar

Preise teilweise bis



50

Prozent

herabgesetzt

Preise bis
50%
herabgesetzt

Herren-Anzüge

Serie I ein- u. zweireihig in grau, braun und dunklen Farben früh. Preis 34, 30, 28, 24, jetzt: durchweg **16⁷⁵**

Serie II darunter Modelle v. ersten Schneidern gearbeitet, früh. Preis 46, 42, 38, 32, jetzt: durchweg **22⁵⁰**

Serie III hervorragende Neuheiten, voller Ersatz für Mass, früh. Preis 54, 52, 48, 42, jetzt: durchweg **29⁰⁰**

Ulster u. Paletots

Serie I in dunklen Farben, ein- und zweireihig früh. Preis 32, 29, 27, 24, jetzt: durchweg **19⁵⁰**

Serie II Ulster in dunkelbraun u. grün, Frb. Paletots ein- und zweireihig in marengo mit Samtkragen früh. Preis 48, 42, 38, 34, jetzt: durchweg **28⁰⁰**

Serie III Ulster i. dunklen Fäulschstoff, Paletots teilw. a. Seide früh. Preis 75, 60, 54, 49, jetzt: durchweg **38⁰⁰**

Knaben-Anzüge

Serie I Matrosen- u. hochgeschloss. Fassons in blau und farbig früh. Preis 7, 6, 5.50, 4.50, jetzt: durchweg **3⁷⁵**

Serie II Schul-Anzüge und Jacken - Fassons in blauen gefütterten Ober- und gemust. Stoffen früh. Preis 14, 12, 10, 9, jetzt: durchweg **6⁵⁰**

Serie III Kieler- und Prinz-Heinrich-Fass. aus la blau. Chev., ganz gefüllt. früh. Preis 21, 19, 17, 15, jetzt: durchweg **9⁵⁰**

S. JOSEPH

Schöneberg
Hauptstr. 1
Ecke Grunewaldstr.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet!

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Dahnisch, Adlerstr. 174, am Koppenplatz.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochparterre, S. und SW.; Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: E. Frick, Brinjenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Otten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120.
Richard Dadelbusch, Peteraburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kautzbergerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Rammelsburgerstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Solomon Joseph, Salzweiderstr. 8.
Wedding: J. Dahnisch, Ragnersbühlstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Röhrenbergerstr. 57, Laden.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden.
Schönhausen: Vorstadt: Karl Marx, Weissenhofener Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarze, Bismarckstr. 50.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, L.
Bernau, Röntgenweg, Zepernick, Schönower, Schönbrück und Buch: Heinrich Brode, Wühlenerstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und Eichenhorst: Paul Gensch, Bohnsdorf, Wessensbühlstr. 2, Laden.

Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenheimstr. 1
Eichwalde, Schmöckwitz: Ester Rabe, Stubenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen
Uhufliege.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Döselbarth, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: D. Bernice, Welterstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Bertmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Poststr. 6.
Karlshorst: Richard Rüter, Röhlerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhofsstr. 13.
Köpenick: Ernst Schlier, Rieperstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergstr. 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: F. Oehberg, Rautsdorf, Ferdinandstr. 17.
Mariendorf: August Reip, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Weg, Holterstr. 2.
Neukölln: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Reuthen, Str. 10, Siegfriedstr. 28/29.
Nieder-Lehme: Ravi Freitag.

Nieder-Schöneeweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneeweide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17, II.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Richard Mann, Wühlenerstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Gursch, Grobstr. 56, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkrantz, Wühlenerstr. 56.
Schenkendorf & König-Wusterhausen: Chr. Gantjohs, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 90, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: R. Köppen, Weitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Riehn, Borsigwalde, Köpenickerstr. 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krahn, Dorffstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Niehölzerstr. 412, Laden.
Weissensee, Heinersdorf: R. Buchmann, Sedanstr. 105, part.
Wilmsdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Weissenhause 27.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Häufig, Zeuthen, Wiersdorfer Str. 14.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Ein Posten
Gardinen
creme
regulärer Wert Mkr. 1 45
jetzt Meter **68** Pf.

Warenhaus
Lachmann & Scholz
Turmstrasse 76
Ottostrasse 1

Einzelne
Servietten
Prima Halbleinen
regulärer Wert bis 65 Pf.
jetzt Stück **23** Pf.

Um zu räumen

verkaufen wir die bei der Inventur zurückgesetzten Waren und andere Posten besonders vorteilhafter Artikel und Restposten enorm billig

Handschuhe

Trikot für Damen 75, 48 Pf.
Trikot für Damen, halbgefüttert 73 Pf.
Trikot f. Damen, reine Wolle, durchgefüttert 1 38
Enorm billig **Handschuh-Kästen** Stück 43 Pf.
Trikot für Herren, schwarz und weiss .. 33 Pf.
Waschleder imitiert, mit Druckknopf .. 85 Pf.

Damen-Konfektion

Tüll-Blusen mit und ohne Schoss, zum aussuchen 2.95
Damen-Jackets 1.95
Moderne Hemdblusen 1.95, 1.38, 95 Pf.
Kostüm-Röcke englisch. Geschmack 2.75, 1.95
Ein Posten **Korsette**
Posten I Wert bis 4 00, jetzt 2.70
Posten II Wert bis 5 00, jetzt 3.70
Posten III Wert bis 6 00, jetzt 4.70

Weisswaren

Ballfächer defekt, Wert bis 4.50 45 Pf.
Blusenkragen feine Spachtelausführung 28 Pf.
Matrosenkragen jetzt 35 Pf.
Batist-Jabots mit Valenciennes 35 Pf.
Tüll-Jabots mit Valenciennes 45 Pf.
Batist-Kinderkragen statt 1.85 jetzt 78 Pf.
Eisfell-Käpsel Wert bis 75 Pf. jetzt 28 Pf.
Taffet-Gürtel Wert bis 3 00 jetzt 43 Pf.

Wäsche

Priesen-Hemden prima Qualität 95 Pf.
Barchent-Unterröcke dunkel 1 15
Molton-Unterröcke weiss 1 25
Kinder-Röckchen Barchent 43 Pf.
Kinder-Höschen Barchent 43 Pf.
Bade-Handtücher Frotteestoff 63, 43 Pf.
Bade-Laken Frotteestoff 95 Pf.

Schuhwaren

Kinder-Filzschuhe mit Ledersohle 98 Pf.
Damen-Filzschuhe mit Ledersohle 1.85
Herren-Filzschuhe mit Ledersohle 1.85
Filz-Pantoffeln mit Ledersohle 1.25
Pommersche Plüschpantoffeln für Damen 1.95

Trikotagen

Tailentücher Stück 88 Pf.
Kopfschals Stück 78 Pf.
Gestrickte Kindermützen Stück 18 Pf.
Eislaufmützen Stück 68 Pf.
Chenille-Kopftücher Stück 88 Pf.
Kinder-Sweater Stück 68 Pf.
Damen-Westen Stück 85 Pf.

Schürzen

Kinder-Schürzen versh. Größen 1 45 95 Pf.
Damen-Reformhänger m. Bordenbesatz 1 85
Wirtschafts-Schürzen extra weit 1.10
Sticker-Schürzen m. Einsätzen 1.65 95 Pf.
Blusen-Schürzen pa. Ballonstoff 2.15 1 35
Haus-Schürzen Blaudruck 78 Pf.
Servier-Schürzen weiss 2.15 1.65

Billige Lebensmittel!

Kaliforn. Backpflaumen Pfd 48, 38 Pf.
Backobst Pfd 48, 38 Pf.
Victoria-Erbsen Pfd. 19 Pf.
Weisse Bohnen Pfd. 19 Pf.
Linsen Pfd. 28, 20 Pf.
Deutscher Kakao Pfd. 98, 78 Pf.
Prima Rotwurst Pfd 55 Pf.
Zwiebelleberwurst Pfd. 65 Pf.
Landleberwurst Pfd. 1.10
Holstein. Zervelatwurst... Pfd. 1.40
Stettiner Teewurst Pfd. 1.45
Fett- und Magerspeck ... Pfd. 1.05

Herren-Artikel

Kragen alle Fassons 35 Pf.
Manschetten 4 taub Paar 42 Pf.
Krawatten alle Sorten u. Farben 48, 35, 12 Pf.
Hosenträger 95, 58, 42 Pf.
Kragenschoner 78, 58, 42 Pf.
Herren-Westen elegante Muster. 2.95 1.95
Oberhemden etwas angestaubt 3.65 2.95 1.95

Kinder-Kittel aus Goltstoff, hellblau und weiss statt M. 2.95 **1 38** Damen-Handtaschen Prima Lederarten Wert bis M. 6.00 **1 70** Ein Post. Damen- u. Herren-Filzhüte Stück **95** Pf.

Schuhhaus Werner

Schöneberg, Hauptstr. 160

Unser

Steglitz, Albrechtstrasse 2

Inventur-Verkauf

hat begonnen.

Die Preise sind bedeutend herabgesetzt.

Darunter
besonders
preiswert:

Herrenstiefel, Damenstiefel und Kinderstiefel
Kamelhaar-, Filzschnür- und Schnallenstiefel

Beachten Sie, bitte, unsere Schaufenster.

Aussergewöhnliche Vorteile bietet unser diesjähriger

Inventur-Räumungs-Verkauf

beginnend Sonnabend, 11. Jan., früh 8 Uhr

In allen Abteilungen hervorragend billige Angebote!

Damen- und Kinder-Konfektion

zu fabelhaft billigen Preisen

Unterröcke mit plüschertem Volant . . .	65 Pf.	Kostüm-Jacken zum Aussuchen	2 ⁹⁵	Flausch-Ulster hochgeschlossen jetzt	9 ⁷⁵ 13 ⁵⁰
Wasch-Unterröcke mit breit. Volant	1 ⁴⁵	Waschblusen für Damen jetzt	50 Pf.	Wollkeider hochelegant jetzt	13 ⁷⁵ 21 ⁵⁰
Alpaka-Unterröcke	95 Pf.	Hemdblusen Barchent jetzt	89 Pf.	Voile- und Batistkleider jetzt	6 ⁸⁵ 9 ⁷⁵
Servierkleider jetzt	1 ⁶⁵	Wollblusen auf Futter jetzt	2 ²⁵ 3 ⁸⁰	Velours-Kleidchen 60-100 jetzt	2 ⁸⁵
Unterrock Halbtuch mit Tresse	89 Pf.	Barchent-Blusen jetzt	1 ⁶⁵	Musseline- u. Leinenkleidchen jetzt	2 ²⁵
Russenkittel Wert bis 3.50	95 Pf.	Morgenröcke Barchent jetzt	2 ⁷⁵	Kostüm-Röcke zum Aussuchen	2 ⁶⁵
Knabenhosen einzelne Paare, weiss . .	75 Pf.	Cheviot-Knaben-Hosen jetzt	75 Pf.	Cheviot-Röcke Reine Wolle	2 ⁷⁵

Damen-Wäsche enorm preiswert

Eleg. Damen-Hemden etwas an-gestaubt.	1 ¹⁵ 1 ⁵⁵ 1 ⁸⁵
Molton-Röcke u. Hosen weiss, m. mer-ser, Langotte	1 ⁶⁵
Nachthemden m. Madeirastickerei	3 ¹⁵
Gartendecken 130 x 130, etwas ange-staubt	2 ¹⁵
Leinen-Milieux mit eingewebter Bor-düre	89 Pf.
Damast-Servietten farbig, zum Aus-suchen Stück	10 Pf.
Damast-Kaffeedecken mit bunt. Bordüre. jetzt	1 ⁶⁵
Damen-Linontücher gesamt 6 Stück	45 Pf.
Herren-Linontücher extra gross, 6 Stück	1 ⁴⁵

Stickerei-Reste Jeder Rest jetzt
in verschiedenen Breiten 39, 55 Pf.

Billige Herren-Artikel

Steife Herrenhüte „Restposten“ Stück	75 Pf.
Herren-Westen „Restposten“ zum Aus-suchen Stück	1 ⁷⁵
Diplomaten „Restposten“ zum Aussuchen Stück	25 Pf.
Selbstbinder „Restposten“ zum Aussuchen Stück	18 Pf.
Herrenkragen „Restposten“ zum Aussuchen Stück	10 Pf.
Oberhemden farbig und weiss, etwas an-gestaubt	1 ⁶⁵
Autoschals mit Kante 45 Pf. merzerisiert jetzt	89 Pf.

Kleiderstoffe auffallend billig

Wollstoff-Reste darunter Serie I Serie II Serie III Flanells, Serge, Wolfbatist, Papeline, Cheviots, moderne Schotten und Streifen . . Mir.	60 Pf.	89 Pf.	1.25
4000 Reste u. Abschnitte Serie I Serie II Serie III far. Velours, Wäsche-, Schürzenstoffe, Züchen, Inlette usw., in Läng. v. 2-5 Mtr.	89 Pf.	1.35	1.85
Halbfertige Roben mit eleganten Einsätzen, in Batist, Musseline und Japon jetzt	4.25	7.25	
Reste in Seide, Pann und Velours	jetzt enorm billig		

Putz-Weisswaren

Jabotskragen und Schleifen z. Aussuchen	10, 25, 48 Pf.
Lange Jabots nur elegante Fassons zum Aussuchen	jetzt 90 Pf.
Stoffsüdweste zum Aussuchen	45, 68 Pf.
Kindermützchen u. Käppchen gestr. jetzt	25 Pf.
Damen-Serviteurs gestrickt	jetzt 48 Pf.
Rodelmützen	jetzt 90 Pf.
Elegante Hutformen „Restpost.“ jetzt	25, 75 Pf.
Kinderhüte garn, „Restbestände“	1 ²⁵ 1 ⁷⁵ 2 ⁵⁰
Damenhüte garn, zum Aussuchen	2 ⁸⁵ 4 ⁵⁰ 6 ⁷⁵
Flügel u. Phantasies „Restpost.“ jetzt	35, 58 Pf.

Trikotagen bedeutend ermäßigt

Spielhöschen für Kinder	jetzt 39 Pf.
Barchent-Röcke mit Langotte-Volant extra weit, einfarbig	jetzt 1 ¹⁰
Barchent-Hosen gestrickt, mit Lang-gotten	jetzt 89 Pf.
Damenröcke gestrickt	jetzt 1 ¹⁰
Wollhäkelschals weiss, gestrickt	jetzt 85 Pf.
Seiden. Chenilletücher einzelne Schals	jetzt 68 Pf.

Schürzen unter Preis

Wirtschaftsschürzen weiss, früher den doppelten Wert . .	1 ⁶⁵
Tändelschürzen Satin, zum Aussuchen	48 Pf.
Tändelträgerschürzen z. Aussuchen	89 Pf.
Tändelträgerschürzen weiss, m. breit. Stickerei	68 Pf.

Strümpfe-Handschuhe

Damen-Strümpfe Fil d'Ecosse und durchbrochen jetzt Paar	48 Pf.
Dam.-Strümpfe ein. Paare, mod. Kleiderf. i. Musseline, durchbr. Paar	85 Pf.
Herren-Socken gestr., jetzt Paar	28, 50 Pf.
Herren-Socken gestr., reine Wolle, Paar	95 Pf.
Herren-Socken Kamelhaargarn, gute Qualität Paar	1 ¹⁰
Kamelh.-Herrensocken jetzt Paar	1 ³⁵
Dam. Trikot-Handschuhe mit Futter jetzt Paar	50 Pf.

Trotz der billigen Inventurpreise geben wir Rabattmarken!

A. Weiss & Co. Nachf.

Inh. Fritz Prieur

Berlin W, Schöneberg

Hauptstrasse 11 Ecke der Vorbergstr.